

TAGESSCHAU

POLITIK

Sonderleistung: Nach vermutetem Abschuss eines koreanischen Verkehrsflugzeuges durch sowjetische Kampfflugzeuge hat die Regierung in Washington eine Sonderleistung aller NATO-Botschafter einberufen. Am Bord des „Jumbo-Jets“ waren 269 Menschen. (S. 1)

Blockade in Mutlangen: Ohne gewalttätige Zwischenfälle hat die von der „Friedensbewegung“ initiierte Blockade einer US-Kaserne im baden-württembergischen Mutlangen begonnen. „Linke Prominenz“ zahlreich vertreten.

Reagan zu Polen: Trotz aller Unterdrückung lebt der Gedanke der unabhängigen Gewerkschaft Solidarnosc in Polen fort, erklärt der US-Präsident. (S. 8)

Schmidt zu Honecker: Der Alt-Bundeskanzler wird am Montag vom SED-Chef empfangen. Schmidt reist heute für vier Tage in die DDR.

Pseudo-Parlament: Der Besuch von SPD-Abgeordneten bei der Ostberliner Volkskammer sei eine „politische Geschmackslosigkeit“, erklärt der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU, Lintner. Das Treffen sei eine nicht gerechtfertigte Aufwertung des Pseudo-Parlaments.

Vertrauen in Bundestag: 76 Prozent der Bürger haben besonderes Vertrauen in den Bundestag, erklärt Präsident Barzel (Ernsthilfenfrage).

Demonstrationsverbot: „Volks-polizisten“ treiben eine Gruppe von Menschen auseinander, die vor den Botschaften von USA und UdSSR an den Jahrestag des Weltkriegsbeginns erinnern wollten. Ost-Berlin behauptet: keine Verhaftungen.

Koalition bleibt: Die Gemeinsamkeit der FDP mit CDU und CSU reichen länger als bis zum Ende der Legislaturperiode 1987, erklärt FDP-Chef Genscher.

Unruhen in Manila: Bei Demonstrationen gegen Präsident Marcos wird in der philippinischen Hauptstadt ein Student getötet.

Neue Anwanderpolitik: Frankreich will stärker gegen illegal eingereiste Ausländer vorgehen. Legal ansässige Gastarbeiter sollen stärker integriert werden. Regierung legt Maßnahmenkatalog vor.

Libanon: Gegen den Widerstand linker Drusen- und Moslemmilizen dringt die libanesischen Armee nach West-Berut vor. Drusenführer Dschumblatt spricht von Kriegszustand mit Präsident Gemayel. In USA Diskussion um amerikanische Truppen in Libanon nach Tod von Marinesoldaten.

Heute: Erste Bundessitzung nach der Sommerpause. Innenministerkonferenz in Hamburg. Beginn der NATO-Herbstmanöver. Berliner Funkausstellung für das Publikum geöffnet.

ZITAT DES TAGES



„Die SPD weiß, daß eine deutliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit auch über einen geringeren Lohnanstieg finanziert werden muß.“

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz in einem WELT-Interview. (S. 4)

FOTO: JURGEN PEPERHOWE

WIRTSCHAFT

US-Konjunktur: Wachstumstempo verlangsamt. Konjunkturindikatoren stiegen im Juli um 0,3 Prozent gegen 1,9 und 1,3 Prozent im Juni und Mai.

Funkausstellung: 765 Anbieter aus 27 Ländern (200 mehr als vor zwei Jahren); Umfassungselektronik erwartet 1983 Umsatzplus von vier Prozent. (S. 10)

Baufirmen: Höhere Investitionen verzeichnen die Hauptverbände der Bauindustrie; voraussichtlich 3,7 Milliarden DM (15 Prozent plus gegen 1982).

G-J zufrieden: Weltumsatz per 30. Juni 1,9 Mrd. Mark (1981/82: 1,77 Milliarden). Überschuss auf Vorjahreshöhe (1981/82: 154 Millionen Mark vor Steuern). Vorstandsvorsitzender Schulte-Hillen: Wieder zu größeren Taten gerüstet.

Börse: Unter dem Einfluß des Kursanstiegs in Wall Street setzte sich auch an den deutschen Aktienbörsen eine freundliche bis feste Tendenz durch. Der Rentenmarkt hat sich stabilisiert. WELT-Aktienindex 137,2 (135,6). Dollar-Mittelkurs 2,8667 (2,7068) Mark. Goldpreis pro Feinunze 416,60 (414,25) Dollar.

KULTUR

„Tagebücher“: Die Einsetzung einer von Verlag und Redaktion völlig unabhängigen neuen Kommission zur Aufklärung der Vorgänge um die gefälschten Hitler-Tagebücher fordert „Stern“-Mitherausgeber Nannen. Der jetzt vorgelegte Bericht sei in Teilen nicht objektiv, treffe widersprüchliche Feststellungen und enthalte unzutreffende Tatsachenbehauptungen. (S. 8)

Neue Medien: Bundesregierung will den Ausbau wegen großer gesellschaftspolitischer Bedeutung vorantreiben, erklärt Kanzleramtschef Schreckenberger bei der Funkausstellung.

Zuwenig Geschichte: Frankreichs Präsident Mitterrand ist „schockiert“ über die „Dürftigkeit“ des Geschichtsunterrichts. Dies sei eine „nationale Gefahr“.

SPORT

Radsport: Dietrich Thurau startet am Sonntag nicht bei der Straßen-Weltmeisterschaft in der Schweiz. Der Vizeweltmeister von 1977 und 1979 leidet unter einer Fußverletzung.

Tennis: Michael Westphal (Hamburg) schied bei den US-Meisterschaften in Flushing Meadows in der ersten Runde aus. Er unterlag dem Israeli Glickstein in fünf Sätzen.

AUS ALLER WELT

Rheummittel gestoppt: Das Bundesgesundheitsamt stoppt den Verkauf der Mittel „Ammunio Cits“ und „Osmogit“ bis auf weiteres wegen vermuteter gefährlicher Nebenwirkungen. Endgültiger Entscheid am 28. September. (S. 18)

Schiff entführt: Bewaffnete Libanesen entführten rumänisches Frachtschiff von Tripoli nach Zypern.

Schäden: Knapp zehn Milliarden Mark Schaden durch Überschwemmungen im Baskenland.

Übung: 16 Millionen Japaner nehmen an Erdbenen-Schutzübungen im ganzen Land teil.

Wetter: Wolbig mit Aufhellungen, in Bayern stark bewölkt; nur noch 23 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Kommunaler Übermut. Wolfgang Graf Vitthum über atomwaffenfreie Zonen. S. 2

Fernsehen: Wenn die Medien-schwemme kommt: Fragen an Studio Hamburg. S. 7

Raumfahrt: Mit dem Spaceab von der Hansestadt Bremen in den Weltraum. S. 3

Fußball: Bundesliga kehrt - arme Bochumer jubeln, reiche Dortmund streiten. S. 16

Frankfurt: Niederlage für Karsten Voigt im Heimatbezirk; Genossen bejubeln Lafontaine. S. 4

Iwan Turgenjew: Ein skeptischer Hamlet aus dem grünen Adelsnest. S. 17

Türkei: WELT-Gespräch mit Außenminister Turgut Ersoy über die Beziehungen Ankara zur EG. S. 6

Psychologie: Humor-Tests von US-Wissenschaftlern geben Rückschlüsse auf Persönlichkeit. S. 18

Forum: Personalien und Leserbrief. Wort des Tages. S. 7

Reise-WELT: Fern von Castro. „Fortschritt“ lebt weiter ein Märchen. S. 1

Shultz: Sowjets schossen den südkoreanischen Jumbo ab

Tokio zitiert Funkspruch: „Ziele auf südkoreanisches Flugzeug. Feuers.“

DW, Washington
Der seit Donnerstagmorgen vermisste südkoreanische Jumbo-Jet vom Typ Boeing 747 ist nach Angaben von US-Außenminister George Shultz von einem sowjetischen MIG-Kampfflugzeug mit einer Rakete abgeschossen worden. Die Maschine mit 269 Menschen an Bord sei in Gewässern nahe der sowjetisch besetzten Insel Sachalin gestürzt. Anzeichen für Überlebende gebe es nicht, hieß es gestern nachmittag.

Die japanische Luftwaffe hat kurz vor dem Verschwinden der südkoreanischen Maschine den Funkspruch eines sowjetischen Kampfflugzeuges aufgefangen. Wie die japanische Nachrichtenagentur Jiji-Press unter Berufung auf Regierungskreise in Tokio berichtet, lautete der Funkspruch: „Ziele auf südkoreanisches Flugzeug. Feuers Rakete ab.“ Unmittelbar danach sei die Maschine von den Radarschirmen verschwunden.

Bereits 1978 hatte sich in dem fraglichen Gebiet ein schwerer Luftwaffensturz ereignet. Am 21. April jenes Jahres war eine ebenfalls südkoreanische Verkehrsmaschine vom Typ

Boeing 707 mit 110 Menschen an Bord von sowjetischen Kampfflugzeugen beschossen, abgefangen und zur Landung 350 Kilometer südlich von Murmansk gezwungen worden. Nach sowjetischen Angaben hatte die Maschine auf dem Flug von Paris über Anchorage nach Seoul den sowjetischen Luftraum verletzt. Die sowjetischen Flugzeuge feuerten auf die Maschine, nachdem sie dem Befehl, auf einem nahegelegenen Flugfeld zu landen, ungehorsam nicht nachgekommen war.

Der japanische Außenminister Shintaro Abe erklärte gestern in Tokio, es sei sehr wahrscheinlich, daß ein sowjetisches Flugzeug die Passagiermaschine abgeschossen habe. Ein Sprecher des japanischen Verteidigungsministeriums sagte, die Analyse der Radarschirme stütze die Annahme, daß das vermisste Flugzeug in der Luft explodiert sei.

Die Sowjetunion dementierte, daß die Boeing 747 über der Insel Sachalin zur Landung gezwungen worden sei. Ein Sprecher der japanischen Botschaft in Moskau erklärte, dies habe das sowjetische Außenministerium der Botschaft mitgeteilt. Der

Sprecher des Außenministeriums habe gesagt, die sowjetischen Behörden hätten keine Informationen darüber, daß die Boeing 747 auf der Insel sei.

Südkoreanische Informationsminister Lee teilte mit, die USA, Japan und andere befreundete Nationen würden bei der Suche nach dem Flugzeug und nach Überlebenden helfen. Er sagte nicht, wie die Maschine, die auf dem Flug von New York über Anchorage nach Seoul war, abgeschossen worden sei. Die Maschine sei um 3.23 Uhr Ortszeit (20.23 Uhr MEZ vom Mittwoch) nördlich der japanischen Insel Hokkaido in einer Höhe von rund 9000 Metern verschwunden.

„Wenn dieses Flugzeug wirklich angegriffen und abgeschossen wurde, ist es ein schwerer Verstoß gegen das Völkerrecht und ein unumschlichter Akt, der von der Weltöffentlichkeit verurteilt werden muß“, sagte Lee. „Wir möchten auch unterstreichen, daß das angreifende Land alle Konsequenzen tragen muß, die sich aus dem Angriff auf ein unbewaffnetes ziviles Flugzeug ergeben.“

Zu den Passagieren gehörte auch der amerikanische Kongreßabgeordnete

„DDR“ unterdrückt Friedensaktion

Ost-Berlin: Mahnwachen vor Botschaften Moskaus und Washingtons aufgelöst / Festnahmen

hrk/DW, Berlin

Die „DDR“-Polizei hat gestern morgen in Ost-Berlin eine Friedensdemonstration von etwa 50 „DDR“-Bewohnern, vornehmlich aus dem kirchlichen Bereich, gewaltsam aufgelöst und mindestens vier Personen festgenommen. Zu den Festgenommenen zählten der 39-jährige evangelische Pfarrer Dietmar Linke aus Neuenhagen bei Berlin sowie seine Frau und zwei junge Männer. Die Teilnehmer der Kundgebung hatten Rosen und brennende Kerzen in der Hand. Sie wollten vor der sowjetischen und der amerikanischen Botschaft in Ost-Berlin eine Mahnwache zum „Weltfriedenstag“ aufstellen.

Die offenbar vorzeitig informierten unbewaffneten Sicherheitskräfte lösten die Mahnwachen innerhalb weniger Minuten auf. Dabei schlugen sie auf die Kamera von ARD- und ZDF-Filmteams ein und hielten die Objektivs. Westdeutsche Hörfunk-korrespondenten wurden bei Gesprächen mit ihren Heimsendern mitten in der Reportage minutenlang gestört.

Der Demonstrationsversuch unter dem Sternchenbanner an der Front der US-Botschaft wurde zwei bis drei Minuten gestoppt. Unter den abgedrängten Mitgliedern der Fasten-Gruppe griffen sich die Polizisten ein-

nen jungen Mann heraus, dem sein Freund vergebens zu Hilfe eilen wollte. Beide wurden festgenommen und auf einen mit einer Plane bedeckten Lastwagen geschoben. Dennoch gelang es einigen Demonstranten später, ihre Botschaft in der US-Mission abzugeben und mit amerikanischen Diplomaten über den Inhalt zu diskutieren. Die Aktion endete später vor der Marienkirche, dem Ostberliner Bischofsitz, nahe dem Alexanderplatz. Dort formierten sich die Christen in einem Kreis, stellten die brennenden Kerzen auf den Boden und sangen Lieder der Friedensbewegung.

Auf Anfrage der WELT erklärte Ost-Berlins Konsistorialpräsident und Vize-Kirchenbundesvorsitzender Manfred Stolpe, die kirchliche Seite sei dabei. Details über den Vorgang zu erfahren, um dann zu sehen, ob irgendwelche Schlussfolgerungen nötig werden.“

Das „DDR“-Außenministerium bestritt gegenüber dpa irgendwelche Verhaftungen.

Seite 4: „Das Risiko nicht scheuen“

US-Stützpunkt Mutlangen belagert

Die Aktion begann um 5.45 Uhr / Böll und Albertz unter den Demonstranten

XING HU-KUO/DW, Mutlangen

Ohne Zwischenfälle hat gestern im schwäbischen Mutlangen die angekündigte dreitägige Blockierung des dortigen US-Raketendepots begonnen, an der sich unter anderem Literaturwissenschaftler Heinrich Böll und der ehemalige Berliner Bürgermeister Heinrich Albertz beteiligten. Gemeinsam mit ihnen waren am frühen Morgen mehr als tausend Demonstranten zum Depot gezogen, um gegen die mögliche Stationierung neuer US-Atomwaffen in Westeuropa zu demonstrieren. Mutlangen gilt als einer der vermuteten Stationierungs-orte.

Der Beginn der Demonstration war auf 5.45 Uhr festgesetzt worden. Jenseits der Zeit, zu der vor genau 44 Jahren der Zweite Weltkrieg begann. Die Polizei hinderte die Blockierer nicht daran, bis unmittelbar vor die beiden Tore des Stützpunktes zu marschie-

ren. Polizeikräfte hatten bereits in der Nacht zuvor innerhalb des Stützpunktes Stellung bezogen. Jede Abkündigung wurde in den Morgenstunden mit Hubschraubern eingeflogen. Eine „Presseprecherin“ gab am Nachmittag ihre Einschätzung des Verlaufes wieder: „Es gibt Gerüchte, daß die Amerikaner einige Pershing-1-Raketen herausgeschafft haben, vielleicht wollen sie, daß wir bei einem leeren Depot blockieren. Dies ist schon ein kleiner Erfolg, wenn die Amerikaner vor unserer Friedensbewegung die Flucht ergreifen.“

Dieser Darstellung wurde von der Polizei allerdings widersprochen. Willi Burger, leitender Polizeidirektor aus Stuttgart, der nach Mutlangen abkommandiert wurde, sprach von „dummem Zeug“. Die Transporte der Amerikaner in den vergangenen Tagen seien „normale Marschbewegungen“ gewesen. Er beschimpfte den

Blockierern ein „diszipliniertes Verhalten“. Die Frage, ob eine Räumung durch die Polizei zu erwarten sei, beantwortete Burger mit dem Hinweis, dies sei eine Angelegenheit des „amerikanischen Kommandanten“.

Einer der Organisatoren der „Protestblockade“, Klaus Vack, kommentierte: „Aus der ruhigen Lage am Morgen darf nicht geschlossen werden, daß überhaupt nicht geräumt wird. Das wäre voreilig.“ Wenn sich die Sicherheitsbehörden gegen eine Räumung der Zufahrtswege entschieden, hätten sie selbst ihr „Rechtsdogma“ außer Kraft gesetzt, wonach jede Blockade eine Nötigung darstelle. „Wenn nicht abgeräumt wird, dann wird das große Folger für die laufenden Nötigungsprozesse haben“, fügte er hinzu. Und: „Entweder unsere Aktionen sind illegal, oder die müssen doch eines Tages Leute wie Heinrich Böll oder Günter Grass wegragen.“

Erinnerung an Sacharows Beispiel

Kopelew warnt die „Friedensbewegung“ vor politischer Einseitigkeit

EBERHARD NITSCHKE, Bonn
An das Beispiel Andrej Sacharows in der Auseinandersetzung um Atomwaffen haben Staatsminister Alois Mertes vom Auswärtigen Amt, der russische Schriftsteller Lew Kopelew und der Kölner Staatsrechtler Professor Martin Kriele erinnert. Sie zitierten gestern die Forderung des nach Gorki verbannten Friedensnobelpreisträgers, in Verhandlungen mit Moskau unbedingt auf die Einhaltung des Gleichgewichts zu bestehen, das Vertrauen auf Vorschau Kriegsgefahr vergrößere.

Kopelew äußerte sich differenziert zu dem Vorgehen der „Friedensbewegung“ im Westen. „Die Friedensbewegung ist auch ein Zeichen westlicher Freiheit - das beste daran wäre, wenn sie auf zwei Füßen gehen und auf zwei Ohren hören würde.“ Auf einer Veranstaltung in Bonn zum 44. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs und vor dem 3. September, an dem russische Bürger-

rechtler an das „Dekret“ über die Einrichtung von Konzentrationslagern in der UdSSR im Jahre 1918 erinnern, hoben Mertes, Kopelew und Kriele den Zusammenhang zwischen Frieden und Menschenrechten hervor.

Mertes rief dazu auf, die Botschaft Sacharows weiterzutragen, die ihm mit Recht den Friedensnobelpreis eingebracht habe, daß Frieden immer zweierlei bedeute: einmal die Erhaltung des Friedens gegen das Risiko jedes Krieges, und seine Gestaltung durch Verwirklichung der Menschenrechte. Nicht Waffen und Soldaten als solche bedrohten den Frieden, sondern politische Zielvorstellungen, in deren Dienst militärische Machtentfaltung und Einschüchterungsfähigkeit gestellt würden. Es sei Sacharows feste Überzeugung, daß unabsehbare politische Gefahren heraufbeschworen würden, wenn man den Zusammenhang von Abrüstung und Sicherheit löse. Immer

wieder appelliere er deswegen aus Gorki an Europäer und Amerikaner, sich nicht auseinanderzudividieren zu lassen. Mertes: „Noch ist Sacharow in seinem Lande ein Verfehmter, aber vielleicht kommt die Zeit, in der in seinem eigenen Lande Straßen und Plätze nach ihm benannt werden.“

Auf die Frage, ob er sich an Protesten gegen das Rüstens beteiligen würde, erklärte Kopelew, daß er das sofort tun würde, wenn der Protest an beide Großmächte mit Atomwaffen gerichtet würde. Es sei sicher, daß sein Freund Heinrich Böll genauso denke. Die Ansicht der „Friedensbewegung“ - „Lieber rot als tot“ - erscheine ihm naiv, er ziehe da schon den Vers: „Lieber rot und tot“ vor, wenn schon nicht „bunt und gesund“. Eine Friedensbewegung, die nach dem ersten Motto denke, liefere Argumente für die Verfolgung von Friedenskämpfern wie Sacharow im Osten.

DER KOMMENTAR

Ost, West

ENNO v. LOEWENSTERN

Bisher war der „Weltfriedenstag“ ein Moskauer Vorbehalt. Er wird am 1. September inszeniert, dem Tag des deutschen Einmarsches in Polen 1939, und darf keinesfalls am 17. September wiederholt werden, dem Tag des sowjetischen Einmarsches in Polen 1939. Die Regie hat auch immer geklappt. Jetzt wurde im schwäbischen Mutlangen vor einer amerikanischen Einrichtung ein großer Auftrieb veranstaltet, mit allerlei „Prominenz“ und Zuckerstücken für die Polizeipferde, während ein gleichzeitig angesagter Auftritt Honeckers in einer Teltower Fabrik den „gesamtdeutschen Friedenswillen“ komplementär zum Ausdruck bringen sollte.

Doch dann wurde es gesamtdeutscher als im Plan vorgesehen. Unter den Linden tauchten auch Demonstranten auf. Sie wollten keine Blockaden oder dergleichen unternehmen, sie wollten wirklich nur demonstrieren, mit Kerzen in der Hand. Aber die Polizei schlug den Demonstranten die Kerzen aus der Hand und trieb sie weg; mindestens vier wurden

festgenommen, darunter ein Pastor und seine Ehefrau. Der Mann mußte zusehen, wie seine Frau mißhandelt wurde. Es war nicht Pastor Albertz. Der war in Mutlangen, wo niemand verhaftet wurde.

Der massive Einsatz Unter den Linden gegen fünfzig Menschen zeigt die Angst des Regimes noch dreißig Jahre nach dem 17. Juni. Er erinnert zugleich an das zynische Wort Bahrs: „Also, Friedensbewegungen in Osteuropa können uns und dürfen uns gar nicht so interessieren, denn wir sind für unsere Seite zuständig.“ Ähnlich hat Eppler es gesagt, der in Mutlangen mitgewandert ist. Aber wenn schon „unsere Seite“ hervorgehoben wird - auf welche Seite sind die SS 20 gerichtet?

Unter den Linden hat die Polizei etwas demonstriert, nämlich, warum Eppler und Bahr sich wohlweislich auf „unserer Seite“ halten. Und wenn unsere Seite entwaffnet ist, dann können und werden die Sicherheitskräfte des Ostens hier ebenfalls jede spontane Demonstration unterbinden. Quod erat demonstrandum, gesamtdeutsch.

Neue Medien: Lamsdorff warnt vor Hürden

Wz/DW, Berlin

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat bei der Eröffnung der Internationalen Funkausstellung in Berlin davor gewarnt, unnötige Hürden für privates Engagement bei den neuen Medien aufzubauen. Der Minister empfahl, gesetzliche Regelungen erst bei erkennbarem Bedarf zu treffen und die Entfaltungsmöglichkeiten neuer Veranstaltung nicht von vornherein einzuschränken. Besorgte zeigte sich Lambsdorff darüber, daß politische

Schmidt für Wiederwahl Reagans

SAD, Washington

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt hat sich ungeachtet seiner Vorbehalte gegen die Politik Ronald Reagans dafür ausgesprochen, daß der derzeitige amerikanische Präsident im nächsten Jahr wiedergewählt wird. Schmidt begründete seine Auffassung in einem Interview, das die „Washington Post“ gestern veröffentlichte, mit der Notwendigkeit einer „Kontinuität“ in der amerikanischen Politik.

Die Europäer, so der SPD-Politiker, hätten keine spezifischen Einwände gegen die Kandidaten Walter Mondale und John Glenn von der Demokratischen Partei, doch müßten sie mit ihnen „wieder von vorn anfangen“.

In dem Gespräch mit der „Washington Post“, das im Haus des ehemaligen US-Präsidenten Gerald Ford in Beaver Creek (Bundesstaat Colorado) stattfand, sagte der ehemalige Kanzler weiter, die „Diskontinuität“ in der US-Politik sei für die Verbündeten „zuerst beunruhigend“. Zur Verteidigungspolitik Reagans bemerkte Schmidt: „Wir haben Bemerkungen über begrenzte Kriege gehört. Das macht uns nervös. Sie (die USA) haben zu viele Verpflichtungen in der Welt übernommen und sagen dann uns Deutschen, daß wir, wegen der nicht ausreichenden Mannschafstärke, vielleicht schon nach wenigen Tagen (in einer Krise) Zuflucht zu Nuklearwaffen nehmen müßten.“ Schmidt wiederholte seine Empfehlung, daß auch Amerika wieder die allgemeine Wehrpflicht einführen solle.

Anzeige

DAS BESONDERE
IST IMMER
ETWAS ANDERS.

Advertisement for Schöck, featuring a large image of a car and the text: "Schöck".

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Walesas Sieg

Von Carl Gustaf Ströhm

Es gibt keine Freiheit für Polen ohne die „Solidarität!“ Mit diesem Ruf sind am 31. August, dem dritten Jahrestag des Danziger Abkommens, Zehntausende von Demonstranten in Polen auf die Straße gezogen. In Nowa Huta, Breslau und Danzig sowie in anderen Städten kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Dem „Privatmann“ Lech Walesa folgten Tausende seiner Landsleute, als er mit einem Blumenstrauß zum Mahnmahl für die von den Sicherheitskräften 1970 erschossenen Arbeiter ging.

Walesa bezeichnete die Demonstrationen als einen Sieg der „Solidarität“. Auf jeden Fall waren diese Vorfälle – trotz des absurden Versuchs der Warschauer Behörden, sie herunterzuspielen – ein weiterer Beweis dafür, daß die überwältigende Mehrheit der polnischen Nation das herrschende politische System verabscheut. Angesichts des totalitären Drucks und einer nun schon fast sprichwörtlichen Brutalität der polnischen Regime-Polizei ist es immer wieder erstaunlich, wie viele Menschen den offenen Protest und den offenen Widerstand wagen.

Auch hier gilt ja das Prinzip des Eisbergs: Ein Zehntel über Wasser, neun Zehntel unter Wasser. Immer deutlicher zeigt sich, daß es zwei Polen nebeneinander und übereinander gibt: Die offizielle Volksrepublik des Generals Jaruzelski, in der ein Regierungssprecher anlässlich des Boykotts der öffentlichen Verkehrsmittel erklären kann, jeder Pole dürfe auch zu Fuß gehen – und das „wirkliche“ Land, das in eine Art von modernem Untergrund und innerer Emigration gegangen ist. Die Westeuropäer tun gut daran, die Lage Polens nicht nur mit dem zufriedenen Gefühl zu sehen, daß sie selber glücklicherweise nicht die Betroffenen sind. Es ist nicht nur Mitgefühl mit den Menschen, es ist durchaus staatsmännische Einsicht, was Präsident Reagan veranlaßt, das polnische Regime zu mahnen, daß es „konkrete Schritte“ (lies: Lockerung oder Aufhebung der Sanktionen) dann, aber nur dann erwarten kann, wenn es sich gegenüber dem Volk versöhnungsbereit zeigt.

Vorher entscheiden

Von Herbert Kremp

Lange Regierungskrisen kann sich ein Staat wie Israel nicht leisten, schwache Regierungen mit brüchiger Mehrheit auch nicht. Daher ist das Ende des Konflikts in Begins Herut-Partei abzusehen. Mitte nächster Woche wird in Jerusalem eine neue Regierung antreten.

Die Erwartung stößt in Bonn auf besonderes Interesse, weil es für den Bundeskanzler um die Ordnung der Termine geht. Es beruht auf durchdrachter Politik, zuerst Israel zu besuchen und im Anschluß daran die arabischen Staaten Ägypten, Saudi-Arabien und Jordanien. Für Helmut Kohl handelt es sich durchweg um erste Visiten. Dabei steht Jerusalem im Vordergrund, weil die Einladung aus der israelischen Hauptstadt die älteste und dringlichste ist. Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt war ihr aus durchaus persönlichem Anlaß nicht gefolgt.

Die Dringlichkeit hat mit der Gegenwart zu tun. Israel ist der zuverlässigste Stützpunkt des Westens im Nahen Osten. Friedenszustand herrscht in der Beziehung zu Ägypten, nicht aber gegenüber Saudi-Arabien und Jordanien. Die Saudis fühlen sich im „Heiligen Krieg“, was immer das in der Praxis bedeutet. Mit Jordanien schweilt der latente Konflikt um die Gebiete westlich des Jordans, die Israel ohne jede Wahl als strategisches Glacis betrachten muß, wenn die geographische Taille halten soll.

Die Sicherheitsinteressen des in seiner Existenz nach wie vor bestrittenen Staates stehen für den Westen im Vordergrund. Am Duktus dieser Politik hat sich selbst zu Zeiten amerikanisch-israelischer Spannungen wegen der Libanon- und der Siedlungsaktionen nichts geändert. Der saudiarabische Wunsch, aus der Bundesrepublik Deutschland wertvolle Rüstungsgüter zu beziehen, ist verständlich. Für Israel ist es jedoch unannehmbar, daß die deutsche Parawaffe Leo 2 samt militärischem Zubehör aus Rote Meer gelangt und an die Grenze Jordaniens. Darüber muß der Bundeskanzler Klarheit erzielen, bevor er sich in die arabischen Länder begibt.

Waffenschieber

Von Reginald Rudolf

In der Bundesrepublik Deutschland ist Waffenausfuhr in ein Spannungsgebiet verboten. Vor kurzem wurde ein Verfahren gegen vier Manager des Rheinmetall-Konzerns eingeleitet, denen nicht einmal zur Last gelegt wird, Waffen in Spannungsgebiete geliefert zu haben – es wird nur behauptet, daß von ihnen legal ausgeführte Waffen aus der zweiten Hand in Spannungsgebiete geliefert worden seien und daß sie sich strafbar gemacht hätten, weil sie das nicht verhindert hätten.

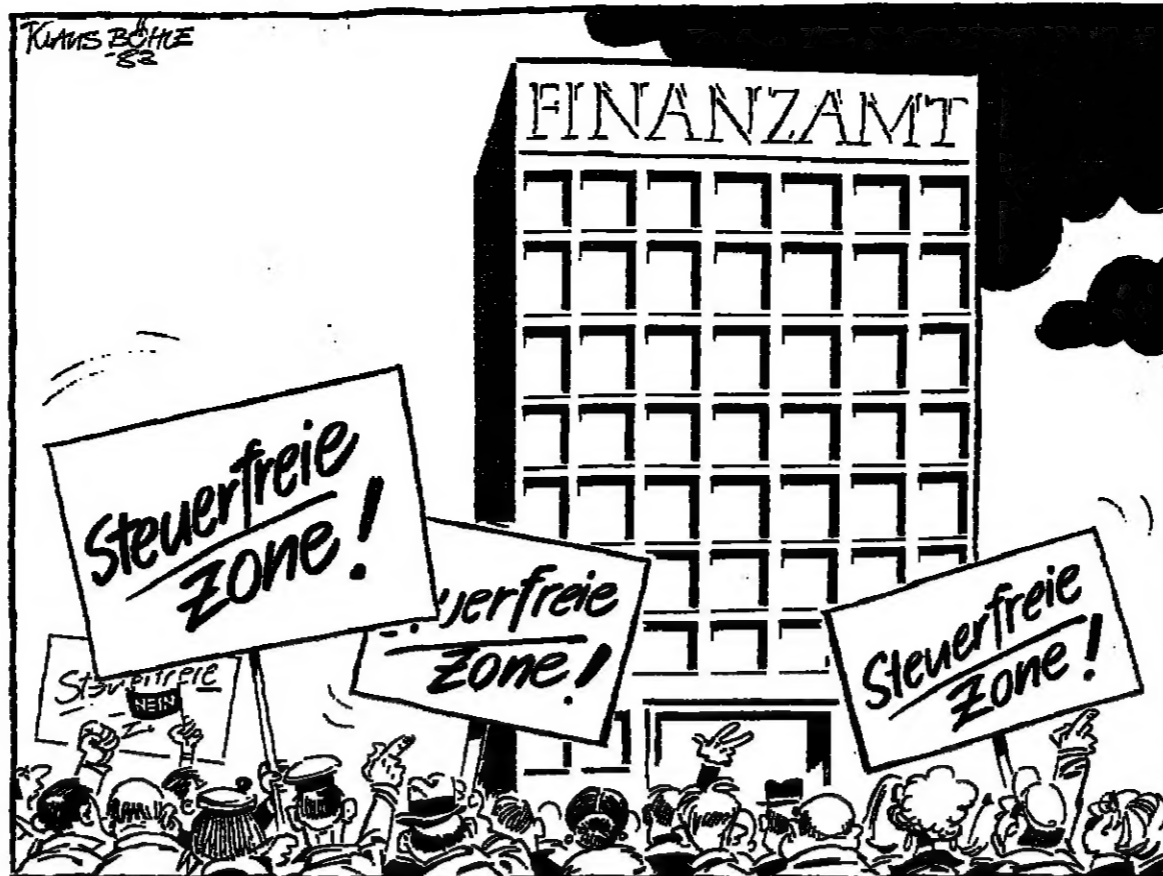
Freilich ist noch keineswegs klar, wie weit die Verantwortung von Exporteuren reicht, deren Waffen ohne ihre Zustimmung in Krisengebiete gelangen. Hier, so heißt es, klappte möglicherweise eine Gesetzeslücke.

Dagegen ist völlig klar und vom Gesetzgeber gewollt, daß man Waffen ungehindert in Kriegsgebiete liefern darf, wo sie zu hinterhältigen Überfällen, zur Ermordung von Menschen, zur Verwüstung des Landes verwendet werden. Man muß es nur richtig anpacken.

Seit Wochen läuft in dem Berliner Szenenblatt „Taz“ eine Anzeige „Waffen für Salvador“. Bisher sind, wie stolz mitgeteilt wird, auf das Postcheckkonto der Genossen Waffenschieber 3,3 Millionen Mark gespendet worden.

Auf die Anfrage, ob damit tatsächlich Waffen gekauft werden, kommt die Antwort wie aus der Kalaschnikow geschossen: „Was denn sonst. Die FLN kauft damit scharfe Waffen. Handgranaten, Gewehre, Panzerfäuste. Und damit jeder, der was gespendet hat, weiß, wo das Geld geblieben ist, veröffentlichen wir auch stets die Quittungen der FLN.“

Was ist der Unterschied, warum werden diese Waffenhändler nicht belangt? Nun, der Profit fließt nicht in deutsche, sondern in sowjetische Kassen. Das dient der ostwestlichen Völkerverständigung. Und die Morde dienen dem Fortschritt der Weltrevolution. Schade, daß die Guerilleros außer ihren Abschlußbilanzen nicht auch Abschlußbilanzen veröffentlichen. Da könnte jeder edle Spender stolz nachrechnen, wieviel Tote auf sein Postcheckkonto kommen.



Freiheit, die ich meine

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHL

Kommunaler Übermut

Von Wolfgang Graf Vitzthum

Darf sich eine Gemeinde als „atomwaffenfrei“ erklären? Alle Maßnahmen von Verfassungsorganen müssen sich an die Kompetenzordnung des Grundgesetzes halten. Das gilt unabhängig davon, ob sie im Einzelfall als Anfragen, Meinungsäußerungen, Verhandlungsaufträge oder gar als Petitionen deklariert werden. Insofern kann auch nicht die bloße Beratung von der Beschlussfassung abgekoppelt werden.

Die Verfassung weist die Kompetenzen im Verteidigungsbereich dem Bund zu. Gleichzeitig garantiert sie den Gemeinden das Recht, „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“. Nach klassischem, herrschendem Selbstverwaltungsverständnis ist eine Kompetenz der Gemeinde nur dann gegeben, wenn – so das Bundesverfassungsgericht im Jahre 1958 – bei einer Aufgabe zwei kumulative Bedingungen erfüllt sind. Von ihnen ist die erste alternativ, nicht aber die zweite.

Danach muß es sich um Aufgaben handeln, die 1. „in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln oder auf die örtliche Gemeinschaft einen spezifischen Bezug haben“ und 2. „von dieser eigenverantwortlich und selbstständig bewältigt werden können“.

Die erste Voraussetzung ist nicht erfüllt, wenn Gemeinden allgemeine Stellungnahmen zur Bewaffnung mit Atomraketen abgeben. Für diese Fragen ist allein der Bund zuständig. Gemeindliche „Atomwaffenfreiheits“-Proklamationen greifen insofern in ausschließliche Bundeskompetenzen über. Schon die Befassung mit der Agenda als solche ist den Kommunen (wie auch den Ländern) untersagt.

Anders liegen die Dinge im Falle der Aufstellung von Raketen in einer ausgewählten Gemeinde. Da wird die überörtliche Problematik (auch) zu einer „Angelegenheit des örtlichen Wirkungskreises“. Aber:

Darüber hinaus verlangt das Grundgesetz, daß die Aufgabe von der örtlichen Gemeinschaft „in eigener Verantwortung“ bewältigt werden kann – „eigenverantwortlich und selbstständig“ gar in der Präzisierung durch das Bundesverfassungsgericht. Die Fähigkeit zur Eigenbewältigung ist eine immanente Grenze der kommunalen Selbstverwaltung.

Im Verteidigungsbereich fehlt sie. Auf örtlicher Ebene ist Landesverteidigung nicht machbar. Vielmehr hat die Verfassung sogar über Artikel 24 Absatz 2 des Grundgesetzes die Beachtung der internationalen Dimension der Verteidigungsaufgabe aufgegeben. „Atomwaffenfreiheits“-Proklamationen wären allenfalls dann unbeschädigt, wenn sie nicht merklich in ausschließliche Bundeskompetenzen einbrächen. Diese Schwelle der Unbeschädlichkeit ist jedoch heute, wie schon 1958, überschritten.

GAST-KOMMENTAR



Professor Dr. Wolfgang Graf Vitzthum lehrt Öffentliches Recht an der Universität Tübingen. FOTO: DIE WELT

Wenn geschossen wird, denkt der Kongreß an Rückzug

Was aber soll dann eine Friedenstruppe im unfriedlichen Libanon? / Von Heinz Barth

Von den 1200 Marines, die Amerika zur Friedenstruppe in Libanon abstellt, sind zwei gefallen. Tags darauf verlor das französische Kontingent sogar fünf Mann. Es fällt auf, wie verschieden Washington und Paris auf diese Herausforderung reagierten. Präsident Reagan wurde mitten in der Nacht aus seinem kalifornischen Schlummer geweckt, um über das Ereignis informiert zu werden, das seine Nahost-Politik in ihren Fundamenten zu erschüttern scheint. Keine vergleichbare Erschütterung ist aus Frankreich zu vermelden, wo man besser weiß als in den Vereinigten Staaten, daß die Wahrung des Friedens in einer Stadt, in der jeder auf jeden schießt, ein riskantes Unterfangen ist.

Die „Marines“ sind ebenso wenig „chocolate soldiers“ wie die französischen Paras. Der Unterschied liegt nur in der Vorstellung, die man sich in Amerika und Europa von den Aufgaben einer Friedenstruppe macht. Für Außenminister George Shultz und seinen französischen Kollegen Claude Cheysson lag es nahe, die politische Tragweite der Zwischenfälle auf ein real-

istisches Maß zurückzuführen. Es ist schwer nachweisbar – und wird vielleicht nie zu beweisen sein –, ob die Attacken gegen die Friedenstruppe beabsichtigt oder nur das Streu-Feuer schießwütiger Angreifer waren. Darauf kommt es weit weniger an als auf die nicht mehr zu bestreitende Tatsache, daß die von Syrien dirigierten und von den Sowjets bewaffneten Moslemverbände eine weit aggressivere Haltung als bisher einnehmen. Das müßte die Amerikaner zum Nachdenken bringen, ob sie den Israelis nicht raten sollten, ihren Abzug aus der Beirut-Region nicht nur vorübergehend, sondern auf unbeschränkte Zeit auszusetzen.

Wie fast regelmäßig, wenn sich Washington unvermutet einer überseeischen Krise gegenüberstellt, vernimmt man von dort das scheppernde Metall der unsicheren Trompeten. Die Assistenten des Weißen Hauses wußten schon, warum sie den Präsidenten aus dem Schlaf rissen, als die zwei Tote aus Beirut gemeldet wurden. Und George Shultz wußte auch, weshalb er eiligst die Presse zusammenrief. Wenn amerikanische

Boys in fernen Ländern fallen, schwappt eine Welle der Erregung über den Kuppel des Kapitols zusammen – selbst jetzt, da der Kongreß bis zum „Labour Day“ noch in Ferien ist.

Auf der Stelle wird gegen den Präsidenten der Vorwurf laut, daß er das Land in den dritten Weltkrieg führt, weil er die transatlantischen Muskeln der USA etwas deutlicher spielen läßt als seine Vorgänger. Hintergeht er nicht gar das Parlament, wie es Lyndon Johnson einst mit Erfolg, aber schließlich doch zu seinem Unglück, versucht hatte? Gleich werden mißtrauische Erinnerungen an die Tongking-Entscheidung wach, mit der Johnson dem Senat die Ermächtigung zur Ausweitung des Vietnam-Krieges abbliebte. Selbst der essigsaure Senator Fulbright, dazumal außenpolitischer Chef-Guru auf dem Hill, stimmte für die Entscheidung, was er später beauftragte, weil der definitive Beweis für die Attacke nordvietnamesischer Schnellboote auf die US-Navy im Tongking-Golf nie erbracht wurde.

Natürlich flattern sofort die Ner-

IM GESPRÄCH Hendrik Witbooi

Swapo-Aushängeschild

Von Monika Germani

Mit der Ernennung Hendrik Witboois, eines Lehrers und Pastors der Methodistischen Kirche, zum Vizepräsidenten der prokommunistischen Swapo-Guerrilla-Organisation hat deren Präsident Sam Nujoma einen optisch geschickten Schachzug gemacht. Damit ist Witbooi gleichzeitig der Führer des „internen“ Flügels der Organisation geworden und der höchste Swapo-Vertreter in dem seit 1920 unter südafrikanischer Mandatsverwaltung stehenden Südwestafrika/Namibia.

Der 49jährige Witbooi ist erblicher Häuptling eines der xhoisaniden, gelben Urvölker von Südwest, neben den Buschmännern und Urenkel des legendären Nama-Hottentotten-Führers Hendrik Witbooi, der 1904, zur gleichen Zeit wie die schwarzen Hereros, gegen die deutsche Kolonialmacht rebelliert hatte. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts hatten sich Hottentotten und Hereros gadenlose Kämpfe geliefert. Zuerst hatten die aus dem Norden eindringenden Hereros die Hottentotten verjagt. Später kehrten diese, mit Gewehren bewaffnet, die ihnen die Buren am Kap verkauft hatten, unter ihrem Führer Jonker Afrikaner zu ihren alten Weidplätzen zurück und massakrierten ihrerseits die Hereros. Afrikaner gründete die heutige Hauptstadt Windhuk, und nach seinem Tode wurde Hendrik Witbooi Häuptling der Namas. Erst die Ankunft der kaiserlichen Schutztruppen in Südwestafrika machte dem Schlichten ein Ende.

Der Urenkel dieses streitbaren Häuptlings wurde nun, für ihn selbst überraschend, von Sam Nujoma zum Swapo-Vizepräsidenten ernannt, als er im Krankenhaus in Windhuk lag. Nujoma hatte ihn zum Nachfolger des „Capriviers“ (aus dem Caprivizipfel stammenden) Muynonga, der 1980 die KANU-Partei aus Protest gegen die Vorherrschaft der schwarzen Ovambos innerhalb der Swapo gegründet hatte, ausgewählt. Eingeweihte Kreise in Windhuk wollen



Der überraschte Nama-Führer: Witbooi. FOTO: AP

wissen, daß Witbooi selbst über diese „Ehre“ nicht gerade glücklich ist. Er ist seit 1977 Mitglied der Swapo, dem gleichen Jahr, in dem er den Streik der Nama-Lehrer im Heimatgebiet des Witbooi-Stammes, Gibeon bei Mariental, um bessere Arbeitsbedingungen und die Gründung einer Oberschule unterstützt hatte. Der Streik war erfolgreich, aber Witbooi sollte als Grundschullehrer von der neuen Oberschule versetzt werden. Er weigerte sich, Gibeon zu verlassen, und trat zurück. Dann gründete er eine private Oberschule, finanziert vom namibischen Kirchenrat und protestantischen Kirchen aus Europa. Die Südafrikaner verhafteten ihn zeitweise, aber als „Erziehungsminister“ begleitete er die Swapo-Delegation zu den später gescheiterten Genfer Verhandlungen um die Südwest-Prage im Januar 1981.

Seine Windhuker Freunde bezeichnen Witbooi als traditionsbewußten Häuptling, der so gar nicht in die von Moskau gelenkte Organisation passe. Sie bezweifeln, ob er überhaupt ein überzeugter Kommunist sei, und spekulieren, daß er sich nur von Nujoma – widerwillig – vor den Swapo-Karen spannen ließ, um die Organisation in der westlichen Welt präsentabler erscheinen zu lassen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

STUTTGARTER ZEITUNG

Hier heißt es über das mit der Blockade von US-Kriegsschiffen in Ostasien gestartete Aktionsprogramm – Schwärzender Artikel – der Nachrichtenagentur:

Es gibt Grund genug, ob des oft zynischen Umgangs mächtiger Politiker mit Fragen der Abrüstung zornig zu sein. Aber es gibt kein einziges überzeugendes Argument zum Beweis dafür, daß die Vorbereitung des NATO-Doppelbeschlusses und die Zustimmung der Regierung dazu nicht nach „Gesetz und Recht“ erfolgt seien. Das Gegenteil ist nachweisbar richtig. Vielmehr sind alle Entscheidungen auf legalem Weg getroffen und durch den in Wahlen klar artikulierten Volkswillen eindeutig legitimiert worden. Am Anfang der Grundgesetzarbeit, die auch an einem 1. September, nämlich heute vor 35 Jahren im parlamentarischen Rat begonnen hatte, stand die von Carlo Schmid in Erinnerung gerufene Meinung, „daß mit dem Begriff des Rechtsstaats von vornherein die Verpflichtung aller Bürger gegeben ist, die Gesetze dieses Staates zu befolgen. Unbeschadet des Rechts, auf den durch das Grundgesetz vorgesehenen Wegen auf Veränderungen in Staat und Gesellschaft auszuwirken zu können“. Wer das ignoriert, spielt denjenigen in die Hände, die ohnehin seit geraumer Zeit argumentieren, die Kritiker der traditionellen Sicherheitspolitik könnten mit dem Demonstrationsrecht nicht umgehen, die Zügel müßten angezogen, es müsse mehr gestrafft werden. Die Bewegung hat bereits viel erreicht – längst

überflüssige Nachdenklichkeit geschaffen. Warum das nun durch Regierungspolitik gefährdet?

Süddeutsche Zeitung

Das in München herausgegebene Blatt schreibt über die 35-Stunden-Woche:

Die Wirtschaftspolitik der SPD wissen wohl, warum sie das Reichtum Arbeitszeitverkürzung bislang mit etwas kleinerer Münze handeln, und sich zunächst einmal um die Erarbeitung eines vorläufigen Gesamtkonzepts der Beschäftigungspolitik bemühen. Über den Kampfauftrag des Bundesgeschäftsführers dürften sie kaum erheitert sein, denn noch kann Peter Glotz gar nicht wissen, vor wessen Karren er die sozialdemokratische Partei da spannt. Meint er die 35-Stunden-Woche im Sinne der IG Metall, also die Inanspruchnahme beitragszahlender Arbeitnehmer für die Durchsetzung eines fast nur noch ideologisch begründeten Organisationsziels? Oder hat er eher an die Erwägungen der IG Textil gedacht, die sich – unabhängig von ihrem tatsächlichen Wert für die Beschäftigungspolitik – um Produktivität, Löhne und die Wettbewerbsfähigkeit von Arbeitsplätzen drehen? Die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche kann durchaus klassenkämpferische Züge annehmen, wenn die Ideologen die Oberhand gewinnen. Die SPD sollte sich solchem Umfeld erst gar nicht nähern. Andernfalls wird es ihr nicht gelingen, in die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik, und damit auch für das Schicksal der Arbeitnehmer, zurückzukehren.

Ein Land versteckt sich hinter Spruchbändern

Unter den Ländern Afrikas ist die Volksrepublik Angola für Ausländer eines der unzugänglichsten, verschlossenen noch als die Sowjetunion oder Kuba. Eindrücke von einer Reise unter den strengen Augen offizieller Aufpasser.

Von GITTA BAUER

Der stellvertretende Außenminister blickte streng. „Wenn die Dame den Komplex der Gästehäuser der angolanischen Regierung verläßt, darf sie nicht wieder herein“, erklärte Vinancio de Moura auf portugiesisch dem deutschen Geschäftsträger. Die Dame, die Schreiberin dieser Zeilen, hielt zwar eine Einladung des „Gabinete do Presidente da República“ in der Hand, die „Gitta Bauer aus dem Land Vereinte Nationen“ die Residenz Nr. 3, Zimmer Nr. 4, in dem „Futengo de Belas“ genannten Villengelände anwies. Aber mit dem Vertreter ihrer Botschaft – er auf der einen Seite des Schlagbaums, sie auf der anderen – durfte sie nicht sprechen, nicht einmal auf- und abgehen. Er durfte, trotz Regierungsstandes und Diplomatenausweis, nicht hinein, sie nicht hinaus.

Diese merkwürdige Szene beiderseits eines hohen Stacheldrahts spielte sich dieser Tage an einem idyllischen Fleckchen Afrikas ab, an dem UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar sich mit Swapo-Chef Sam Nujoma und dem Präsidenten der Volksrepublik Angola, José Eduardo dos Santos, traf, um über die Unabhängigkeit Namibias zu sprechen. Die Journalistin hatte den unverzeihlichen Fehler begangen, einem launenhaften Telefon, dem einzigen in Pérez de Cuellars Unterkunft, nach vielen Mühen eine Verbindung zur Deutschen Botschaft abzutrotzen. Um das Maß der Unabhängigkeit oder Naivität vollzumachen, verabredete sie sich mit dem Charge d'Affaires am letzten der drei Schlagbaume, die das von Schützenpanzerwagen umstellte Gelände abriegelt.

Das Treffen mit dem stellvertretenden Außenminister sollte noch nicht alles sein. Ich durfte nicht mehr allein und nicht zu Fuß zur Villa zurück. Eine Limousine mit dem Protokollchef kam mich vom Schlagbaum abholen. Senhor Amir belehrte mich über angolanische Sitten: „Wenn Sie Ihren Botschafter sprechen wollen, haben Sie sich an das Protokoll zu wenden.“

„So kreiert man internationale Zwei-

schenfälle“, sagte einer der UNO-Diplomaten. Er schickte sich stehend Fußes an, Senhor Amirs Geduld selbst auf die Probe zu stellen und ein wenig an der lockenden Meeresbucht am Südatlantik spazierenzugehen. Auch er wurde verschoben, „von unserem netten Freizeitgestalter“, wie er den Protokollchef nannte.

Die Begegnung mit dem Vizeaußenminister sollte sich als ein böses Omen herausstellen. Eine Bitte um ein Visum für einen mehrtägigen Aufenthalt – Pérez verließ das Land noch in der Nacht – wurde von ihm mit einem strikten „Nein, und ich meine nein“ abgewiesen. Der angolanische UNO-Botschafter hatte sich eingesetzt. Selbst der als „starker Mann“ angesehene Innenminister Manuel Alexandre Rodriguez, der sich auf den kapverdischen Inseln mit dem südafrikanischen Außenminister und in Washington mit US-Vizepräsident George Bush getroffen hatte, fand „no problem“. An Mouras Nein scheiterte es dennoch. Es konnte allerdings nicht allein der deutsche Unabhängigkeitsdrang sein, der das Visum verweigerte. Einem britischen Kollegen erging es ebenso.

So blieb es bei einem kurzen Blick auf die Hauptstadt Luanda, eine der schönsten Afrikas. Die Portugiesen hatten zu bauen verstanden. Sie liebten offenbar schattige Alleen, die nun trotz ihres Blütenreichtums den bedrückenden Verfall der einst eleganten Villen nicht verbergen können. Dazwischen die Klendbehauungen aus Kartons und Blechbüchsen, die Musseques, wie die Slums in Angola heißen. Anders als in Kuba sind die von den Portugiesen hinterlassenen Behausungen zwar von Angolanern übernommen worden, sie haben sie jedoch nicht instandgehalten. Aus manchem dieser Häuser kommt ein sehr strenger, penetranter Geruch. Da kann auch Angolas Nationalblume, die „Rosa Procelana“, nicht gegen an offener Funktionieren die Badezimmer-Einrichtungen nicht mehr.

Beim Staatsdiner, das der Kommissar der Provinz Luanda, Evaristo Domingos „Kimbe“, dem hohen Gast von den Vereinten Nationen im Hotel „Costa do Sol“ gab, war von wirtschaftlichen Schwierigkeiten, war freilich von Armut nichts zu spüren. Doch wie überall in sozialistischen Ländern sind Lebensmittel auch in Angola knapp. Die Schlangen von hoffnungslos leeren Läden sind die gleichen wie in Moskau oder Havanna, während der schwarze Markt floriert.

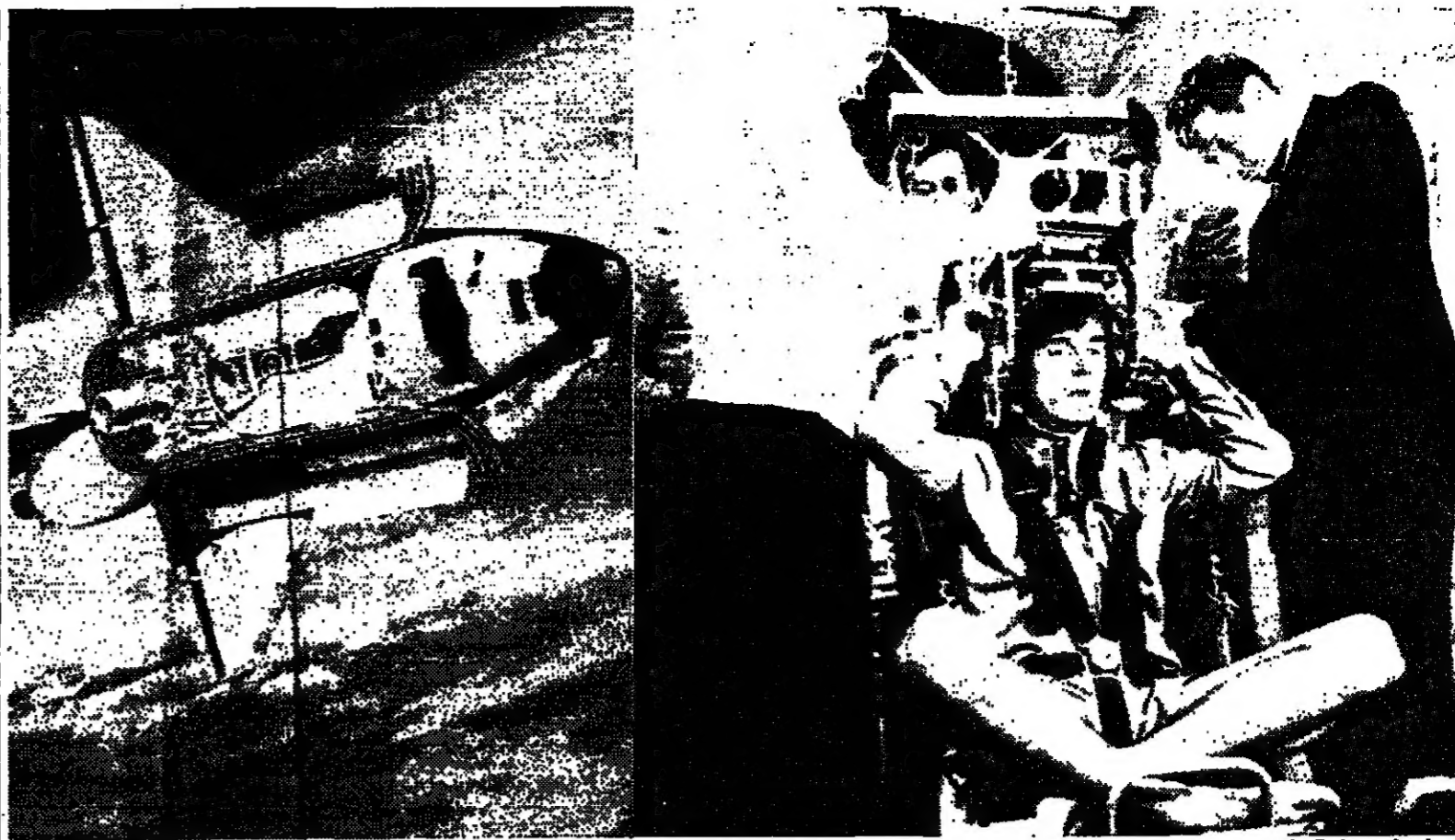
Allerdings übersteigt der Preis für Eier oder Gemüse oftmals den Tageslohn eines Arbeiters, wie Xan Smiley in der „New York Review of Books“

schrrieb, nachdem er nach jahrelangen Bemühungen um ein Visum schließlich im September vorigen Jahres mit einem amerikanischen Basketballteam das „verschlossenste und am wenigsten beschriebene der bedeutendsten afrikanischen Länder“ betreten durfte. Smiley legte den beliebten Maßstab für die Einschätzung der Wirtschaftskraft eines Landes an – den Kurs der Währung auf dem schwarzen Markt. „Fünfeinhalbmal so hoch wie der offizielle Kurs: nahe an Afrikas Rekord, vor Uganda und dichtauf nach Ghana.“

Die wirtschaftliche Misere des Landes – trotz seines Ölreichtums – wird damit erklärt, daß Angola die Hälfte seines Nationaleinkommens für die Verteidigung aufwendet. Der Pfahl im Fleische heißt Jonas Sawimbi, heißt Unita, jene Rebellenbewegung, die ursprünglich nach der Flucht der Portugiesen mit der marxistischen MPLA die Regierung in Luanda stellte. Sie wurde mit Hilfe von 25 000 kubanischen Soldaten vertrieben.

Gestützt auf die zahlenmäßig größte Bevölkerungsgruppe der Owimbundu (35 bis 40 Prozent), unterstützt von afrikanischen Brüdern wie Senegal und Zaire, von Saudi-Arabien und Oman, von der Volksrepublik China (zumindest moralisch), von Südafrika (zumindest logistisch), beunruhigt Sawimbi von seiner „freien Zone“ in der Provinz Cuando Cubango im Südosten Angolas die Regierung im fernen Luanda. So fern kann er nach den letzten Offensiven nicht sein. Westlichen Diplomaten zufolge, die ohnehin in ihrer Bewegungsfreiheit auf einen Radius von 20 Kilometern vom Zentrum der Hauptstadt beschränkt sind, erzählen, daß nach weiteren zwanzig Kilometern „die Straßen unsicher werden“. Kenner sind sicher, daß Sawimbi freie Wahlen mühelos gewinnen würde.

Das erklärt vielleicht die panische Aufmerksamkeit, mit der Journalisten aus dem Westen am Blick über den Stacheldraht gehindert werden. Was das Regime uns vorführt, waren Spruchbänder, rote Pioniere, Sprechchöre, bei denen die Fauste automatisch hochzuckten wie bei pawlowschen Hunden. „A Luta“, schrie Präsident Eduardo dos Santos auf dem Flughafen ins Mikrofon. „Continua“, antwortete die Menge. „A Victoria“, skandierte der Präsident. „E certa“, kam das Echo. Der stille UNO-Generalsekretär aus Peru, Pérez de Cuellar, leicht verlegen mit rotem Pionierhalsstuch, fand in seiner Rede eine feine Abwandlung dieses Slogans. „Mein Kampf ist der Friede“, antwortete er dos Santos. „Er wird fortgesetzt. Und der Sieg ist sicher.“ (SAD)



Zweimal Premier: Im Bauch der amerikanischen Raumfähre „Columbia“ soll im Oktober das erste europäische Weltraumlabor die Erde umkreisen. Im Labor der erste deutsche Astronaut, der Stuttgarter Ulf Merbold. (FOTOS: ERNO)

Von der Weser in den Weltraum

Hellwach sitzen die Bremer Raumfahrttechniker seit Dienstag am Telefon und verfolgen über den direkten Draht mit der NASA, was das augenblickliche Sorgenkind der Raumfahrt, der größte Kommunikationssatellit der Welt (TDRS), macht. Von seinem Funktionieren hängt der erste Start eines deutschen Astronauten ins All ab und damit der Premieranflug für Bremens Weltraumlabor Spacelab.

Von W. WESSENDORF

Reisende, die auf dem Bremer Flughafen landen, werden verwirrt auf die „Stadt der Luft- und Raumfahrt“ eingestimmt. Neidisch beugen sie langem die Verkaufsförderer einer weltbekannten Biermarke an der Weser das leuchtende Plakat. Sie beanspruchen heimlich den begehrten Platz über der Ausgangstür für sich: „Die Luft ist doch da inzwischen raus.“

Dies aber ist nur ein Wunschtraum der Werbefachleute für den Gerstenstoff, denn in wenigen Wochen wird das Bremer Präzisionswerk Spacelab im Space Shuttle „Columbia“ zum Höhenflug in den luftleeren Raum abheben. Neun Tage lang wird die amerikanische Mutter mit dem europäischen Kind im Bauch in einer ertönen Umlaufbahn von rund 250 Kilometern kreisen.

1961 erst hatte es in Bremen bei ERNO (Entwicklungsring Nord) sehr bescheiden begonnen. Drei Männer teilten sich ein Büro, kramelten die Ärmel hoch und begannen technische Konzepte zu Papier zu bringen, um in die Welt der Trägerraketen einzusteigen. Den größten Sieg bisher errangen sie 1974, als sie den Entwicklungsauftrag für das Spacelab an Land zogen – gegen das von Messerschmitt-Bölkow-Blom (MBB) geführte Konsortium.

Jetzt können die Bremer zeigen, was sie geleistet haben. Gleichzeitig wird in der transatlantischen Partnerschaft der wichtigste Meilenstein erreicht, der die zehnjährige Entwicklungsgeschichte und Fertigungszeit im Spacelab-Programm abschließt. Doch schon hat das industrielle Konsortium für den Bau des Raumlabors

im Auftrag der europäischen Weltraumorganisation ESA mit einem Weiterentwicklungsprogramm begonnen und fertigt die von der Nasa 1980 bestellte zweite Spacelab-Flug-einheit. Außerdem wollen die Bremer auch an einer Weltraumstation mithalten.

Für den Spacelab-Einsatz hat die heiße Phase am Startplatz, dem Kennedy Space Center in Florida, schon begonnen. Allerdings verzögert sich der Start vom 30. September auf den 28. Oktober. Der Satellit TDRS - 1 hat seine geostationäre Umlaufbahn westwärts verlassen. Der Helfershelfer im All soll aber wichtige Daten von dem „Columbia“-Flug zur Erde senden. Seine Bahn mußte wiederholt korrigiert werden. Endlich in der richtigen Position, tauchten Kommunikationsprobleme zwischen Satellit und Bodenstation auf, die noch nicht behoben sind.

Die Welchen für die Spacelab-Mission sind dennoch präzise gestellt. In der sieben Meter langen, zylindrischen Röhre, die vier Wochen vor dem Start des Shuttles eingebaut wird, arbeitet der erste europäische Weltraumwissenschaftler, der Stuttgarter Physiker Dr. Ulf Merbold (43). An Bord von Raumfähre und Weltraumlabor befinden sich noch fünf Amerikaner. Merbold wird zusammen mit seinem Nasa-Kollegen Byron K. Lichtenberg die von europäischen und amerikanischen sowie einem japanischen Wissenschaftler entwickelten Experimente durchführen und Meßinstrumente bedienen.

Von diesem ersten Flug erwarten wir aus den 66 Experimenten wesentliche Erkenntnisse für die Forschung“, sagt Manfred Fuchs (45), ERNO-Marketing-Direktor in Bremen. „Gleichzeitig wird bei der ersten Mission das Weltraumlabor selbst erprobt und auf seine Funktionsfähigkeit überprüft.“ Das bedeutet, daß alle lebenswichtigen Verbindungen zwischen Mutterschiff und mitfliegendem Labor hundertprozentig „dicht“ sind.

Zunächst läuft aber noch die heiße Phase der letzten Vorbereitungen:

Die Integration der Nutzlasten in das Spacelab, die Tests auf Untersternebene, der Einbau des Labors auf eine Palette in den Orbiter wie auch der Missionslauf und alle Arbeiten nach der Rückkehr zum Kennedy Space Center werden von Mitarbeitern aus dem Hause MBB/ERNO, von

Vertretern der Konsortialpartner und der ESA unterstützt. 17 qualifizierte Spacelab-Experten bilden das European Resident Team (ERT) im Kennedy Space Center.

Mit den ersten Erprobungen des bemannten Weltraumlaboratoriums Spacelab und dem wiederverwendbaren unbemannten Satelliten SPAS-OL wird ein neues Raumfahrtkapital in Europa eingeleitet. Als Ergänzung zu den derzeit auf zehn Tage begrenzten Spacelab-Missionszeiten definieren die Raumfahrtexperten an der Weser eine frei fliegende, rückführbare Plattform, die mehr als sechs Monate im Orbit arbeiten soll. Eureka (European Retrieval Carrier) ist die erste wiederverwendbare europäische Plattform, die von Europa entwickelt und eingesetzt wird und nach jeder Mission zu ihrer Heimatbasis zurückkehrt, um mit neuen Nutzlasten für weitere Einsätze vorbereitet zu werden.

Die erste Eureka-Mission mit einem Raumtransporter ist für Oktober 1987 geplant. Die Plattform nimmt dann eine Nutzlast von 1,2 Tonnen mit. Im Mittelpunkt stehen extra für Eureka entwickelte Mikrogravitationsforschungsaufgaben aus den Bereichen der Materialkunde sowie Medizin und Biologie.

Eureka wird vom Orbiter in einer Umlaufbahn von 330 Kilometer Höhe eingesetzt und mit dem bodengelegenen Antrieb dann eine Position in rund 500 Kilometer Höhe erreichen. Die vom Boden gesteuerte Plattform kehrt nach sechs Monaten in die Orbiter-Flugbahn zurück, wird vom Manipulatorarm eingefangen und wieder im Laderaum verankert.

Als Basis dient eine im Rahmen des SPAS-Projektes von MBB/ERNO entwickelte Gitterstruktur aus Kohlenstoffelementen, die sowohl die Experimente als auch ihre Versorgungssysteme trägt. Die frei fliegende Plattform wiegt insgesamt 3,5 Tonnen, einschließlich Antriebssystem, Solargeneratoren, Energieversorgungssystem, Datenmanagement und Kontrollsystem, Lageregelung und Kühlsystem.

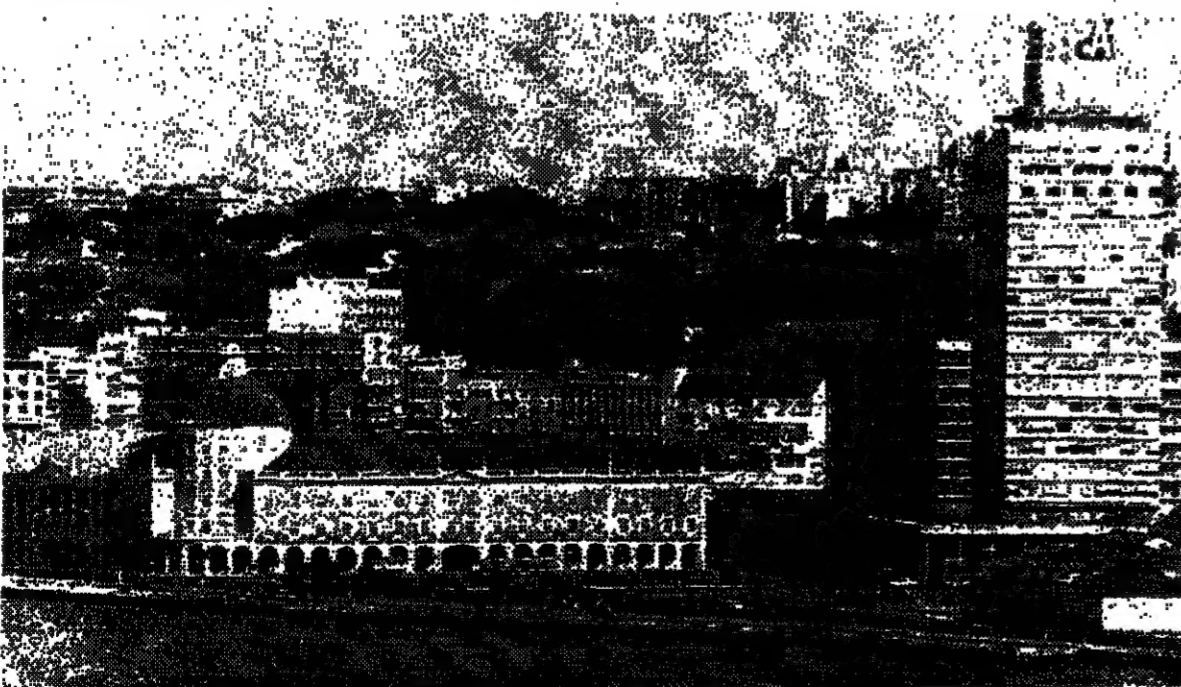
Die deutschen Raumstürmer haben aber noch mehr hochfliegende Pläne. Ihre Gedanken weilen derzeit bei einer Weltraumstation. Etwa mit dem Spacelab-Start im Oktober will US-Präsident Ronald Reagan entscheiden, ob Amerika eine Weltraum-

station bauen wird. Denn auch da wollen die Bremer kräftig mitwirken. Die kühlen Köpfe an der Hünfeldstraße – nach dem ersten Atlantiküberquerer von Ost nach West benannt – entwerfen und berechnen Systeme für Rendezvous- und Andockmanöver, die zur 500. Wiederkehr der Entdeckung Amerikas durch Christoph Columbus startklar sein sollen – 1992. Marketing-Direktor Fuchs hat auch schon Namen im Nähkästchen: „Die Station könnte Santa Maria oder Amerika heißen, unser Andockmodul nennen wir Columbus.“

Der Weg zur „Columbus“ ist weit. Davon lassen sich die Bremer Pioniere nicht abschrecken. Denn gerade 22 Jahre jung ist die bisherige VFW-Tochter ERNO Raumfahrttechnik, die nach Erklärungen der MBB-Geschäftsführung ihre Eigenständigkeit behalten, ja sogar wachsen soll. Die in Ottobrunn bei München am Hauptsitz des mit 38 000 Mitarbeitern und vier Milliarden Mark Umsatz größten deutschen Luft- und Raumfahrtkonzerns arbeitenden rund tausend Raumfahrtsspezialisten sollen mit den Bremern (ebenfalls rund 1000 Experten) zusammengeführt werden.

Das gefällt den selbstbewußten Ottobrunnern gar nicht, die mit einer Resolution und Kampandierung gegen den Beschluß der Geschäftsführung verweisen nicht weniger stolz auf ihre Leistungen und pochen auf Rechte, die ihnen im Fusionspapier zugesprochen worden sind. Der Leistungsstolz Raumfahrt ist Bremen zugesprochen worden. Diesen Sommer ist der Name VFW Vereinigte Flugtechnische Werke, dessen 100prozentige Tochter ERNO war, endgültig durch MBB Messerschmitt-Bölkow-Blom ersetzt worden. VFW war 1980 in wirtschaftlichen Turbulenzen von MBB aufgekauft worden. Neben der Raumfahrt werden in Bremen immer noch Flugzeugteile gebaut, für den Airbus beispielsweise und den Tornado.

Doch aller Querelen und Umstellungen zum Trotz: Die Hanseaten glauben an die Zukunft der Luft- und Raumfahrtstadt Bremen und sie haben inzwischen das Jahr 2000 im Auge, nicht als Science-fiction, sondern als konsequente Fortführung ihrer Arbeiten, die vor einem Jahrzehnt mit ersten Konzeptüberlegungen für Spacelab begannen.



Die Spuren der Portugiesen sind unübersehbar: Blick auf die Uferstraße von Luanda. FOTO: DELVAHL/DPA

Neue Heyne-Taschenbücher

HANS DIETER MEYER
Ratgeber
VERSICHERUNG
Mehr Wissen
spart Geld

Der heimliche Bestseller!
Das Heyne-Taschenbuch, das sich bezahlt macht: Der Versicherungsratgeber schlechthin – vom Versicherungsexperten Hans Dieter Meyer. (Heyne 4899/7,80)

Die stürmisch-bewegte Chronik einer Familie vor dem Hintergrund der weiten anmutigen Landschaft von Ostholstein. Einer der stärksten, erfolgreichsten Romane der großen Autorin Utta Danella. (Heyne 6228/9,80)

Utta Danella
Der blaue Vogel
Roman

DESMOND BAGLEY
Bahama-Krise
ROMAN

»Bagley kennt sich aus in der Kunst des Thrillers, er beherrscht atemverschlängelnd dieses Umrücken von locker hingeblicktem Unterstatement ins Stakkato des Entsetzens.« FAZ-Magazin (Heyne 6253/DM 6,80)

ALEXANDRA CORDES
MICHAEL HORNBACH
Auf deinen Lippen das Paradies
ROMAN

Zwei deutsche Bestsellerautoren haben gemeinsam diesen Roman exklusiv als Heyne-Taschenbuch-Originalausgabe geschrieben: Alexandra Cordes und Michael Hornbach. (Heyne 6104/DM 7,80)

Friedrich Schiller – Dichter, Idealist, Philosoph. Berni von Heislers Darstellung seines Lebens, seiner Dichtung. Mit Zeitafel, Bibliographie, Register und 18 Abbildungen. (Heyne Biographien 107/DM 7,80)

Berni von Heisler
SCHILLER
Dichter, Idealist, Philosoph

Oschöner grüner Wald
Die Nacht der Lärche
Krimi

Wohl jedem von uns liegt der Erhalt des gefährdeten Waldes am Herzen. Dieses Buch zeigt den Zauber des Waldes in Literatur und Kunst, in Wort und Bild, aus drei Jahrhunderten. (Heyne Ex Libris 98/DM 6,80)

Hier sind 8 von über 40 neuen Heyne-Taschenbüchern im September '83.

HEYNE BÜCHER

Die Fortsetzung des berühmten Klassikers der Psycho-Thriller: »Robert Bloch ist zur Zeit wohl der beste psychologische Horrorauteur.« Stephen King (Heyne 6287/DM 6,80)

JOHN D. MACDONALD
ZIMTBRAUNE HAUT
Kriminalroman

Ein neuer Fall für Travis McGee. John D. MacDonald zählt zu Amerikas bekanntesten Crime-Autoren, sein Travis McGee zu den beliebtesten Figuren der Kriminalliteratur. (Blaue Krims 2049/DM 6,80)

ROBERT BLOCH
PSYCHO
Roman 2

An der Wilhelm Heyne Verlag Postfach 201204, 8000 München 2 Bitte kostenloses neues Gesamtverzeichnis senden an: (genaue Anschrift) WB 9

FDP-Mitglied kandidiert für CDU in Bremen

AP, Bremen

Politischen Zündstoff im Lande Bremen hat die Bekanntgabe der Kernmannschaft der CDU für die am 25. September stattfindenden Bürgerwahlen ausgelöst. Zu den Kandidaten, die für ein Senatorenamt vorgesehen sind, gehören der Präsident der Handelskammer Bremen, Horst Willner, sowie der Präsident der Vereinigung der Arbeitgeberverbände im Lande Bremen, Peter-Otto Engisch (FDP), der erklärt hat, er wolle zwar Mitglied der FDP bleiben, befürworte aber den „Kohl-Genscher-Kurs von CDU und FDP“. Die Freien Demokraten im Lande Bremen hatten sich für eine Koalition mit den Sozialdemokraten ausgesprochen, falls die SPD ihre absolute Mehrheit verlieren sollte.

Der Landesvorsitzende und Fraktionschef der Freien Demokraten in Bremen, Jürgen Lahmann, erklärte, Engisch müsse sich fragen, ob er noch in der richtigen Partei sei.

Franke wurde neuer Bausenator

F. D. Berlin

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat gestern den 60-jährigen CDU-Politiker Klaus Franke zum neuen Senator für das Bau- und Wohnungswesen gewählt. Franke erhielt mit 69 Ja-Stimmen bei 58 Gegenstimmen die Mehrheit des Landesparlamentes und tritt die Nachfolge des bisherigen Amtsinhabers Ulrich Rastemborski an, der in der vergangenen Woche seinen Rücktritt erklärt hatte. Franke leitete bisher als Direktor der städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft DeGeWo und fungierte früher einmal als Vorsitzender des parlamentarischen Bauausschusses. Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker bezeichnete die Wahl Frankes als Sicherheit dafür, daß der Inhalt und Geist der von Rastemborski geprägten Baupolitik in Berlin kontinuierlich fortgesetzt werden.

Reagan verspricht Beamten mehr Gehalt

AP, Santa Barbara

Präsident Ronald Reagan hat nach Mitteilung des Weißen Hauses für das nächste Jahr eine Erhöhung der Gehälter der Beschäftigten im öffentlichen Dienst um 3,5 Prozent angekündigt. Ursprünglich hatte Reagan einen Lohnstopp für die rund 1,4 Millionen Bediensteten gefordert. Inzwischen habe der Präsident auf diese Forderung verzichtet, weil die wirtschaftliche Lage sich schneller als erwartet verbessere, sagte ein Pressesprecher. Die von Reagan angekündigte Gehaltserhöhung, die am 1. Januar 1984 in Kraft treten soll, wird nach Angaben der Regierung die Steuerzahler jährlich mit einer Milliarde Dollar belasten.

Reagans neuer Vorschlag liegt weit unter der von der Regierung veranschlagten Gehaltserhöhung um 21,5 Prozent, die notwendig gewesen wäre, um die Löhne der öffentlichen Angestellten an das Einkommen der in der privaten Industrie Beschäftigten anzugleichen. Er kommt jedoch dem vom Kongreß im Haushaltsplan vorgesehenen Lohnanhebungen um vier Prozent entgegen.

Nicaraguas Bischöfe gegen Wehrpflicht

KNA, Managua

Gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Nicaragua hat sich die katholische Bischofskonferenz des Landes ausgesprochen. „Kein Mensch darf dazu gezwungen werden, mit der Waffe eine Ideologie zu verteidigen, die er nicht anerkennt, oder durch Militärdienst einer Partei dienlich zu sein“, heißt es in einem vom 29. August datierten Schreiben der Bischöfe zu den von der Regierung vorgelegten Plänen zur Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht. „Dieses vorgelegte Gesetz“, so die Bischöfe weiter, „widerspricht den Grundsätzen des Landes, des Staates, der Revolution und des Sandinismus.“

Frankfurts Genossen bejubeln die Thesen von Lafontaine

Niederlage für Karsten Voigt im Heimatbezirk / Anti-Nachrüstungs-Antrag angenommen

D. GURATZSCH, Frankfurt

Die Frankfurter SPD hat den Bruch mit der sicherheitspolitischen Konzeption des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt vollzogen. Auf ihrem Unterbezirksparteitag am Mittwochabend billigten 330 Delegierte gegen weniger als zehn Stimmen einen Antrag des Unterbezirksvorstandes, in dem die Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles auf dem Territorium der Bundesrepublik abgelehnt wird. Die Mitglieder der SPD werden aufgerufen, „sich im Rahmen des Grundrechtes auf Demonstration an gewaltfreien Aktionen gegen Aufrüstung zu beteiligen“. Die SPD habe „Verständnis für persönliche Entscheidungen zum zivilen Ungehorsam im Rahmen der anstehenden Aufrüstung“.

Weiter heißt es in dem jetzt verabschiedeten Antrag, die SPD wende sich gegen die Aufstellung der SS-20-Raketen in der Sowjetunion. Durch Vereinbarungen zwischen NATO und Warschauer Pakt müsse ein „System gegenseitiger Sicherheitsgarantien“ eingerichtet werden. Dazu gehöre die Ablösung des bisherigen Systems gegenseitiger atomarer Abschreckung, ein Einfrieren aller Waffen und Waffensysteme in Europa auf dem gegenwärtigen Stand und eine Vereinbarung zur Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone in Europa.

Dem Beschluß des Parteitag war ein Disput zwischen dem Saarbrücker Oberbürgermeister Oskar Lafontaine und dem sicherheitspolitischen

Sprecher der SPD, Karsten Voigt, vorausgegangen. Dabei vertrat Voigt in wesentlichen Punkten die früheren sicherheitspolitischen Vorstellungen von Helmut Schmidt. Wer die Entspannungspolitik fortentwickeln wolle, werde es bis zu weitem nicht außerhalb der NATO tun können. Aber die Aussichten für ein befriedigendes Abkommen zwischen den Supermächten in Genf, das technisch noch möglich sei, würden politisch zunehmend erschwert. Der „negative Einfluß“ der deutschen Bundesregierung auf die Genfer Verhandlungen dürfe nicht unterschätzt werden.

Voigt bestand darauf, „bis zur letzten Minute“ auf ein Verhandlungsergebnis in Genf zu drängen und notfalls die Stationierung zu verschieben. Es gelte, die Politik der nuklearen Weltmächte zu beeinflussen und den Frieden durch Zusammenarbeit zu sichern. Die SPD müsse sich vor einer „unrealistischen Einschätzung der Rahmenbedingungen deutscher Politik“ wie in den 50er Jahren hüten.

Aber Voigt ging in seinem Heimatbezirk mit liegenden Fahnen unter. Die Delegierten begleiteten seine Rede mit Stillebrüchen und Gesprächen über die Tische hinweg. Nicht Voigt, sondern Lafontaine war für sie der Star dieses Abends. Ihm huldigten sie mit wahren Beifallstürmen. Der Gastredner stellte sich vorbehaltlos hinter den Antrag des Unterbezirksvorstandes. Die SPD trägt keine Schritte der nuklearen Hochrüstung mehr mit. „Atomare Rüstung sei „unverantwortbar“, weil niemand

menschliches oder technisches Versagen ausschließen könne. Bereits die Herstellung nuklearer Waffen sei ein Verbrechen.“

Lafontaine zitierte den Vers: „Alle Räder stehen still / Wenn dein starker Arm es will“ und forderte: „Es müßte doch einmal ausprobiert werden, ob die internationale Arbeiterbewegung nicht etwas mehr gegen die Hochrüstung vermag.“ Gegen die Produktion von Rüstungsgütern solle das Instrument des „Produktstreiks“ wieder aufgegriffen werden, das deutsche Arbeiter im Ersten Weltkrieg angewandt hätten. Auch müsse das Mittel des Generalstreiks weiter diskutiert werden. Ein „erster Schritt“ wäre, so Lafontaine, „den Vorschlag Steinkühlers aufzugreifen und 15 Minuten wenigstens die Arbeit niederzulegen“.

Die Beschlüsse des Frankfurter Unterbezirks, der mit knapp 10 000 Mitgliedern der stärkste in Hessen ist, stellen sich allem Anschein nach keineswegs quer zur Politik der hessischen SPD, die im Wahlkampf für die Parlamentswahl am 25. Oktober ihr friedenspolitisches Profil herausstellt. Der Landesvorsitzende, Ministerpräsident Holger Börner, hat schon vor einem Jahr einen Forschungsauftrag für Alternativen zur atomaren Abschreckung vergeben. Der frühere Bundeskanzler Schmidt, der mit seinem Einsatz in der Schlussphase des Wahlkampfes vor einem Jahr wesentlich zum Überleben der Regierung Börner beigetragen hatte, steht den hessischen Genossen freilich nicht mehr zur Verfügung.

Koschnick: Ich stelle meinen Posten zur Verfügung, wenn ...

Bremer Bürgermeister fordert in der Werftenfrage Rückhalt durch die Gewerkschaft

Von W. WESSENDORF

Müde gelegentlich - amtsmüde, mein. Wie ein Schnellschuß kommt die Antwort von Hans Koschnick, Präsident der Bremer Senat, im Gespräch mit der WELT. Und der SPD-Spitzenkandidat für die Bürgerschaftswahl der Freien Hansestadt Bremen am 25. September versichert: „Ich trete für weitere vier Jahre an.“ Sein Platz sei in Bremen, er habe keine Bonner Wünsche. Entpuppt sich der Hansdampf in all den Gassen schließlich als Bremer Trutz?

Vor der Wahl 1979 hatte Koschnick angedeutet, daß möglicherweise vor Ablauf der Legislaturperiode 1983 über seine Nachfolge nachgedacht werden müsse. Heute will er mehr denn je die „wirtschaftlichen Schwierigkeiten im nordwestdeutschen Raum lösen“. Deshalb habe ich mich 1979 aus der Bonner Politik zurückgezogen, und dazu stehe ich immer noch. „Er werde künftig sogar weitere Bonner Felder, die er nebenamtlich bekleide, abgeben.“

Der dienstälteste Regierungschef eines Bundeslandes, an dessen Wiederwahl niemand zweifelt, schießt sich an, in die Fußstapfen seines politischen Vorbildes Wilhelm Kaisen zu treten. Der Mentor der Sozialdemokraten lenkte 20 Jahre lang die Geschichte des kleinsten Bundeslandes. Koschnick amtierte bisher 16 Jahre als Landeschef, war zuvor vier Jahre Innensenator und zwei Jahre lang zweiter Mann als Zweiter Bürgermeister im Lande Bremen.

Um der Methusalem unter den Ministerpräsidenten der Länder zu werden, muß der 54-jährige allerdings einen Stolperstein aus dem Weg räumen, den er sich selbst gelegt hat. Der Wahl-Slogan der Sozialdemokraten „Klare Mehrheit für den Bürgermeister“ soll auch die Mitarbeiter in den Krisenbranchen ansprechen. Und da türmt sich das Problem „Lösung der Werftenkrise“ zu ungeahnten Höhen auf. Koschnick signalisiert Rück-

trittsabsichten, gekoppelt an eine Werftenlösung in Form der Zusammenlegung großer Arbeitnehmerräte. Sein Statement dazu: „Ich muß im Rahmen der Landesregierung handeln, wie es die Möglichkeit des Landes gebietet.“

Koschnick meint auch dieses sehr ernst: „Sollten die Vertrauensleute

Vor der Wahl in Bremen

der Gewerkschaften der Meinung sein, daß unsere Lösungsvorschläge zur Werftenfrage nicht genügen, dann bin ich bereit, meine Funktion zur Verfügung zu stellen“ und wird da-



Seit 16 Jahren Landesvater: Hans Koschnick (54)

mit sein politisches und moralisches Gewicht und das des Senats ins Feld. Er komme aus dem gewerkschaftlichen Lager und baue auf die Basis. „Wenn die der Meinung ist, daß ich ihren Interessen nicht mehr ausreiche, dann sollte ich nicht mehr Regierungschef des Landes sein.“

Zum Ende der Legislaturperiode ist es innerhalb der Bremer SPD ruhig geworden. Kaum mehr Flanken- oder Positionskämpfe, die früher für harte Auseinandersetzungen sorgten und auch bundesweit oft Furore machten. Es liegt wohl weniger am Wahltag als an den wirtschaftlichen Sorgen, an den Problemfeldern in

Bremen und Bremerhaven, die den Frust auf allen möglichen Feldern reduziert haben, mutmaßt Koschnick. „Daher der Schulterschuß der Partei, daß wir auf allen Ebenen aufeinander zugehen, gesellschaftliche Probleme zur Zeit nicht diskutieren.“

Zur Wahl selbst sagt Koschnick: „Es gibt eine Chance, eine absolute Mehrheit in Bremen wieder zu erreichen. Deshalb ist es wichtig, meine Chance zu nutzen und über Koalitionen jetzt nicht zu spekulieren.“ Es sei schon schwierig genug, die SPD zusammenzuhalten. „Das wird in einer Koalition nicht einfacher.“

Die CDU spreche dieser Haltung, nicht zu diesem Zeitpunkt über eine Koalition zu spekulieren. Nur die FDP habe gesagt, sie würde gern Gespräche mit Koschnick und der SPD führen, wenn sie gefragt würde. Die Bundes-Grünen und die Buntten hätten kein Interesse signalisiert. Die Bremer Grüne Liste (BGL) zeige sich dagegen für eine Koalition bereit. Doch nach Ansicht Koschnicks hat sie keine Chance, wieder in die Bürgerschaft einzuziehen. Das Angebot der BGL an die SPD sei als Stimmengang zu werten.

Der Wahlkampf in Zeitnot, von wirtschaftlichen Problemen gebeutelt, hat dennoch Bonn weiter im Visier. Als Präsidiumsmitglied seiner Partei und Vorsitzender der Sicherheitspolitischen Kommission des SPD-Vorstandes fühlt er sich an die Münchener Parteitagbeschlüsse gebunden. „Die Linie der SPD in der NATO-Doppelbeschlussfrage wird am 1. November auf dem außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokraten entschieden, sagt Koschnick. Da werde ich dann zu Detailfragen Stellung nehmen.“

„Ich teile die Besorgnis, daß die Stationierung der Pershing 2 uns größere Gefahren bringt und nicht mehr Sicherheit. Aber ich sage im gleichen Umfang, Ausgangspunkt der Gefahren ist nicht die Pershing 2, sondern die SS 20 der Russen.“

„Regierung muß Klarheit schaffen, was sie will“

WELT-Interview mit SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz

DW, Bonn

Der SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz sieht das Erfolgsrezept der deutschen Wirtschaft, das aus der Exportorientierung und liberaler Außenwirtschaftspolitik besteht, gefährdet. Besonders eine Verwirklichung der Vorstellungen von Lambsdorff und Albrecht würden zu erbitterten Konflikten zwischen Opposition und Regierung führen. Mit Peter Glotz sprach Manfred Schell.

WELT: Herr Glotz, die SPD-Führung erwartet einen „heißen Herbst“ um die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Soll damit - neben der Debatte um die Nachrüstung - eine zweite Stoßrichtung gegen die Regierung Kohl aufgebaut werden?

Glotz: Parteitaktik ist durchaus wichtig. Aber hier geht es um die Qualität der Arbeitsbeziehungen bei uns und um das Funktionieren des deutschen Wirtschaftsmodells. Wir kommen Anfang 1984 in schweres Wasser. Das Erfolgsrezept der deutschen Wirtschaft, das aus der Exportorientierung und liberaler Außenwirtschaftspolitik besteht, ist gefährdet. Die Gefahren liegen auf der Hand: Die EG-Länder zwingen uns zu mehr „Außenprotektionismus“, großer Druck von den internationalen Kapitalmärkten, hohe Arbeitslosigkeit. Wenn diese Probleme nach den wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen von Graf Lambsdorff oder Herrn Albrecht gelöst werden sollten, kommt es zwangsläufig zu erbitterten Konflikten zwischen Opposition und Regierung und zwischen den Faktoren Arbeit und Kapital. Davor möchten wir rechtzeitig warnen.

WELT: Also doch Anzeichen für eine begrenzte Kooperation mit der Regierung?

Glotz: Nach unserer Auffassung ist das deutsche Wirtschaftsmodell nur zu retten, wenn die Regierung nicht bereit ist, hohe Arbeitslosigkeit zu akzeptieren und wenn sie nicht zu einer Re-Privatisierung der sozialen Grundrisiken schreitet. Wenn sie diese Grundbedingungen anerkennt, dann ist die SPD bereit, ihre Beiträge zu leisten, um die Inflation klein zu halten, und in diesem Sinne bei den Arbeitnehmern ihren Einfluß geltend zu machen.

WELT: Wo setzt Ihre konkrete Kritik an der Wirtschafts- und Finanzpolitik an?

Glotz: Die Debatte um Steuersenkungen ist schwer konjunkturell. Hier geht es in der Koalition durch den Herrn Albrecht möchte die Unternehmenssteuer senken, und die FDP spricht von einer Veränderung des Einkommensteuertarifs. Die Regierung muß jetzt Klarheit schaffen, was sie will. Graf Lambsdorff werfe ich Konzeptionslosigkeit vor. Nehmen Sie nur die Beispiele Stahl und Werften. Er hat früher gegen die Einführung von Stahlquoten im EG-Bereich votiert, jetzt hat er will kein Stahlkonzept vorlegen, aber er stützt die Fusion Thyssen-Krupp mit Steuermitteln. Für Arbeitsplätze hat er Subventionen gegeben, die er für die Werften in Bremen ablehnt. Mit Blick auf Bremen kommt in mir zusätzlich der Verdacht auf, daß Wirtschaftspolitik mit Wahlspekulation verbunden wird. Dies alles ist eine Mischung von politischen Tricks und Konzeptionslosigkeit, die mit den ordnungspolitischen Predigten von Lambsdorff nicht in Einklang zu bringen ist.

WELT: Die Regierung kann Ihnen entgegenhalten, sie habe Erfolge bei der Konsolidierung der Haushalte. Diese wiederum ist Voraussetzung für eine Gesundung der Wirtschaft und für sinkende Zinsen?

Glotz: Die Bundesregierung hat selber hunderten gesagt, daß die deutschen Zinsen sehr stark von den Zinsen in den USA abhängen. Der Zinssenkungsdruck der Bundesbank

ist weniger durch die Konsolidierungserfolge von Minister Stoltenberg, sondern durch die amerikanische Politik bestimmt. Daneben gibt es finanzielle Risiken in Milliardenhöhe: Bei der Koksbeihilfe, im Bundesverteidigungsministerium, bei der Stahlindustrie. Ich setze ein kräftiges Fragezeichen hinter den Begriff Konsolidierung.

WELT: Die Lehrstellengarantie des Bundeskanzlers haben Sie als „Wahlkampfbetrug“ bezeichnet. Muß man nicht noch den September abwarten, ehe ein gerechtes Urteil möglich ist?

Glotz: Helmut Kohl hat im Wahlkampf wörtlich gesagt, für jeden sei eine Lehrstelle da. Zur Zeit fehlen noch 140 000 Lehrstellen. Ich frage, was ist das anderes als Betrug?

WELT: Aber es werden doch große Anstrengungen gemacht, mehr Ausbildungsplätze zu beschaffen?

Glotz: Ich bin sehr dafür, daß alles Erdenkliche unternommen wird. Die Regierung hat sich inzwischen auf

DAS INTERVIEW

die Behauptung zurückgezogen, daß sie 30 000 neue Lehrstellen schafft. Nur: Damit wäre das Problem nicht gelöst. Drei Tage vor der Wahl hat die Union die Garantie abgegeben, für jeden sei eine Lehrstelle vorhanden. Und jetzt bleiben über hunderttausend junge Leute auf der Straße. Das ist Wahlbetrug.

WELT: Die SPD fordert die Arbeitszeitverkürzung auf die 35-Stunden-Woche. Kann die Wirtschaft einen solchen Schritt überhaupt verkraften?

Glotz: Arbeitszeitverkürzung ist nicht das einzige Instrument zur Milderung der Arbeitslosigkeit, aber es ist eines davon. Damit würde eine bessere Verteilung der Arbeit erreicht. Man sollte den Schritt zur 35-Stunden-Woche nicht auf einmal gehen, sondern in zwei Etappen. Und ich füge hinzu: Die SPD weiß, daß eine deutliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit auch über einen geringeren Lohnanstieg finanziert werden muß.

WELT: An eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit denken Sie nicht?

Glotz: Doch. Das ist von Branche zu Branche unterschiedlich. Ich halte durchaus eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit, wie sie von Gewerkschaften vorgeschlagen worden ist, für erwägenswert. Aber die größte soziale Wirksamkeit ginge von einer 35-Stunden-Woche aus. Deshalb werden wir dazu im Herbst eine Kampagne starten.

WELT: Die SPD will ihre Kräfte also nicht nur in der Nachrüstungsdebatte verzerren, sondern Kompetenz auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet gewinnen?

Glotz: Die einzige Alternative zu dem gescheiterten Neo-Kapitalismus à la Reagan und Thatcher und der längst gescheiterten Zentralverwaltungs-wirtschaft des Ostens ist aus unserer Sicht eine marktwirtschaftlich orientierte Politik der Mitbestimmung und des Mitbesitzes. Diese Positionen müssen wir noch stärker herausarbeiten. Die SPD muß weg von der abstrakten Instrumentendiskussion über Nachfrage- und Angebotsorientierung. Das versteht kein Aas. Wir müssen uns stärker den Konflikten zuwenden, die die Menschen wirklich bedrängen. Wenn wir das schaffen, dann wird sich das auch in den Wahlkämpfen für die SPD positiv auswirken. Wir müssen konkret werden: Zum Beispiel muß der Einfluß der Großbanken in der deutschen Wirtschaft erörtert werden. Wir stehen vor der Gefahr, daß ein Herrenclub von 300 Leuten den entscheidenden Einfluß auf die Wirtschaft nimmt.

Sowjetsoldat will Asyl in der Bundesrepublik

dpa, Bern/Stuttgart

Einer der acht sowjetischen Soldaten, die aus der Gefangenschaft afghanischer Widerstandskämpfer in die Schweiz gebracht und dort interniert wurden, ist seit dem 8. Juli aus dem Straflager der Schweizer Armee am Zugerberg verschwunden. Das teilte das Außenministerium in Bern am Donnerstag mit. Der Soldat, der von einem Ausgang nicht ins Lager zurückgekommen war, habe inzwischen in der Bundesrepublik um politisches Asyl ersucht. Die sowjetischen Soldaten waren 1983 durch Vermittlung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) in die Schweiz gebracht worden, von wo sie nach zwei Jahren Internierung in die Sowjetunion zurückkehren sollen.

Der Gefangene, dessen Name mit Jurij Iwanowitsch Waschtschenko angegeben wird, hatte seine Bewacher beim wöchentlichen Ausgang überlistet und anschließend illegal die deutsche Grenze überschritten, wie das Ministerium weiter mitteilte. Er habe in Freiburg im Breisgau ein Asylgesuch gestellt. Ein Ersuchen der Bundesregierung, den Soldaten zurückzubringen, hätten die deutschen Behörden bisher nicht beantwortet. Die Sowjetunion, die von der Flucht Waschtschenkos informiert wurde, habe auf die Nachricht mit „gewissem Mißmut“ reagiert, erklärte ein Sprecher des Ministeriums am Donnerstag.

Das haden-württembergische Innenministerium bestätigte auf Anfrage, daß der sowjetische Soldat in Freiburg Asylansuchen gestellt habe. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zürid hat den Asylantrag mit dem Hinweis abgelehnt, daß der Bewerber bereits in der Schweiz Schutz vor politischer Verfolgung erhalten habe. Der Soldat sei gegenwärtig in der Außenstelle Karlsruhe des Bundesamtes untergebracht. Der Soldat wolle nicht in die Schweiz zurückkehren. Der Sprecher des Innenministeriums unterstrich, der Asylbewerber bleibe vorerst in Baden-Württemberg, weil die ablehnende Entscheidung des Bundesamtes in Zürid noch nicht rechtskräftig sei. Es gilt als wahrscheinlich, daß die Schweiz den internierten Sowjetsoldaten nach Ablauf ihrer zweijährigen Internierungsfrist Asyl gewährt.

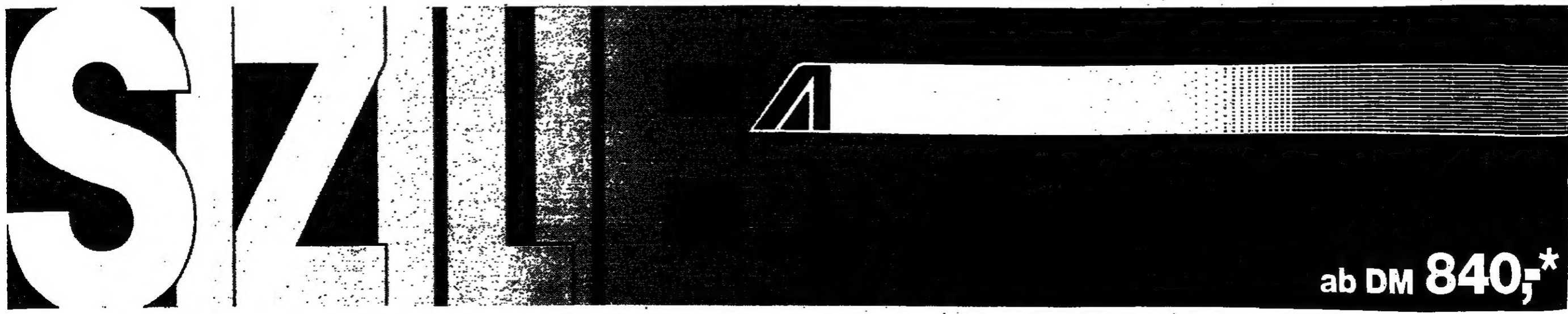
Manila: Ein Toter bei Demonstrationen

AP, Manila

Bei schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei sind in der philippinischen Hauptstadt Manila nach der Beisetzung des ermordeten Oppositionsführers Benigno Aquino ein Student erschossen und 18 Personen verletzt worden. Die Zwischenfälle ereigneten sich in der Nähe des abgeriegelten Palastes von Präsident Ferdinand Marcos. Zuvor war es in der philippinischen Hauptstadt zu „Lärmprotesten“ gekommen: Jugendliche schlugen in verschiedenen Stadtteilen auf Bratpfannen und andere Lärminstrumente und zündeten Feuerwerkskörper. Mehrere hundert Demonstranten errichteten an der zum Präsidentenpalast führenden Mendocino-Brücke Barrikaden aus brennenden Autoreifen und riefen immer wieder „Ninoy, Ninoy“, wie das Volk Aquino nannte.

Die Demonstranten machen die Regierung für den Mord an Aquino verantwortlich, der nach seiner Rückkehr aus dem Exil am 21. August auf dem Flughafen von Manila erschossen wurde. Die Darstellung der Regierung, bei dem Täter habe es sich um einen polizeibekannten Berufskiller gehandelt, wollen die Demonstranten nicht glauben. Der Totschütze selbst wurde Sekunden nach dem Mord an Aquino von Sicherheitsbeamten getötet.

DIE WELT (wups 803-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.



Am schnellsten mit Alitalia in die Sonne: Frankfurt - Catania nonstop.

Sizilien zum Baden zu schade? Auf die Mischung kommt's an. Und gerade Sizilien hat die besten Voraussetzungen: Goldene Strände und dramatische Steilküsten. Lebhaftes Fischerstädtchen und versteckte Bergdörfer. Griechische Tempel, römische Theater und normannische Burgen. Orangenhaine und Mischwälder. Feurige Weine, arabisches Zuckerwerk, Pasta und Pesce... In zwei Stunden sind Sie da. Sizilien finden Sie auch im Intermezzo-

Italia-Programm - ein Farbkatalog mit den schönsten Urlaubsideen für Italien (z. B. 13 Tage Busrundreise mit Badeaufenthalt in TAORMINA schon ab DM 1.562,-). Anruf bei ALITALIA genügt (0611) 6334.110. Fliegen mit ALITALIA ist Reisen mit Stil. Frankfurt ab 10.00 Uhr, Catania an 12.10 Uhr (Sa, So). Tägliche Verbindungen nach Catania und Palermo. Im Pool mit LH. Auskunft und Buchung in Ihrem Reisebüro oder direkt bei ALITALIA. *Per Fax: Sie sparen bis zu 44 %.

ab DM 840,-*



PHILIPS

Philips schafft die Basis aller neuen Medien.



Matchline System-TV auf der Funkausstellung in Berlin.

Erstmals auf der Internationalen Funkausstellung in Berlin zu sehen und zu hören: Matchline System-TV von Philips, die gemeinsame Basis für alle bewährten, alle neuen und zukünftigen elektronischen Medien. Ein Video-Zentrum, das nach dem Baukasten-Prinzip ergänzt und erweitert werden kann und für viele Aufgaben gerüstet ist.

Dazu gehören modernste, technisch ausgereifte Komponenten: Video-Monitor plus Video-Tuner mit eingebautem Videotext-Decoder und 90 Programmspeicherplätzen, HiFi-Stereo-Laut-

sprecher 2x30 Watt Musik, Stereo-Video-Recorder und Infrarot-Fernbedienung für alle Video-Funktionen.

Ein System, ein Design – Matchline.

Weitere Anschlußmöglichkeiten: HiFi-Stereo-Anlage, LaserVision-Bildplattenspieler, Spiele- und Heimcomputer, Bildschirmtext-Decoder und Satelliten-Fernsehempfang.

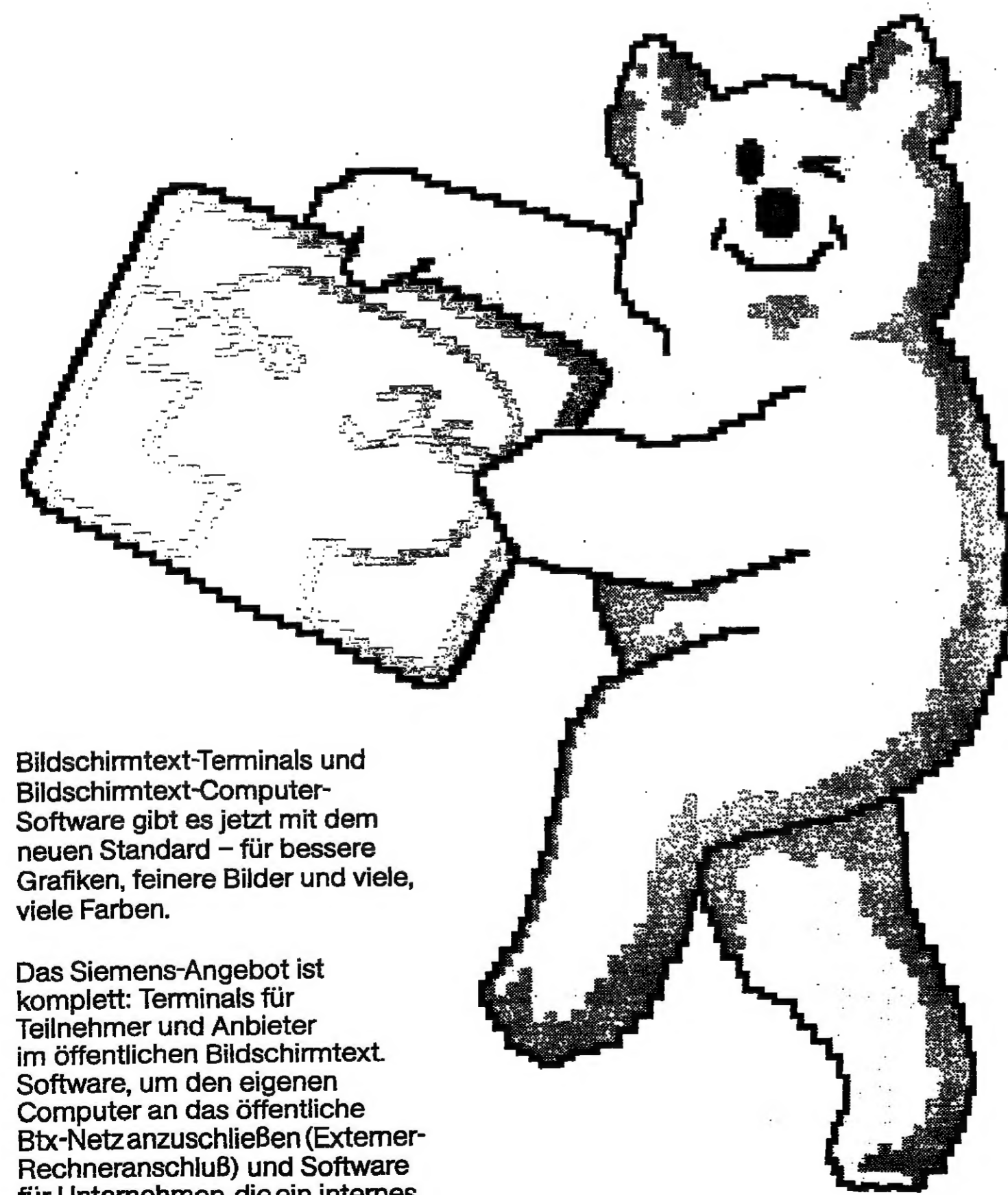
*Kommen Sie auf die Berliner Funkausstellung. 2.-11.9.1983.
Es führt kein Weg vorbei am Philips-Pavillon, Halle 21A.*

MATCHLINE
SYSTEM TELEVISION

Matchline von Philips.

SIEMENS

2. - 11.9.1983 Internationale Funkausstellung Berlin Siemens schlägt bei Bildschirmtext neue Seiten auf



Bildschirmtext-Terminals und Bildschirmtext-Computer-Software gibt es jetzt mit dem neuen Standard – für bessere Grafiken, feinere Bilder und viele, viele Farben.

Das Siemens-Angebot ist komplett: Terminals für Teilnehmer und Anbieter im öffentlichen Bildschirmtext-Software, um den eigenen Computer an das öffentliche Btx-Netz anzuschließen (Externer-Rechneranschluß) und Software für Unternehmen, die ein internes Btx-System aufbauen wollen.

Wenn Sie nicht auf der IFA-Berlin sein können, schicken wir Ihnen gern ausführlichere Informationen. Schreiben Sie bitte an: Siemens AG, Infoservice 131/Z20, Postfach 156, 8510 Fürth.

Türken: „Freizügigkeit wäre bei einem EG-Beitritt kein Problem“

WELT-Gespräch mit dem türkischen Außenminister über Beziehungen Ankaras zur EG

E. ANTONAROS, Ankara

Die Türkei hofft auf eine „bessere Behandlung“ durch die Europäische Gemeinschaft, wenn der NATO-Partner am Bosphorus im November zum Parlamentarismus zurückgekehrt sein wird. In einem Gespräch mit der WELT in Ankara äußerte Außenminister İler Türkmens die Zuversicht, daß sich die Beziehungen der Türkei zur EG dann „auf allen Ebenen und in allen Gebieten“ normalisieren werden.

Durch die Einführung von Importrestriktionen gegen türkische Baumwollprodukte und Textilien seien für Ankara im Aufwind befindliche Exportwirtschaft „erhebliche Nachteile“ entstanden. „Bei allem Verständnis für die wirtschaftlichen Probleme der EG-Länder verstoßen diese Einschränkungen eindeutig gegen das Assoziierungsabkommen“, sagt Türkmens. Die Türkei ist seit 1963 mit der Europäischen Gemeinschaft assoziiert. Während die Importquoten für Baumwolle „nach langwierigen Verhandlungen“ aufgestockt werden konnten, gebe die Gemeinschaft bei Textilien aber nicht nach.

Als besonders störend empfindet die türkische Regierung auch das Einfrieren des vierten EG-Finanzprotokolls. Diese Gelder seien bisher aus rein politischen Gründen nicht freigegeben worden. Der Berufsdiplomat gibt in diesem Zusammenhang freimütig zu, daß die politischen Beziehungen zwischen der Türkei und der Gemeinschaft „bis zu einem gewissen Grad gestört“ seien. „Aber wir erwarten, daß das vierte Finanzprotokoll reaktiviert wird, sobald demokratische Verhältnisse wiederherge-

stellt worden sind. Wir gehen davon aus, daß die Gemeinschaft die Türkei vertrauensvoll behandeln wird.“

Mit der Frage konfrontiert, wie sich die Türkei ihre künftigen Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft vorstellt, sucht Türkmens nach vorsichtigen Formulierungen: „Nicht wir, sondern die demokratisch gewählte Regierung, die nach der Wahl am 6. November an die Macht gelangt wird, soll darüber entscheiden, ob ein Antrag auf Vollmitgliedschaft gestellt werden soll oder nicht.“ Dieser Entscheidung will Türkmens unter keinen Umständen vorgreifen.

Unter westeuropäischen Diplomaten in Ankara herrscht der Eindruck vor, daß es den Türken augenblicklich nicht erstrangig um eine Vollmitgliedschaft in der Gemeinschaft geht, obwohl das Assoziierungsabkommen ihnen diese Möglichkeit einräumt. Absoluten Vorrang hat für sie vielmehr eine möglichst schnelle Normalisierung der seit der Machtübernahme durch das Militär im September 1980 gestörten Beziehungen zur Gemeinschaft. Denn darunter leiden in erster Linie die wirtschaftlichen Interessen der Türken.

Dennoch wollen sich die Türken, nicht zuletzt aus taktischen Gründen, weder festlegen noch im vornherein auf das Recht verzichten, zu einem späteren Zeitpunkt einen Antrag auf Vollmitgliedschaft zu stellen. Ins Gewicht fallen dabei auch außenpolitische Überlegungen. Die Zugehörigkeit zur EG, auch in der jetzt losen Form, ist nämlich ein wichtiger Bestandteil der Überzeugung der türkischen Oberschicht, wonach ihr Land westlich orientiert sein muß. Diese Maxime gibt es schon seit der Zeit des Staatsgründers Kemal Atatürk.

Daher will auch Türkmens selbst ein engagierter Freund des Westens, die Tür nicht ganz verschließen. „Sollten wir die Vollmitgliedschaft beantragen, kann man uns in Brüssel kaum nein sagen. Mit Ausnahme Norwegens, das sich freiwillig gegen einen EG-Beitritt entschlossen hat, wird demnächst durch die Aufnahme Spaniens und Portugals jedes europäische NATO-Land der Gemeinschaft angehören. Die Türkei kann keine Ausnahme sein.“

Viele einflussreiche Türken haben Angst, daß eine zu unfreundliche Haltung Westeuropas und der Gemeinschaft gegenüber der Türkei denjenigen Kräften Auftrieb geben könnte, die eine Abkehr der Türkei vom Westen befürworten. Eine solche Entwicklung, so unwahrscheinlich sie auch beim ersten Blick erscheinen mag, wäre, wie auch Türkmens im Gespräch durchblicken ließ, verheerend, allein schon wegen der Sonderrolle, die der Türkei im Krisenfall Nordost zuzufällt.

Für den Realpolitiker Türkmens ist das Problem Freizügigkeit selbst im Fall eines türkischen EG-Beitritts kein unüberwindbares Hindernis. „Schließlich gibt es für verschiedene Fragenkomplexe die Möglichkeit von Übergangsperioden. So etwas hat es im Fall Griechenland auch gegeben.“ Im Klartext bedeutet diese Äußerung: Die Türken wären bereit, wenn auch zähneknirschend, Einschränkungen hinzunehmen.

Von einer „Abkühlung“ im deutsch-türkischen Verhältnis will Türkmens nichts wissen. „Nichts ist endgültig. Die von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen befinden sich noch in der Ausarbeitungsphase.“ (SAD)

Berlins gemäßigte Genossen wollen die SPD wieder auf Kurs bringen

Unruhe an der Basis über Vorstellungen des Landesvorstandes zur Deutschlandpolitik

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Mit einem grundsätzlichen Bekenntnis „zum westlichen Bündnis und der Freundschaft mit den Vereinigten Staaten als unverzichtbaren Grundlagen der Sicherheit Europas, der Bundesrepublik Deutschland und Berlins“ korrigieren jetzt gemäßigte Berliner Sozialdemokraten den verheerenden öffentlichen Eindruck über einen Kurswechsel der Berliner SPD in der Deutschland- und Berlin-Politik.

Der Bericht der WELT (24. 8.) über die Absicht des Berliner Landesvorstandes, künftig, wo immer es politisch geboten erscheint, die einschränkende Formel „Berlin (West)“ zu gebrauchen, wenn von Berlin die Rede ist, löste an der SPD-Basis der Stadt erhebliche Unruhe aus. Die früheren rechten Hochburgen der Sozialdemokraten in den Bezirken Wedding, Neukölln, Steglitz und Reinickendorf versuchen jetzt, der drohenden Entwicklung in Richtung auf einen neuen ostpolitischen SPD-Kurs entgegenzusteuern.

Für den Sonder-Landesparteitag am letzten September-Wochenende, der sich ausschließlich mit Sicherheitsfragen beschäftigt, befindet sich in den Berliner SPD-Gliederungen ein Leitantrag im Umlauf.

Darin heißt es wörtlich: „Die SPD ist die Partei des äußeren und inneren Friedens.“ Das Verhältnis zur Sowjetunion und zu den osteuropäischen Ländern müsse „im Sinne der gemeinsamen Sicherheit und der ver-

stärkten Zusammenarbeit fortentwickelt werden“. Dann folgt in der zutreffenden zeitlichen Reihenfolge diese Bewertung: „Die sowjetische Aufrüstung im Bereich atomarer Mittelstreckenraketen und die Konfrontationspolitik der gegenwärtigen amerikanischen Regierung stehen dieser Entwicklung entgegen.“

Ebenfalls in der von linken Berliner SPD-Kreisen in der chronologischen Abfolge immer wieder auf den Kopf gestellten Darstellung heißt es bei den Genossen weiter: „Die SPD hält die sowjetische SS-20-Rüstung und eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa für verhängnisvolle Schritte der Steigerung des Wettrüstens.“

Auf der Linie der Bundesregierung fahren die Verfasser fort, die Berliner SPD fordere die Großmächte auf, „bei den Genfer Verhandlungen alles zu tun, um zu einer Übereinkunft zu kommen, die vorhandene Atomwaffen abbaut und die Stationierung neuer verhindert“. Sollte es bis zum Jahresende kein Verhandlungsergebnis geben, trete die SPD für einen „Stationierungsaufschub und eine Fortsetzung der Verhandlungen ein“.

Eindringlich fordern die Sozialdemokraten aus der schweigenden Mehrheit in Berlin, bei den angekündigten Protesten gegen die Raketenstationierung in der Bundesrepublik Recht und Gesetz zu beachten: „Die SPD unterstützt alle Menschen, die ihrer Sorge um den Frieden aktiv Ausdruck geben. Sie wendet sich ge-

gen ihre Diffamierung und Kriminalisierung. Sie fordert alle für die Erhaltung des Friedens Engagierten auf, bei ihren Aktivitäten den Rahmen unserer verfassungsmäßigen Ordnung und die Gebote des inneren Friedens einzuhalten.“

Auch der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker und die Berliner Union beobachten mit Aufmerksamkeit, welche Richtung die Entwicklung in der Berliner SPD in der Deutschland-, Berlin- und Sicherheitspolitik nimmt. Auf der Abgeordnetenseite am 22. September will Weizsäcker seine Haltung zu diesem Thema im Rahmen der Debatte über den alljährlich vom Senat vorgelegten Bericht über die Ausführung des Viermächteabkommens in grundsätzlicher Weise darlegen.

Sein FDP-Koalitionspartner entwickelt ebenfalls deutschlandpolitische Aktivitäten. Die gesamte siebenköpfige FDP-Fraktion und Justizsenator Hermann Ostorf fahren am 13. September nach Ost-Berlin und sprechen dort mit Staatssekretär Hans Otto Bräutigam über die Perspektiven der Berlin- und Deutschlandpolitik im Interesse der Stadt. Der frühere Chefredakteur der Deutschen Welle, Hans-Dieter Jaene, arbeitet gemeinsam mit Wolfgang Fabig – Fraktionssprecher auf diesem Gebiet – an einem Grundsatzpapier zu diesem Thema. Die Liberalen wollen die Deutschland- und Berlin-Politik zu einem Schwerpunkt im Wahlkampf des Frühjahr 1985 in Berlin machen.

Farthmann handelt mit den Ärzten einen Kompromiß aus

Vereinbarung über Gebührenordnung mit Signalfunktion

GISELA REINERS, Bonn

Der nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialminister Friedhelm Farthmann (SPD) hat eine zwischen seinem Haus und der Ärztekammer Nordrhein geschlossene Vereinbarung als „sehr erfreulich“ bezeichnet. Er glaubt, daß beide Seiten damit leben können und daß möglicherweise diese Vereinbarung eine Signalfunktion für weitere Abschlüsse im Bundesgebiet haben könne.

Die zwischen der Ärztekammer Nordrhein und dem Haus Farthmann getroffene Vereinbarung beschäftigt sich mit den Voraussetzungen zur sogenannten „Abdingung“ nach der neuen Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ), die seit Anfang des Jahres in Kraft ist. Nach dieser GOÄ schreiben Ärzte Rechnungen für Privatpatienten, darunter die beihilferechtigen öffentlichen Bediensteten. In der GOÄ sind die ärztlichen Hilfeleistungen katalogisiert und mit Punkten bewertet. Der Arzt kann das 2,3- bis 3,5fache dieses Satzes für technische Aufwendungen das 1,8- bis 2,5fache in Rechnung stellen; er kann aber auch darüber hinausgehen, d. h., er kann abdingen.

Über die Art und Weise, in der Abdingungen teilweise vorgenommen wurden, waren viele Klagen gekommen, so daß es dem Sozialministerium nötig erschien, sich mit den Ärzten über bestimmte Vorgehensweisen zu verständigen. In einem

Sieben-Punkte-Katalog haben sich die Ärzte nun verpflichtet,

– daß Abdingung eine Ausnahme bleiben und nicht zur Regel werden soll;

– daß Vereinbarungen über eine Abdingung nicht getroffen werden dürfen, wenn sich der Patient in einer Notsituation befindet (z. B. bei der Vorbereitung auf eine Operation oder wenn er auf einen bestimmten Spezialisten angewiesen ist);

– daß für Abdingung nicht von den Ärzten gewonnen werden darf (Ärzte-Organisationen hatten ihre Mitglieder ermuntert, Abdingungs-Formblätter zu benutzen);

– daß Absprachen zwischen Ärzten über die Berechnung einheitlicher Gebührensätze unzulässig ist;

– daß die Vereinbarung über Abdingungen nur zwischen Arzt und Patient persönlich getroffen werden darf (nicht durch Arzthilfe- oder Sekretärin);

– daß das Verbot von Gebührensätzen (z. B. über das 4- bis 6fache des Punktwertes) unzulässig ist.

Wie es im Haus Farthmann heißt, konnten die unterschiedlichen Rechtsauffassungen zwischen Ärztekammer und Ministerium nicht ausgeräumt werden. Doch glaube man, mit dieser Vereinbarung zur Erhaltung eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen Arzt und Patient beizutragen.

Walesas Bild darf nicht gezeigt werden

DW, Bonn

Auf Anweisung der polnischen Behörden darf ein Bild des polnischen Gewerkschaftsführers Lech Walesa nicht in der Ausstellung „Polen-Porträts“, die seit Mittwoch im Rheinischen Landesmuseum Bonn zu sehen ist, gezeigt werden. Damit setzt Warschau die Politik fort, Walesa ausschließlich als „Privatperson“ zu betrachten.

Die Foto-Ausstellung des bekannten polnischen Fotografen Krzysztof Gieraltowski wird bis zum 2. Oktober in Bonn zu sehen sein, danach sollen die Porträts auf eine Wanderausstellung gehen. Die Schwarzweiß-Bilder zeigen unter anderem Papst Johannes Paul II. und den regimidefeindlichen Dichter Czesław Miłosz, der im Exil lebt. Dagegen fehlt in der Ausstellung, die am dritten Jahrestag der Gründung der „Solidarität“ in Anwesenheit des polnischen Kulturattachés eröffnet wurde, jeder Hinweis auf Walesa.

Durch die Ausklammerung Walesas und der „Solidarität“ vermittelt die Ausstellung ein Bild, das mit der gegenwärtigen Situation in Polen wenig zu tun hat. Auf diese Weise fehlt in der Ausstellung jeder Hinweis auf den Versuch der Arbeiter, durch die Bildung freier Gewerkschaften ihre Rechte wahrzunehmen, sowie ihr Bestreben, diese Rechte auch gegen den Versuch des Regimes Jaruzelski zu verteidigen, sie wieder rückgängig zu machen.

Bischof Lohse gegen „zivilen Ungehorsam“

epd, Hannover
Gegen Aktionen des „zivilen Ungehorsams“ hat sich der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Hannoversche Landesbischof Eduard Lohse, ausgesprochen. Es gäbe in unserem Staat, so Lohse, genügend legale Möglichkeiten, um Ansichten in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und durchzusetzen. Jeder, der sich dennoch an Aktionen gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa beteiligen wolle, die auf die Verletzung des geltenden Rechts zielten, müßte sich über die gegebenenfalls straf- und zivilrechtlichen Folgen im klaren sein. Darüber hinaus, so betonte der Landesbischof, sollten sich Christen aber auch ernsthaft prüfen, ob ihr „zivilen Ungehorsam“ Ausdruck ihres Glaubens oder nur ihrer Enttäuschung über politische Entscheidungen sei.

Widerstand und „zivilen Ungehorsam“ sollten nach Ansicht des Ratsvorsitzenden nur dann geübt werden, wenn der Staat demokratische Rechtsordnungen zerstöre, „so daß Freiheit und Menschenwürde gefährdet sind und jede politische Opposition unmöglich ist“. Die Zweifel an der Verfassungstreue der Kirche und Verdrängungen der Zusammenarbeit mit Kommunisten in der „Friedensbewegung“ wies Lohse allerdings zurück.

Schmidt trifft Honecker

hrk, Berlin
Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt wird während einer privaten Reise in die „DDR“ am kommenden Montag mit dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker zusammenkommen. Honecker hatte Schmidt im vergangenen Herbst in die „DDR“ eingeladen. Schmidt wird bereits morgen in Potsdam eintreffen, wo er als Gast der Kirche im evangelischen „Oberlin-Haus“ wohnen wird.

Der SPD-Politiker, der von seiner Frau, dem ehemaligen Regierungssprecher Bölling und seinem Referenten Jens Fischer begleitet werden wird, ist Gast des früheren Kirchenbundesvorsitzenden, Bischof Albert Schönherr. In Potsdam will Schmidt die Schlösser Cäcilienhof und Sanssouci besuchen. Am Sonntag wird sich Schmidt in der Lutherstadt Wittenberg aufhalten.

Schmidt dürfte bei seinem Gespräch mit Honecker vor allem den Stand und die Erfolgsaussichten der Genfer Abrüstungsgespräche erörtern. In der vergangenen Woche hatte SPD-Abrüstungsexperte Egon Bahr mit Honecker über die gleiche Thematik gesprochen. In den „DDR“-Medien fehlt bisher jeder Hinweis auf die Schmidt-Reise.

„Mit unserer Existenz für den Frieden eintreten“

„DDR“-Theologe: Defizite in kirchlicher Haltung

HANS-R. KARUTZ, Berlin
In der evangelischen Kirche in Mitteleuropa wächst offenbar die Bereitschaft, außerhalb der vom Staat inspirierten Aktionen aktiv für eine Politik des Friedens einzutreten. Über das Bestreben, beim Friedensethema von der Kompromißbereitschaft eines „Ja“ und „Sowohl-Als-auch“ in der Öffentlichkeit abzukommen, sprachen beispielsweise auch die Teilnehmer des thüringischen Kirchentages im Mai dieses Jahres.

Dort hielt der Referent für Friedensfragen in der Theologischen Studienabteilung beim „DDR“-Kirchenbund, Joachim Garstocki, ein Referat unter dem Thema „Vertrauen wagen – Phantasie für den Frieden in der bedrohten Welt“. In seinem Vortrag sprach er sich dafür aus, „mehr Verbindlichkeit in das eigene Handeln“ zu bringen. Verbindlich werde das Reden über den Frieden erst, wenn wir mit unserer eigenen Existenz dafür eintreten. Die „stillesten Synodendokumente“ seien Zitierrückstände, wenn es um wenig Menschen, Gruppen und Gemeinden geht, die dieses Papier beim Wort nehmen.

Garstocki sagte weiter: „Wir dürfen... Entschiedenheit nicht nur bei denen einfordern, die als Jugendliche von der Wehrdienstfrage betroffen sind oder die als Kinder im Wehrunterricht auf die Verteidigungswürdigkeit der DDR eingestellt werden. Verbindlichkeit des Handelns darf in unseren Kirchen kein Luxus der Fünft-

zehnjährigen sein oder auf das Gleis jugendlichen Protestes abgeschoben werden.“

Sie sei zuerst eine Aufgabe des erwachsenen mündigen Christen. „Daß die Generation der heute 40jährigen ihre eigenen Kinder – oft gegen deren Willen – zur Unverbindlichkeit des ‚Ja‘ überredet, statt sie zu einem begründeten verbindlichen Nein zu befähigen, ist eines der größten Defizite in unserer kirchlichen Friedensarbeit.“

Der Experte aus Ost-Berlin wies vor dem Kirchentagsteilnehmern schließlich unter Hinweis auch auf Beispiele aus der westlichen Welt darauf hin, daß es heute kein Land gebe, in dem bewußtes Friedensengagement ohne Risiko zu haben sei. Das gelte für die USA wie für Westeuropa. Über die Situation in der „DDR“ sagte Garstocki: „Wer in der „DDR“ eine Eingabe gegen die gesetzlich verankerte Möglichkeit des Wehrdienstes von Frauen unterschreibt oder ein vorher nicht genehmigtes Plakat auf eine genehmigte Friedensdemonstration mitbringt, weiß um sein Risiko und wird es merken.“

Zwar seien die Beispiele „sehr verschieden und nicht unbedingt übertragbar“. Aber eines machten sie deutlich: „Im konkreten Handeln ist jedes noch so einfache und bescheidene öffentliche Friedenszeichen riskabel, weil es an den Nerv des Abschreckungsfriedens rührt und die Mächte des Todes bloßstellt.“

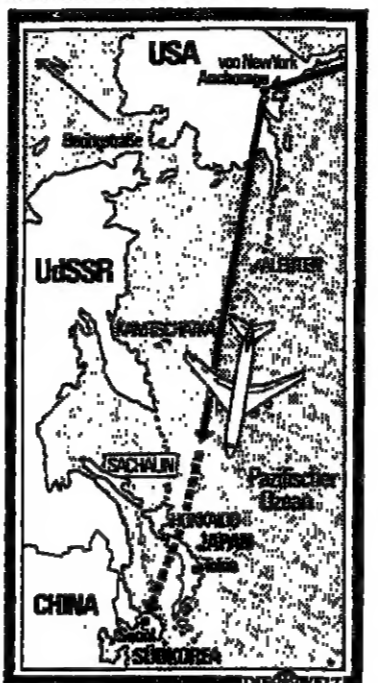
Jumbo-Jet von Sowjets abgeschossen?

Fortsetzung von Seite 1

netzte Lawrence McDonald (48, Demokrat). Der verheiratete Vater von drei Kindern, der im Repräsentantenhaus den Bundesstaat Georgia vertritt, befand sich auf dem Weg zu den Feiern anlässlich des 30. Jahrestages des militärischen Beistandspaktes zwischen Südkorea und den USA in Seoul. Er war in diesem Jahr zum Vorsitzenden der rechtsstehenden John Birch Society gewählt worden.

Ein Sprecher des US-Außenministeriums erklärte in Washington, die US-Regierung habe wegen des Verschwindens des Flugzeugs Kontakt mit der Sowjetunion aufgenommen. Die Senatoren Howard M. „Buck“ Baker und Patrick Leahy sagten, die Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Rüftungsbegrenzung könnten empfindlich gestört werden, wenn sich herausstellte, daß das Flugzeug abgeschossen wurde.

Sollten sich die Vermutungen über den Absturz und Tod aller Flugzeuginsassen bestätigen, wäre dies der zweite Fall, in dem ein ziviles Flugzeug abgeschossen worden ist. Weshalb die koreanische Maschine in von der Sowjetunion beanspruchtes Hoheitsgebiet bei den Kurilen sein oder – nach anderen Berichten – bei Sachalin gelandet ist, blieb zunächst ungeklärt. Die Luftstraße ATS 30 führt allerdings ganz in der Nähe der Kurilen vorbei.



Die WELT-Grafik zeigt den Flugweg des koreanischen Jumbo-Jet von Anchorage (Alaska) nach Seoul. Schwarze Linie: So flog die Maschine; gestrichelte Linie: So sollte sie weiterfliegen. Weshalb sie in die Nähe der Kurilen-Inseln oder der von der Sowjetunion besetzten japanischen Insel Sachalin geriet, ist ungeklärt.

„Stern“-Affäre: Nannen will neue Untersuchung

Bericht des Kontrollgremiums „nicht objektiv“

UWE BAHNSEN, Hamburg
Der Skandal um die gefälschten Hitler-Tagebücher und deren teilweise Veröffentlichung in der Illustrierten „Stern“ hat zu weiteren Auseinandersetzungen im Verlag Gruner + Jahr geführt: „Stern“-Mitherausgeber Henri Nannen hat in einem Brief an den Vorstandsvorsitzenden des Verlages, Gerd Schulte-Hillen, die objektive und vollständige Untersuchung „aller in die Tagebuch-Affäre verwickelten Verlags- und Redaktionsmitglieder ohne Ansehen der Person“ verlangt.

Nannen stellte zugleich die Bedingung, diese Untersuchung müsse von einem zu berufenden Gremium vorgenommen werden, das von Verlag und Redaktion völlig unabhängig sei. Mindestens zwei Mitglieder müßten die Befähigung zum Richteramt besitzen. Dieser Ausschuss solle nach den Regeln einer ordentlichen Beweisaufnahme tätig werden: „Alle zu befragenden Angehörigen des Hauses sind von ihrer Verschwiegenheitspflicht zu entbinden und unter Hinweis auf ihre Dienstverträge zu einer rückhaltlosen Aussage zu verpflichten.“

Zur Begründung erklärte Nannen gestern vormittag in einer von ihm einberufenen Pressekonferenz, der gegenwärtig vorliegende Untersuchungsbericht zur Aufklärung der Affäre treffe nicht auf geklärt, widersprüchliche Feststellungen, sei in Teilen nicht objektiv und enthalte unzutreffende Tatsachenbehauptungen.

Auf Vorhalte sei weitgehend verzichtet worden. Wie berichtet, war dieses vierköpfige Gremium von „Stern“-Redakteuren unter Vorsitz des früheren Hamburger Justizsenators Professor Ulrich Klug vom Redaktionsbeirat beauftragt worden, die internen Vorgänge in Redaktion und Verlag zu untersuchen. Dazu meinte Nannen gestern, Klug sei „zwar ein redlicher Mann“, er habe aber „offenbar nicht erkannt, daß mit diesem Bericht Personalpolitik gemacht werden sollte. Leute, die mit der Sache etwas zu tun hatten, werden kaum genannt“. Es könne auch nicht übersehen werden, daß sich die Bearbeiter des Berichts „von der Rücksichtnahme auf bestimmte in die Tagebuch-Affäre verstrickte Personen ebenso wenig freimachen konnten wie von Ressentiments gegen andere Beteiligten“. Er selbst, so meinte Nannen weiter, werde zwar in diesem Bericht von der Verantwortung für den Skandal entlastet, könne jedoch „selbst diesen Freispruch so nicht akzeptieren“.

G-J-Vorstandsvorsitzender Gerd Schulte-Hillen ließ unmittelbar nach Nannens Pressekonferenz mitteilen, der Vorstand werde diesem Begehren nicht folgen.

Sprecher des Redaktions-Beirates erklärte, Nannen habe die vereinbarte Vertraulichkeit gebrochen. Der Bericht werde am 9. September auf einer „Stern“-Redaktionsvollversammlung gelesen.

Seite 11: Freundlicher Ausblick

Frankreich definiert neue Ausländerpolitik

AFF, Paris

Die künftige Ausländerpolitik der französischen Regierung wird sowohl ein verschärftes Vorgehen gegen illegal eingereiste Ausländer als auch Bemühungen um eine verbesserte Eingliederung der Gastarbeiter vorgesehen. Dies geht aus einem Katalog von 60 Maßnahmen hervor, den die französische Regierung verabschiedet hat.

Ein Schwerpunkt der Beschlüsse gilt dem Kampf gegen die illegale Einwanderung, die künftig durch verschärfte Grenzkontrollen und systematische Ausweisungen von Ausländern ohne gültige Aufenthaltserlaubnis verhindert werden soll. Die Maßnahmen sind vor allem gegen illegale Einwanderer aus den Staaten Marokko, Algerien und Tunesien gerichtet. Erfolg verspricht sich die Regierung von der Vervielfachung der Geldbußen für die Beschäftigung von Ausländern ohne Arbeitserlaubnis. Die Bereitschaft von Gastarbeitern, in ihre Heimat zurückzukehren, soll durch besondere Ausbildungsprogramme gefördert werden.

Zweiter Teil des Maßnahmenkatalogs ist die verbesserte Integration der 4,5 Millionen legal in Frankreich lebenden Gastarbeiter. Dabei wird Nachdruck auf die Eingliederung der über eine Million ausländischen Jugendlichen unter 18 Jahren gelegt, denen eine bessere Ausbildung geboten werden soll. Für ausländische Familien soll zudem der Zugang zu Sozialwohnungen erleichtert werden.

Barzel empfiehlt Lektüre von Löbe

ms, Bonn

Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) hat zu Beginn der politischen Herbstarbeit in Bonn an den Deutschen Bundestag appelliert, das in ihn gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Vor dem Ältestenrat des Parlaments verwies Barzel auf eine Enid-Umfrage, nach der das Bonner Parlament in den Augen der Bürger besonders Vertrauen genieße. 76 Prozent hätten sich so geäußert. In zurückliegenden Jahren sei die Tendenz rückläufig gewesen und bis 61 Prozent zurückgegangen. Der Bundestag rangiert damit in der Vertrauensliste nach dem Bundesverfassungsgericht und dem Gesundheitswesen an dritter Stelle.

Barzel empfahl den Abgeordneten die 1949 erschienenen Erinnerungen von Paul Löbe nachzulesen, der auf den Zusammenhang zwischen dem Verfall der parlamentarischen Sitten und dem Verfall der Republik hingewiesen habe.

Barzel spielte damit auf die Aussage von Löbe an, „Straßenrad und Unehrlichkeit“ hätten damals in der Weimarer Zeit die parlamentarische Ordnung untergraben.

Brief an Altuns Anwalt

Verweigerung der Auslieferung sollte begründet werden

STEFAN HEYDECK, Bonn

Noch unmittelbar vor dem Selbstmord des türkischen Kemal Altun hatte der Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Klaus Kinkel, den Anwalt Altuns, Wolfgang Wieland, in einem Brief zu einer Türkei-Reise aufgefordert. Nach Kinkels Vorschlag sollte Wieland unterstützt von der Bundesregierung zusammen mit einem neutralen Beobachter in den Akten der dortigen Justiz nach Entlastungsmaterial für seinen Klienten suchen. Damit sollte die bereits vorher schon als sicher geltende Verweigerung der von Ankara geforderten Auslieferung von Altun zusätzlich begründet werden. Dem 23-jährigen war eine Mittäterschaft an der Ermordung eines ehemaligen Ministers von den Militärs vorgeworfen worden.

Inzwischen wurde bekannt, daß ursprünglich nicht nur Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU), sondern auch Justizminister Hans Engel-

hard (FDP) für eine Auslieferung von Altun eingetreten waren. Dagegen hatten sich jedoch Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher gewandt, die Bedenken geltend machten.

Kinkel begründet die noch am 21. Juli in einem Elf-Seiten-Brief erhobene Forderung nach einer „unverzüglichen Zustimmung der Bundesregierung zum Vollzug der bereits bewilligten Auslieferung“ mit einer Gleichbehandlung von anderen Türiken, die nicht wie Altun öffentliche Unterstützung erhielten. Diese sei aus rechtsstaatlichen Gründen geboten gewesen.

Kurz darauf hatte er nach Gesprächen mit Amnesty International und Wieland jedoch Zweifel bekommen, ob nicht doch politische Gründe hinter dem türkischen Verlangen nach Auslieferung Altuns gestanden hätten.

Wella geht an die Börse!



Mitte September 1983 wird die Kursstapel der Frankfurter Wertpapierbörse um eine interessante Notierung reicher: Die Aktien der Wella AG, Darmstadt, wurden zum Börsenhandel zugelassen.

Die Wella AG:

International erfolgreiches Unternehmen für Haarkosmetik und Körperpflege mit einem Weltumsatz 1983 von voraussichtlich 1,4 Milliarden DM. Präsent in 140 Ländern. Eigene Vertriebsgesellschaften in 27 Ländern. Fünf deutsche und 28 ausländische Produktionsgesellschaften. 10.000 Mitarbeiter in fünf Kontinenten. Eine geänderte Konzernstruktur vereint jetzt alle Auslandsgesellschaften unter dem Dach der Darmstädter Wella AG.

Das Aktien-Verkaufsangebot:

Mit der Wella-Aktie beteiligen Sie sich an einem dynamischen und innovativen Unternehmen, auf solider Basis kontinuierlich gewachsen. Angeboten werden stimmrechtslose Vorzugsaktien, die rückwirkend ab 1. Juli 1983 dividendenberechtigt sind.

Der Verkaufspreis für eine 50-Mark-Aktie beträgt DM 340,-. Kaufanträge nehmen ab sofort bis einschließlich 7. September 1983 die Niederlassungen folgender Banken entgegen:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Commerzbank AG
Berliner Commerzbank AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Delbrück & Co.
Georg Hauck & Sohn Bankiers KGaA
Hessische Landesbank-Girozentrale-Merck, Finck & Co.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.

Sie sind an weiteren Einzelheiten interessiert? Fordern Sie den ausführlichen Börsenprospekt und weitere Unternehmensinformationen an.

Bitte senden Sie mir den Wella-Börsenprospekt und weitere Unternehmensinformationen

Vorname/Name

Straße

PLZ/Ort

Einzusenden an:
Wella AG, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Berliner Allee 65, 6100 Darmstadt

WELLA



Kühne Behauptung

J. Sch. - Die französische Preisentwicklung der letzten drei Monate beweist unsere Kapazität, eine Verlangsamung der Inflation zu erzielen, die den Übergang zu einer Tauerung von fünf Prozent 1984 sichert. Trotz aller Verkaufsversuche ist dies eine sehr kühne Behauptung von Wirtschafts- und Finanzminister Delors.

Tatsächlich hat sich der monatliche Preisauftrieb in Frankreich seit Mai von 0,8 über 0,7 auf 0,9 Prozent (vorläufige Juli-Angabe) beschleunigt. Zwar wurde der Preisindex des letzten Monats durch die Erhöhung der Tabaksteuer mit 0,1 Prozentpunkt belastet. Aber schon um Delors' Jahresziel für 1983 (8 Prozent) zu erreichen, dürften die Preise in den nächsten Monaten nur noch um 0,4 Prozent steigen.

Bei dieser für französische Verhältnisse unwahrscheinlich niedrigen Rate müßte es dann das gesamte nächste Jahr bleiben, damit der Fünf-Prozent-Traum Delors' Wirklichkeit wird. Demgegenüber sagt die OECD Frankreich für dieses Jahr 9 und für das nächste Jahr 7,5 Prozent Inflation voraus, was schon eine recht optimistische Prognose ist. Denn wegen der schwachen Produktivität der Wirtschaft könnte die Inflationsrate nur dann darauf reduziert werden, wenn die Franzosen einen beträchtlichen Rückgang ihrer Lohnaufkraft akzeptieren.

Heißer Sommer

Py. - Mögen andere schon beim „heißen Herbst“ sein, die deutsche Damenoberbekleidungsbranche möchte sich allzulest noch am „heißen Sommer“ festhalten. Anlässlich der bevorstehenden Internationalen Modewoche in Düsseldorf schweigen Industrie und Handel in lange nicht gehörten Attributen. Man sah zarte Konturen für einen eventuellen Aufschwung. Das hauchdünne Umhangsgewebe der Branche im 1. Halbjahr 1983 von knapp 1 Prozent sollte man den Modemachern nicht vermissen. Auch wenn es mehr dem heißen Sommer und dann erst der Ausgabefreudigkeit der Damenwelt zuzurechnen ist. Und schon klagt der Handel, er hätte mehr verkaufen können, wenn er mehr gehabt hätte. Bei der Industrie würde es heißen, wenn er mehr geordert hätte. Aber da tut sich der Handel nicht zuletzt dank mancher modischer Zin- oder Reinfälle schwer. Sollten Herbst und Winter noch auf sich warten lassen, wäre auch der Männerwelt mancher freundlichere Blick auf Leicht-Luftig-Lustiges gegönnt. Die tristen Herbststummeln finden immer noch früh genug aus den Schränken.

Langsamere Gangart

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die traditionelle Leipziger Herbstmesse, die am Sonntag beginnt, ist keine Orderrunde, jedenfalls nicht in erster Linie. Sie ist mehr eine Drehscheibe für Kontakte und Informationen. Diese sollen die notwendigen Aufschlüsse über die künftige Entwicklung bringen, nicht so sehr die Kontakte, die während der Messe unterschrieben werden. Sie waren in der Regel schon zuvor ausgehandelt worden und sollen Leipzig nur einen geschäftigen Anstrich geben. Aufschlüsse werden vor allem über das Angebot und die Lieferfähigkeit der „DDR“ erwartet.

Der innerdeutsche Handel ist seit einem Jahr stark im Ungleichgewicht geraten. So expandierten die Lieferungen aus der Bundesrepublik im ersten Halbjahr, verglichen mit der gleichen Zeit 1982, um 33 Prozent auf 4,3 Milliarden Mark, während die Bezüge nur um zwei Prozent auf 3,6 Milliarden Mark anwuchs, was real ein leichter Rückgang bedeutet. Damit konnte die Bundesrepublik erstmals seit 1979 auch im Warenverkehr einen Überschuss von 470 Millionen Mark verbuchen, einschließlich der Dienstleistungen waren es 724 Millionen Mark.

Wegen des besonderen Verrechnungssystems des innerdeutschen Handels bestimmen letztlich die Verkäufe des schwächeren Partners, also die der „DDR“, auf Dauer die Absatzmöglichkeiten der Firmen aus der Bundesrepublik. Ihnen ist zwar in letzter Zeit dieses Verrechnungssystem zugute gekommen, weil die „DDR“, um Devisen zu sparen, Handel selbst solche Produkte geordert hat, die sie sonst aus anderen Ländern bezogen hätte. Längerfristig sprengen solche Ungleichgewichte das System.

Die Lieferungen der „DDR“ wurden in diesem Jahr von der Entwicklung bei Mineralerzeugnissen geprägt, auf die ein Fünftel der Verkäufe entfielen. Aufgrund eines längerfristigen Vertrages, der dem innerdeutschen Handel eine gewisse Stabilität verleiht, bezieht die „DDR“ Mineralöl aus der Bundesrepublik, verarbeitet es und verkauft die Produkte vor allem nach Berlin. Da die „DDR“ auch noch sowjetisches Öl einsetzt, sind hier ihre Lieferungen erheblich höher als die Bezüge. Profitierte die „DDR“ in den ver-

gangenen Jahren von der Politik der Opec, so litt dieses Geschäft in diesem Jahr unter dem Preisverfall. Da sie auch den Umfang drosselte, gingen ihre Verkäufe von Benzin und Diesellost um 179 auf 752,1 Millionen Mark zurück.

Diese Abnahme konnte gerade durch Mehrlieferungen anderer Erzeugnisse mit Ausnahme chemischer Produkte ausgeglichen werden. Die höchste Zuwachsrate, und zwar von 47 Prozent auf 179 Millionen Mark, wurde bei Eisen und Stahl registriert. Hier wurden der „DDR“ zusätzliche Absatzmöglichkeiten eingeräumt. Vor Messebeginn wurde das Kontingent aufgestockt. Der Grund ist eine Absprache, nach der sich die Lieferungen der Bundesrepublik zu denen der „DDR“ bei diesen Erzeugnissen wie 2,5 zu 1 verhalten sollen. Die Käufe der „DDR“ zogen im ersten Halbjahr um 257 Prozent oder 540,6 Millionen auf 750,7 Millionen Mark an. Dieses lag an ihrer Devisenknappheit. Das Kontingent wurde allerdings nicht voll entsprechend der Relation erhöht. Vielmehr wurden die vereinbarungswidrigen Minderkäufe der „DDR“ von Kohle berücksichtigt. Verbessert haben sich auch die Absatzchancen von Konsumgütern in der Bundesrepublik, und zwar aufgrund des gestiegenen Dollarkurses. So weist die Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels AVE darauf hin, daß ihre Firmen in den ersten sechs Monaten 11,5 Prozent mehr Konsumgüter aus der „DDR“ bezogen, auf den Weltmarkt jedoch nur 4,4 Prozent mehr geordert haben.

Wichtig ist angesichts dieser gewachsenen Kaufbereitschaft, ob die „DDR“ den Einkäufen in Leipzig ein adäquates Angebot präsentieren kann. Wegen der gedrosselten Importe und geringerer Investitionen dürfte ihr dies bei vielen Erzeugnissen abseits der Konsumgüter schwerer als bisher fallen. Daher dürfte sich die Gangart im innerdeutschen Handel verlangsamen.

Von dem Milliarden-Kredit werden keine Impulse erwartet, da er für den Schuldendienst gegenüber anderen westlichen Staaten verwendet werden soll. Jedenfalls weist das Sonderkonto bei der Bundesbank, über das Devisengeschäfte abgewickelt werden, keine aus dem Rahmen fallenden Bewegungen auf.

OECD / Trotz Konjunkturbelebung Besserung der Frachtraten unwahrscheinlich

Noch nicht einmal kleiner Lichtblick für den internationalen Seeverkehr

Sehr pessimistisch beurteilt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die weitere Entwicklung des internationalen Handelsschiffverkehrs. Zwar könne bis Ende dieses Jahres infolge der allgemeinen Konjunkturbelebung mit einem leichten Anstieg der Tonnagenachfrage gerechnet werden. Jedoch sei es wegen des weiter steigenden Tonnageangebots sehr unwahrscheinlich, daß sich die Frachtraten bessern.

Im vergangenen Jahr war der maritime Warenverkehr weiter geschrumpft. Weltweit verminderte er sich tonnagegemäß um acht Prozent und in Tonnenmellen ausgedrückt um zehn Prozent. Diese Minusraten gehen weit über die der Weltwirtschaftsentwicklung hinaus, betont der Schifffahrtsausschuß der OECD in seinem Jahresbericht.

Der wichtigste Grund dafür war die Schrumpfung des Tankerverkehrs um tonnagegemäß 13 Prozent. Die Transportnachfrage nach Rohöl und Ölprodukten verminderte sich sogar um 18 Prozent. Die Netto-Oilimporte der westlichen Industriestaaten allein waren 1982 um 15 Prozent zurückgegangen, obwohl sich ihr Ölverbrauch nur um fünf Prozent vermindert hatte.

An Trockenfracht wurden fünf Prozent weniger befördert als 1981. Vor allem Kohle und Eisenerz sind infolge der internationalen Stahlkrise in geringerem Maße verschifft worden. Auch Phosphate, Bauxit und Tonerde verzeichnete Rückgänge. Die Getreidefracht blieb aber nur leicht unter dem Vorjahresniveau.

Etwas besser behaupten konnte sich der Linienverkehr. An Containern wurden ebensoviel transportiert

lungsländer, wie es in dem OECD-Bericht heißt, mehr und mehr mit ihren Handelspartnern Reservierungsabkommen zu treffen oder ihnen diesen Typ von Restriktionen einseitig aufzuheben. Dadurch sei der Protektionismus im Schiffsfrachtverkehr weiter verstärkt worden.

Wie sich aus dem Bericht ergibt, war die Weltflotte von Mitte 1981 bis Mitte 1982 auf 424,7 (420,8) Millionen Bruttoregistertonnen (BRT) gestiegen, nachdem sie 1970 erst 224,5 Millionen BRT erreicht hatte. Daran war die Bundesrepublik mit nur noch 7,7 (8,2) Millionen BRT beteiligt, obwohl sie von dem maritimen Außenhandel 21,8 Prozent (Exporte) und 13,4 Prozent (Importe) bestritt. Die OECD begrüßt, daß dem Schrumpfungstrend der deutschen Flotte inzwischen Einhalt geboten worden sei.

Die größte Flotte in der OECD besitzt Japan (41,6 Millionen BRT), gefolgt von Griechenland (40), Großbritannien (22,5), USA (19,1), Frankreich (10,8) und Italien (10,4). Unter der Flagge Liberias fahren 70,7 Millionen BRT und unter der Panamas 26,7 Millionen BRT. Die Flotte der Sowjetunion umfaßt 23,5 Millionen BRT.

Auch die mittelfristigen Aussichten für den internationalen Schiffsverkehr beurteilt die OECD sehr zurückhaltend. Nur eine massive Expansion der Weltwirtschaft könne bei den Frachtraten fühlbare Besserung bringen.

WIRTSCHAFTSLAGE

Die Industrieproduktion ist deutlich gestiegen

HANS-J. MAHNKE, Bonn
Der konjunkturelle Belebungstrend in der Bundesrepublik hat nach Ansicht des Bonner Wirtschaftsministeriums weiter an Kraft gewonnen. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im zweiten Vierteljahr real schneller gewachsen sein als in den ersten drei Monaten. Die entscheidenden Impulse seien aus dem Inland gekommen, vor allem von den Anlageinvestitionen und den Lagerdispositionen der Unternehmen. Auf dem Arbeitsmarkt seien erwartungsgemäß erst vereinzelt Spuren der wirtschaftlichen Besserung erkennbar.

Das Volumen der Aufträge aus dem Inland sei im Mai/Juni um zwei Prozent höher als in den vorangegangenen zwei Monaten gewesen. Seinen Tiefstand vom vergangenen Herbst habe es damit um acht Prozent übertraffen. Die Bestellungen aus dem Ausland, die nach der Anpassung im

Europäischen Währungssystem vom März zunächst deutlich gesunken waren, hätten im Mai/Juni wieder leicht um 0,5 Prozent angezogen.

Die Belebung des privaten Verbrauchs habe zur Jahresmitte angehalten. Schwer abzuschätzen sei jedoch der Einfluß der Anhebung der Mehrwertsteuer zum 1. Juli. Zumindest bei hochwertigen Gebrauchsgütern dürften in nennenswertem Umfang Käufe zur Vermeidung der Steuererhöhung vorgezogen worden sein.

Die Produktion in der Industrie sei seit Jahresanfang deutlich gestiegen. Der Tiefstand vom Ende vergangenen Jahres sei im verarbeitenden Gewerbe saisonbereinigt um sechs Prozent übertrifft worden. Der Anstieg habe sich recht stetig vollzogen. Die Zunahme der Fertigung vom ersten zum zweiten Quartal wird auf zwei Prozent veranschlagt.

US-KONJUNKTUR

Das Wachstumstempo hat sich stark verlangsamt

H.-A. SIEBERT, Washington
Zum elftenmal hintereinander ist in den USA der wichtige Index der führenden Konjunkturindikatoren, der den Wirtschaftsverlauf in den kommenden drei Monaten einigermaßen zuverlässig voraussagt, im Juli gestiegen. Die Zunahme betrug diesmal jedoch nur 0,3 Prozent, verglichen mit 1,9 und 1,2 Prozent im Juni und Mai. Das kleinste Plus seit August vergangenen Jahres signalisiert eine deutliche Verlangsamung des Wachstumstemplos. Im zweiten Quartal 1983 erhöhte sich Amerikas Bruttoinlandsprodukt real um 0,2 Prozent, gegenüber 2,6 Prozent in der Januar-März-Periode und minus 1,7 Prozent im Gesamtjahr 1982.

Die erste Bremsung, die zweifellos durch die restriktive Geldpolitik der US-Notenbank im Mai und Juni ausgelöst worden ist, unterstreicht

den zyklischen Charakter des im Dezember begonnenen Konjunkturaufschwungs. Andererseits kann man jetzt davon ausgehen, daß in den USA die Zinsen nicht weiter anziehen und die Inflationsgefahren in Schach gehalten werden. Das neue Tempo kann überdies länger durchgehalten werden.

US-Handelsminister Baldrige hat die Entwicklung begrüßt. Die Erholung verlaufe modellgerecht - mit starkem Schub zu Beginn. Für eine lange Dauer spräche, wenn von jetzt an die führenden Indikatoren monatlich um 0,5 bis ein Prozent steigen würden. Von den elf verfügbaren Daten zeigten im Juli sieben nach oben, darunter Baugenehmigungen, Konsumgüteraufträge und ausstehende Kredite. Gedrückt wurde das Gesamtplus durch Ordereinbrüche bei Investitionsgütern.

OSTHANDEL

USA zahlen hohen Preis für ihre Embargo-Politik

PETER BAUER, New York
„Kommerzieller Selbstmord“ bedeutet die amerikanische sanktions- und außenpolitisch motivierte Osthandelspolitik nach Meinung des US-Osthandelsexperten und früheren Staatssekretärs im Handelsministerium, Arthur T. Downey. Obwohl Washington gerade ein langfristiges Getreidelieferabkommen mit Moskau abgeschlossen hat, tut sich die Reagan-Administration schwer.

Einerseits will die Regierung aufgrund der schlechten US-Außenwirtschaftsentwicklung und der schweren Einkommenskrise der US-Bauern die Ausfuhr amerikanischer Agrargüter und vieler Industrieprodukte in die Sowjetunion und andere Ostblockländer möglichst stark ausweiten, während sie andererseits die übrigen Industrieländer mit allen Mitteln zu stärkeren Lieferbeschränkungen veranlassen möchte.

Die USA haben für ihre Embargo-Politik bisher einen hohen Preis bezahlt. Denn die US-Ausfuhren nach der Sowjetunion sind im ersten Halbjahr 1983 gegenüber der Vorjahresvergleichszeit um etwa die Hälfte auf 1,02 (1,99) Milliarden Dollar geschrumpft, erläutert Hertha Weiss, Leiterin der UdSSR-Abteilung der International Trade Administration im US-Handelsministerium in Washington. Dabei sind die Agrarlieferungen von 1,64 Milliarden Dollar auf nur noch 766 Millionen Dollar geschrumpft. Aber auch industrielle Güter und andere Exporte sind von 349 auf 250 Millionen Dollar zurückgegangen.

Zwei US-Initiativen lassen Zweifel an einer Hinwendung der Reagan-Regierung zu einer liberaleren Osthandelspolitik aufkommen. Im Kongreß drängt Reagan bei der Erneuerung des im September auslaufenden Exportkontrollgesetzes auf weitreichende Sanktionsvollmachten, wobei er in Zukunft auch Importrestriktionen gegenüber ausländischen Unternehmen einsetzen will, die sich nicht an US-Ausfuhrbeschränkungen halten. In Paris versuchen die Reagan-Unterhändler seit geraumer Zeit, die sogenannte Cocom-Verbotsliste der NATO-Länder und Japans stark auszubauen.

Außerdem will Washington dem Pariser „gentlemen's agreement“, das von keiner Zentralstelle überwacht wird und bei dessen Verletzung es keinerlei Strafen gibt, durch die Einführung eines Strafenkatalogs für Verstöße mehr Einfluß geben. Die Europäer und Japaner wehren sich aber gegen die US-Vorschläge zur Begrenzung des Osthandels, die zu einer Zeit kommen, in der Washington selbst lukrative bilaterale Abkommen abgeschlossen hat.

Auch der US-Kongreß will nicht mitspielen und den Präsidenten im Rahmen eines neuen Exportkontrollgesetzes nur weniger großzügige Vollmachten geben. Die US-Industrie und die amerikanischen Bauern verlangen ihrerseits eine von politischen Motiven weitgehend befreite amerikanische Außenhandelspolitik. (dpa/VWD)

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Stahlindustrie befürchtet Abstriche bei den Quoten

Düsseldorf/Essex (dpa/VWD) - Die deutsche Stahlindustrie befürchtet erhebliche Benachteiligungen bei der künftigen Verteilung der Produktionsquoten innerhalb der EG. Anzeichen dafür seien während der Präsidentsitzung des europäischen Stahlverbandes Eurofer in Brüssel deutlich geworden, hieß es in der Branche. Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hatte nach den Verhandlungen des EG-Ministerrats Ende Juli mitgeteilt, die Bundesrepublik werde im Kernbereich der Stahlproduktion, bei den Flachzeugnissen, 600 000 Tonnen Jahresanrechte zusätzlich erhalten. Tatsächlich aber sollen, wie jetzt verlautete, den deutschen Unternehmen 300 000 bis 400 000 Tonnen verlorengehen. Die einzubühende Menge entspricht der Beschäftigung von 3000 bis 4000 Arbeitskräften.

EG fordert Ausgleich

Washington (dpa/VWD) - Die EG verlangt von der US-Regierung die Senkung von Zöllen und anderen Einfuhrbeschränkungen für Massenstahlprodukte und Textilierzeugnisse in Höhe von 150 Millionen Dollar pro Jahr. Damit soll Washington einen Ausgleich für die von ihr eingeführten Sonderzölle und Importquoten für Edelmetalleerzeugnisse schaffen. Das Büro des Reagan-Handelsbeauftragten Bill Brock hat den Eingang der europäischen Vorschläge bestätigt. Beide Seiten werden nach US-Angaben am kommenden Mittwoch in Genf im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) über die EG-Forderungen verhandeln.

Immobilienfonds im Aufwind

Hamburg (VWD) - Die offenen Immobilienfonds sind die Anlegerbedeckung des Jahres 1983. Das erklärte Gerhard Gathmann vom Vorstand des BVI Bundesverband Deutscher Investment-Gesellschaften in Hamburg. Den acht offenen Immobilienfonds, die ihre Anteile dem breiten Publikum anbieten, seien in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 1,2 Milliarden Mark zugeflossen. Dadurch ist das von ihnen verwaltete Gesamtvermögen auf 6,2 Milliarden Mark gewachsen.

Pöhl in Moskau

Moskau (dpa) - Bundesbankpräsident Otto Pöhl hat in Moskau Gespräche mit führenden sowjetischen Bankchefs aufgenommen. Pöhl traf zunächst mit dem Vorsitzenden der Staatlichen Gosbank, Wladimir Alchimow, zusammen. Wie Pöhl erklärte, ist die sowjetische Seite vor allem an der internationalen Verschuldungslage sowie der Entwicklung auf den Devisen- und Goldmärkten interessiert.

VAW erhöht Aluminiumpreis

Düsseldorf (Py.) - Die VAW Vereinigte Aluminium-Werke AG, Bonn, erhöht ab 5. September dieses Jahres den Grundpreis für Original-Hüttenaluminium von bisher 370 auf 385 Mark/100 kg. Die Aufschläge für höhere Reinheiten, Legierungen und Formate bleiben unverändert. Gleichzeitig steigen die Preise für Hüttenaluminium-Gußlegierungen um 25 bzw. 30 Mark/100 kg.

Steuerpaket kritisiert

Bonn (AP) - Als „nutzlos“ und „unsinnig“ hat der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Dieter Posser, die von der Bundesregierung geplante Senkung der Vermögenssteuer bezeichnet. Posser kündigte in Bonn an, seine Regierung werde im Bundesrat das Steuerentlastungspaket der Bundesregierung ablehnen. Die Vertretung der Länder berät heute erstmals den Bundeshaushalt 1984, die Steuer- und Spargesetze sowie den Finanzplan für 1987.

„Schuldern entgegenkommen“

Frankfurt (cd.) - Ein zinsmäßiges Entgegenkommen der Banken gegenüber jenen Problemländern, die sich einer guten Schuldenmoral befleißigen und binnenwirtschaftliche Sanierungsmaßnahmen in Angriff nehmen, regt Hans Georg Gotthardt, Aufsichtsratsvorsitzender der BHF-Bank an. Die Banken könnten die wirtschaftliche Gesundung dieser Länder fördern, wenn sie darauf verzichten, die Höhe der Zinsen an der aktuellen Bonität zu orientieren. An den internationalen Finanzmärkten müssen Länder mit Zahlungsschwierigkeiten seit einiger Zeit erheblich höhere Zinsen zahlen als problemlose Schuldner.

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!



„Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.“

Ludwig Erhard

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe - ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft. Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung bewiesen. Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft.

Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“. Heft 16 der „Orientierungen“ enthält eine Bibliographie zur Sozialen Marktwirtschaft 1982, setzt sich auseinander mit gesellschaftspolitischen Leitbildern der Gegenwart und der Notwendigkeit neuer Maßstäbe. Sonderbeiträge befassen

sich mit Karl Marx und dem Marxismus sowie den Verhältnissen im Steuerstaat, im Verkehrsweisen und in der Gesundheitspolitik. Möchten Sie „Orientierungen“ beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? - Bitte, schreiben Sie uns: Ludwig-Erhard-Stiftung, Johannerstraße 8, 5300 Bonn 1.

WELTBÖRSEN

Wall Street stark verbessert

New York (Sb.) - Mit einem Schlag hat sich an den US-Aktienmärkten der Wind gedreht: es besteht jetzt einige Hoffnung, daß sich die Hausse fortsetzt. Der Dow Jones-Industrie-Index schnellte am Mittwoch um 20,12 auf 1216,16 Punkte (Vorwoche 1184,25), weil die stark gebremste Zunahme der führenden Konjunkturindikatoren auf einen weniger stürmischen Wirtschaftsaufschwung hindeutet. Dadurch, so meint man an der Wall Street, würden Überhitzungserscheinungen vermieden, die ungewissermaßen zu neuen Preis- und Zinsexplosionen geführt hätten. Jetzt sieht es so aus, daß die Zinsen in den USA ihren Höhepunkt überschritten haben und die Teneur unter Kontrolle bleibt. Der „Dow“ erzielte den höchsten Kursgewinn seit sechs Wochen: der NYSE-Index stieg um 0,92 auf 94,89 Punkte.

London (AP) - An der Londoner Effektenbörse sind am Mittwoch bei ruhigem Geschäft erhebliche Kursverluste eingetreten. Der Index der „Financial Times“ für 30 Industriewerte ermäßigte sich um 8,9 Punkte auf 707,4. Britische Staatsanleihen gaben in allen Bereichen um zwölf Pence nach. Goldminenanteile litten unter fehlender Nachfrage und wurden zwischen 50 und 75 Cent niedriger bewertet. Ölwerte gaben weiterhin nach, nur

Wohin tendieren die Weltbörsen? - Unter diesem Motto gibt die WELT jede Woche, in der Freitagsausgabe, einen Überblick über den Kurstrend an den wichtigsten internationalen Börsen.

BP schloß unverändert. Unter den Standardwerten notierten Pilkington und Babcock International je zehn Pence leichter.

Tokio (VWD) - Der kräftige Kursanstieg in Wall Street am Freitag rief am Donnerstag an der Tokioter Effektenbörse eine stolle Aufwärtsbewegung hervor. Dabei erreichte der Nikkei-Dow-Jones-Index mit 9228,35 (plus 38,92 Yen (Vorwoche 9143,07)) den bisher höchsten Stand in seiner Geschichte. Der allgemeine Börsenindex erhöhte sich um 2,19 auf 880,72 Punkte. Die Anleger nahmen umfangreiche Anschaffungen bei ausgewählten Blue Chips und bei spekulativ orientierten Werten vor. Im Nachmittagsverkehr konnten die meisten NE-Metallaktien einschließlich von Dowa Mining, Sumitomo Metal Mining und Nippon Mining erheblich an Boden gewinnen.

Paris (J. Sch.) - Es ist vielleicht noch zu früh, von einem Tendenzumschwung der Pariser Börse zu sprechen. Aber die „Sommerhauser“, die für die Augustliquidation Gewinne von durchschnittlich 10 Prozent gebracht hatte und den Index der französischen Aktienkurse auf 140 Punkte (Ende 1982 = 100) anhebt, kann jetzt wohl als beendet angesehen werden. Während der ganzen Berichtswoche ging es mit den Kursen immer stärker nach unten bei Tagesverlusten von zuletzt 0,7 Prozent. Als Erklärung dafür reichen bloße Gewinnmitnahmen nicht mehr aus. Offensichtlich erlebte auch das Käuferinteresse, und zwar nicht zuletzt wegen der drohenden Steuererhöhungen für 1984, die die Regierung Mitte September beschließen will. Solange man deren Ausmaß nicht abschätzen kann, scheint der Börse Zurückhaltung geboten.

MAROKKO / Stundung der Zins- und Tilgungszahlungen für 1983 und 1984 beantragt

Devisenreserven praktisch erschöpft

dpa/VWD, Rabat Als zweites afrikanisches Land nach Sudan hat Marokko jetzt die facto seine Zahlungsfähigkeit gegenüber seinen Schuldnern anmelden müssen. Die marokkanischen Auslandsschulden liegen bei über zehn Milliarden Dollar (etwa Zweidrittel des Bruttoinlandsprodukts), während die Devisenreserven mit unter 30 Millionen Dollar praktisch erschöpft sind. Am 9. September beantragt in Rabat eine erste Umschuldungstagung der marokkanischen Regierung mit den privaten Gläubigerbanken unter Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF). Zugleich hat Marokko schriftlich beim Pariser Klub um Umschuldung seiner Verbindlichkeiten bei staatlichen Kreditgebern gebeten.

Der Schuldendienst beträgt bereits fast 40 Prozent der Deviseneinnahmen. Marokko ist nach Angaben informierter Kreise in Rabat zunächst an der Umschuldung seiner mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten mit einer Aussetzung der Zins- und Tilgungszahlungen für den Rest dieses Jahres und 1984 interessiert. Die Wirtschafts- und Finanzlage des gro-

ßen Maghreb-Landes hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Bereits im März wurde ein Einfuhrstopp verfügt, der inzwischen gelockert werden mußte, weil zahlreiche Unternehmen ohne importierte Materialien und Ersatzteile hätten schließen müssen. Das Leistungsbilanzdefizit wird für dieses Jahr auf zwei Milliarden Dollar geschätzt.

Den Forderungen des IWF weitgehend folgend, hat die Regierung in Rabat ein Spar- und Sanierungsprogramm eingeleitet, das der ohnehin schon größtenteils am Rande des Existenzminimums vegetierenden Bevölkerung harte Opfer abverlangt. Der Staatshaushalt wurde drastisch gekürzt. 19 000 von 44 000 geplanten neuen Stellen im Staatsapparat gestrichen. Die Sachausgaben wurden auf dem Niveau von 1982 eingefroren. Die Einkommensteuer für gut Verdienende wurde drastisch erhöht, die Umsatzsteuer von 17 auf 19 Prozent angehoben. Die staatlichen Subventionen für zahlreiche Produkte des täglichen Verbrauchs, insbesondere für Grundnahrungsmittel, wurden weitgehend gestrichen und die Preise um bis zu 67 Prozent angehoben.

Allerdings gestand die Regierung gleichzeitig eine 20prozentige Erhöhung der Mindestlöhne zu, die jetzt etwa 200 Mark im Monat betragen. Der Dirham wurde in den letzten Tagen stillschweigend um fast zehn Prozent gegenüber der D-Mark und Franc abgewertet. Die Exportförderung soll verbessert werden. Neue Absatzmärkte sollen erschlossen und der Tourismus angekurbelt werden.

Der Hintergrund der marokkanischen Misere ist vielschichtig: Der Westsahara-Krieg kostet täglich angeblich drei Millionen Dollar und verschlingt 40 Prozent des Staatshaushalts. Die Preise für Marokkos Hauptausfuhrprodukt Phosphat sind auf dem Weltmarkt auf die Hälfte gefallen. Drei Dürrejahre hintereinander mit zwei Mißernten zwangen Marokko dazu, die Nahrungsmittelimporte für die 21 Millionen Marokkaner um 70 Prozent zu steigern. Saudi-Arabien stellte wegen eigener Schwierigkeiten seine Geldgeschenke an die befreundete Alauten-Monarchie - französischen Pressebeistand zufolge von jährlich bis zu 2,5 Milliarden Dollar - praktisch ein.

WELTWIRTSCHAFT / Guth warnt vor Schuldenkrise

USA tragen den Aufschwung

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien Ein weltwirtschaftliches Szenario über das Jahr 1984, basierend auf den jetzt verfügbaren Daten, skizzierten Experten aus Europa und den USA während des diesjährigen „Europäischen Forums“ im österreichischen Alpbach. Nach übereinstimmender Meinung ist für 1984 ein Gesamtanwuchs der Industrieländer zwischen 3,5 und 4 Prozent zu erwarten (gegenüber zwei Prozent 1983).

Träger dieses Aufschwungs werden allerdings nur zum geringen Teil die europäischen Länder sein, er werde vielmehr in erster Linie von den USA und Kanada sowie Japan ausgehen. Auch die nicht-erdölproduzierenden Industrieländer werden infolge gestiegener Rohstoffpreise eine steigende Importneigung finanzieren können.

Karl-Heinrich Oppenländer, der Präsident des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, erwartet 1984 in der Bundesrepublik ein unterdurchschnittliches Wachstum von 1,5 bis zwei Prozent nach einem Prozent in diesem Jahr. Dieses Wachstum werde nicht ausreichen, um das zusätzliche Beschäftigtenangebot auch entsprechend auf dem Arbeitsmarkt unterzubringen, so daß die Arbeitslosenquote die Zehnprozent-Marke überschreiten dürfte. Oppenländer bezeichnete die gegenwärtige Belebung in der Bundesrepublik als vage Anregung durch den privaten Verbrauch anstelle eines klassischen Konjunkturzyklus.

Rigoreuse Bemühungen um Budgetkonsolidierung seitens der Bundesregierung wie etwa eine Rückführung des Budgetdefizits auf 35 Milliarden Mark würden nach Meinung Oppenländers sicherlich einen Nachfrageausfall von 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bedeuten. Förderlich dagegen wirkte sich die Steigerung des Welthandels um drei bis vier

Prozent aus, der allerdings in Europa nicht wie in den USA eine direkte, sondern nur eine indirekte Belebung mit sich bringe.

Ein optimistisches Szenario zeichnete Ernest Schneider vom New Yorker Hudson-Institut für die USA. Nach seiner Einschätzung wird die US-Wirtschaft bis 1988 mit durchschnittlich vier Prozent jährlich wachsen - ein Wert, der (nach heute drei bis 3,5 Prozent) schon im kommenden Jahr erreicht oder mit 4,5 Prozent sogar überschritten wird. Die Arbeitslosigkeit wird leicht zurückgehen.

Nur wenig schlechter dürfte der Aufschwung in Japan verlaufen, wo mit den niedrigsten Inflations- und Arbeitslosenraten des Westens zu rechnen ist.

Einen deutlich höheren Einsatz öfentlicher Mittel zugunsten der in besondere Bedrängnis geratenen Schuldnerländer forderte auf dem Forum der Sprecher des Vorstandes der Deutschen Bank AG, Wilfried Guth. Andererseits, so Guth, sei mit einer dramatischen Zuspitzung der Verschuldungskrise und einem damit verbundenen Schock zu rechnen, der eine Wiederaufnahme normaler Kreditbeziehungen mit den betreffenden Ländern für sehr lange Zeit verhindern würde.

Anstatt sich über neue Institutionen und grundlegende Systemveränderungen den Kopf zu zerbrechen, sollten Regierungen und Parlamente alles daransetzen, die bewährten und hocheffizienten Institutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) intakt zu halten und mit einer ausreichenden Kapitalbasis zu versorgen. Als geradezu anachronistisch bezeichnete Guth die endlosen Verhandlungen um jede einzelne Kapitalaufstockung. Der Frage nach dem richtigen Weg aus dieser Finanzierungs- und Kreditkrise mißt Guth eine „eminente politische Dimension“ bei.

Erdölsuche nicht den Konzernen überlassen

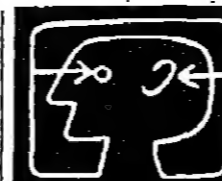
AFP, London

Die Entwicklungsländer könnten nur in einem begrenzten Ausmaß damit rechnen, daß private ausländische Konzerne die Erdölsuche verstärken. Sie müßten sich zunehmend selbst um die Suche nach Erdöl auf ihren Territorien bemühen. Dies erklärte der venezolanische Experte Francisco Parra vor dem Welt Erdöl-Kongreß in London.

Nach seinen Angaben haben seit 1955 nur acht von 65 internationalen Gesellschaften, die in 31 Entwicklungsländern nach Erdöl suchten, größere und bedeutende Vorkommen entdeckt. Zwar stieg die Produktion dieser Länder seit 1955 jährlich um sieben Prozent an und erreichte 1982 insgesamt 3,6 Millionen Barrel täglich, aber in Zukunft könne kaum mit einer Erhöhung der Förderung gerechnet werden, da in der letzten Zeit keine neuen bedeutenden Vorkommen gefunden wurden. Von den 120 Entwicklungsländern in der Welt verfügen nur 44 über eine nennenswerte Erdölproduktion.

Parra unterstrich, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten auf dem Erdölmarkt zu einem erheblichen Rückgang der Prospektionsbemühungen der internationalen Gesellschaften in den Entwicklungsländern führten. Einige dieser Länder wie Ghana, Indien, Kenia, Liberia und Mocambique versuchen seit einiger Zeit, die Gesellschaften durch günstige technische und steuerliche Bedingungen ins Land zu ziehen, wobei der Erfolg bisher gering war.

Wenn diese Länder aus Gründen der nationalen Unabhängigkeit und zur Einsparung von Devisen ihre Energieressourcen entwickeln wollten, müßten sie das selbst tun. Die Erschließung kleiner Erdölfelder sei vom nationalen Standpunkt aus rentabel, selbst wenn diese in den Augen ausländischer Gesellschaften kein Interesse finden, erklärte der venezolanische Experte abschließend.



WELT-Korrespondenten berichten von der Berliner Funkausstellung

Philips - Telefunken - Nordmende - Bildschirmtext

Die Unterhaltungselektronik wird eine Wachstumsbranche bleiben. Mit dieser zuversichtlichen Prognose umschrieb Ingwert Ingwertsen, Vorsitzender des Fachverbandes Unterhaltungselektronik, die Situation vor der Funkausstellung, die heute eröffnet wird. Zu Konsumentenpreisen wurden in der Unterhaltungselektronik 1982 rund 14 Mrd. DM umgesetzt. In den nächsten Jahren erwartet Ingwertsen einen jährlichen Zuwachs von drei bis vier Prozent. Renner der Saison waren nach wie vor Videorecorder mit einem Wachstum

von 40 Prozent. Hier liegen freilich die japanischen Geräte (VHS und Sony) mit einem Marktanteil von rund 80 Prozent deutlich an der Spitze. Wie Ingwertsen mitteilt, beträgt der Marktanteil von Video 2000 von Philips und Grundig etwa ein Fünftel. Das Geschäft mit Farbfernsehern hat sich 1982 um drei Prozent ausgeweitet. Schwerpunkte der Funkausstellung sind darüber hinaus: Heimcomputer und Videospiele, Bildschirmtext, Satellitenfernsehen, der Cassettenmarkt und die digitale Compact-Diskschallplatte. (Wz.)

Ein Agentursystem in der Schublade

Auch Philips hat ein Agentursystem vorbereitet und weitestgehend startbereit in der Schublade. Dies erklärte Axel Bartmann, Leiter des Unternehmensbereichs Unterhaltungselektronik der Philips GmbH, Hamburg, in Berlin. Bekanntlich hat vor längerer Zeit Telefunken und jüngst auch Grundig ein System der Vertriebsbindung im Fachhandel eingeführt, das freilich kartellrechtlich umstritten ist.

Wie Bartmann weiter ausführte, habe Philips jedoch die oben erwähnte Schublade fest verschlossen. Begründet wird dies damit, daß ein dritter Agenturpartner im Range von Philips das System als solches noch mehr in Frage stelle. Außerdem wolle man auch deutlich machen, daß die unternehmerische Freiheit des Han-

dels in unserem Wirtschaftssystem unverzichtbar sei. Die Handelskooperationen der Unterhaltungselektronik-Branche rief Bartmann dazu auf, dem „ruhmreichen Wettbewerb auf der Stufe ihrer Mitglieder entgegenzuwirken“.

Die Wahrscheinlichkeit sei sehr hoch, daß sich die bevorstehende Saison für die Branche der Unterhaltungselektronik positiv entwickle, konstatierte Hans-Dieter Horn, Leiter des Unternehmensbereichs Unterhaltungselektronik der Philips GmbH. Seine positiven Erwartungen gründeten sich zugleich auf eine Vielzahl von Innovationen in den verschiedensten Produktbereichen. Im wichtigsten Bereich der Unterhaltungselektronik, den Farbfernsehge-

räten, für den in diesem Jahr am deutschen Inlandsmarkt ein Absatz von 2,4 (1982: 2,3) Millionen Geräte erwartet wird, hält Philips als Nummer zwei unter den Anbietern einen Marktanteil von 14 Prozent.

Zuversichtlich ist Horn auch für den Bereich der Videorecorder. Hier expandiert der Markt zwar weiter, doch hat das Videosystem 2000, für das Philips und Grundig stehen, im vergangenen Jahr einen Rückgang des Marktanteils von 27 auf 22 Prozent erlebt. Die ersten acht Monate 1983 zeigten - so Horn - eindeutig, daß sich der Anteil nun wieder in Richtung auf 30 Prozent bewege. Mit einer weiteren explosionsartigen Marktentwicklung rechnet Philips bei Videospielen. (Wz.)

Notfalls bis zum Bundesgerichtshof

Die Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH, Hannover, will stärker noch als bisher um den Handel und ebenso um die Käufer werben. Als Signal hierfür weist Telefunken-Chef Josef A. Stoffels auf das Partner-Vertriebsystem mit dem Handel und die Geräte-Doppelgarantie für Handel und Verbraucher hin. Der Handel stehe hier hinter Telefunken, meint Stoffels. Gegen das von Telefunken praktizierte Agentursystem liegt zwar eine Unterbrechung des Bundeskartellamtes vor, Stoffels will jedoch bis zum Bundesgerichtshof gehen, um dort eine Entscheidung zu erlangen.

Als erstes Unternehmen verpflichtet sich Telefunken in einer Geräte-Doppelgarantie gegenüber dem Käufer, den Kundendienst zu übernehmen, wenn der Handel dazu nicht in der Lage ist. Der Kunde kann sich dann direkt an den Hersteller wenden.

Mit dem vergangenen Geschäftsjahr ist Stoffels nicht ganz zufrieden. Der Umsatz sei zwar 1982 um zehn Prozent gestiegen, nicht mitgewachsen sei aber der Ertrag. Langfristig ist Stoffels jedoch zuversichtlich: „Wir verkaufen Produkte, die Freude bereiten, deren Gebrauchsnutzen Spitzenwerte erzielen und die vom Preis her erschwinglich sind.“ Preiswettbewerb und Innovation seien allerdings zentral.

Als Messeunternehmen stellt Telefunken den ersten Satelliten-Tonrundfunkempfänger und den Bigfon-PCM-Rundfunkapparat vor. „Weltneuheit“ nennt Stoffels den neuen Videocamerarecorder, der aber nicht der 8-mm-Norm entspricht, die auf der Messe vielfach diskutiert wird. (Wz.)

Eigenprofil durch die Marke ausbauen

Die Unterhaltungselektronik bereite den Herstellern zur Zeit in einigen Marktsegmenten nicht nur Freude, sagte der Vorsitzende der Geschäftsleitung der Nordmende GmbH, Bremen, Dieter Kunkel, zu Beginn der Funkausstellung. Besorgt äußerte sich Kunkel über die japanische Konkurrenz bei Videorecordern und den strukturellen Wandel in der Branche. Es seien nur noch wenige Unternehmen der stark genutzten, den Prozess der strukturellen Veränderungen zu überleben.

Dabei handle es sich entweder um Spezialisten oder um Firmen, die zu einem dynamischen Konzern gehörten. Die Muttergesellschaft des Bremer Unternehmens ist der französische Konzern Thomson-Brandt, der auch Telefunken, Saba und Dual erworben hat. Nordmende werde seine Chancen wahren, Eigenprofil durch die Marke sowie eine entsprechende Marketingpolitik und Programmgestaltung zu entwickeln.

Für Kunkel bleibt die Unterhaltungselektronik jedoch ein Wachstumsmarkt. „Mit hohen Zuwachsraten im Farbfernsehabsatz (plus 20 Prozent) und im Verkauf von Videorecordern, die trotz der Beschränkungen importiert werden konnten, liegt das Bremer Unternehmen im Juli/August gut im Wettbewerb“, erläuterte Kunkel. Der Anschluß der Farbgeräte an Bildschirmtext und Home-Computer sei gesichert.

Als Neuheit stellt Nordmende, wie auch die übrigen deutschen Tochtergesellschaften von Thomson-Brandt, einen VHS-Video-Camerarecorder vor, der das Programm der „Portables“ ergänzen soll. (Wz.)

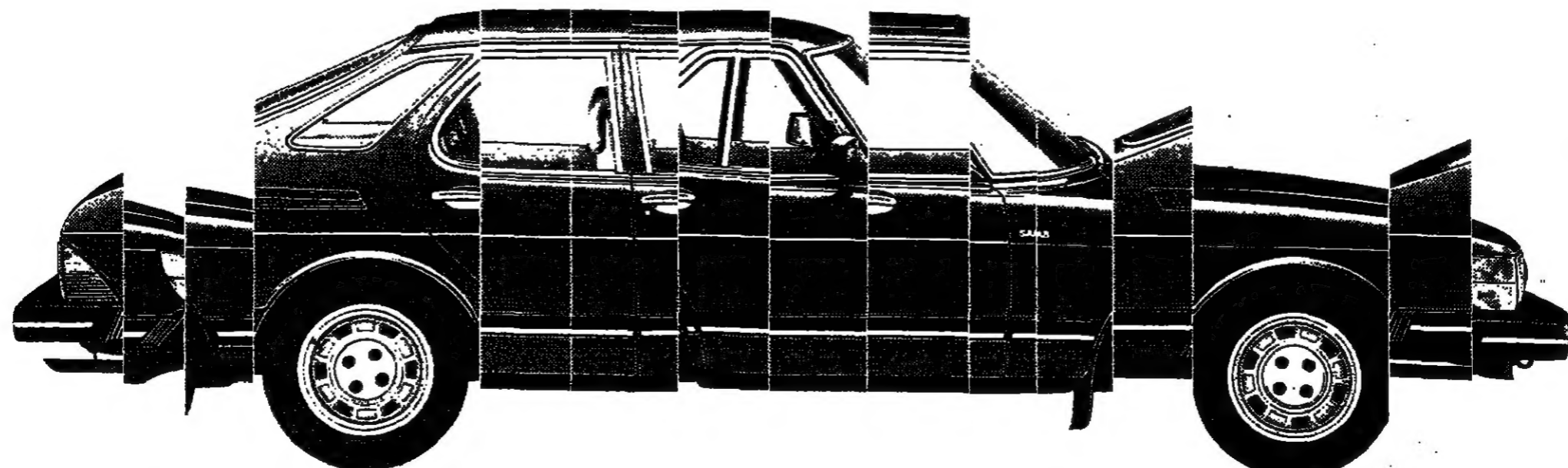
IBM: Bildschirmtext im Zeitplan

Bei der IBM Deutschland GmbH, Stuttgart, gibt man sich zuversichtlich, das Projekt des Aufbaus einer kompletten Rechner- und Datenbank-Hierarchie für den Bildschirmtext (Btx), entsprechend der bestehenden Planung“ abwickeln zu können. Bekanntlich hatten Probleme beim Entwickeln und Ausetzen des komplexen Projekts zu Verschiebungen des Btx-Starts geführt. Die Bundespost will ab dem 2. Quartal 1984 bundesweit den Bildschirmtext anbieten.

Die IBM hatte im November 1981 (nach hartem Wettbewerb mit SEL) von der Bundespost den Auftrag erhalten, den Bildschirmtext als Regeldienst zu verwirklichen, wozu auch die Errichtung einer Btx-Leitzentrale in Ulm und regionaler Vermittlungsstellen gehören. Die Programmierung der Anwendungsprogramme des Btx-Dienstes ist abgeschlossen. Während der nächsten Monate würden - so IBM - die schon seit längerem laufenden Testarbeiten fortgeführt, um das System zu stabilisieren.

Nach erfolgreichem Abschluß der Testperioden und der offiziellen Funktionsabnahme durch die Bundespost werde der eigentliche Betrieb dann stufenweise aufgenommen. Ab Herbst dieses Jahres wird IBM, wie weiter mitgeteilt wurde, Einführungsseminare für Interessenten durchführen, die Informationen über den Einsatz von Bildschirmtext im Unternehmen benötigen. Auf der Berliner Funkausstellung zeigt das Unternehmen, wie der IBM Personal-Computer mit dem Bildschirmtext arbeiten könnte. (nl)

Wer hier durchblickt, weiß erstens, was es beim Saab-Händler Neues gibt, zweitens, was er gewinnen kann und, drittens, was er davon hat.



N R O H E H M K R O M C F O T

Was Sie jetzt brauchen, ist Vorstellungskraft und Kombinationsinn. Notfalls können Sie auch eine Schere benutzen. Dann können Sie sich leicht anhand des neuen Saab 900 GLI mit fünf Türen ein Bild von den Saab-Modellen '84 machen. Wenn Sie den Wagen in der richtigen Reihenfolge zusammengesetzt

haben, ergeben die Buchstaben unter den Autoteilen einen Sinn. Nämlich, was Ihnen der neue Saab 900 GLI bietet. Schreiben Sie diese drei Worte in die Kästchen des Coupons. Den Preis, den Sie für Ihren Fleiß gewinnen können, ist ein neuer Saab 900 GLI. Was übrigens für den neuen Saab 900 GLI zutrifft, trifft auch

für alle anderen neuen Saab-Modelle '84 zu. Neu bei allen Saab-Modellen ist nicht nur der Kühlergrill. Wir haben die Saab-Modelle '84 noch wirtschaftlicher gemacht und noch reicher ausgestattet. Einen Saab gibt es jetzt in 19 Grundversionen mit weit über 1000 Variationsmöglichkeiten. Was Sie davon haben, wollen

wir ja von Ihnen wissen. Ihr Saab-Händler hat die neuen Saab-Modelle '84 zum Anschauen und zum Probefahren für Sie bereitgestellt. Außerdem hat er ein großes Puzzle, mit dem Sie die Aufgabe schnell lösen können, falls Sie keine Schere zur Hand haben.

SAAB
Kraft und Verstand.

Der neue Saab 900 GLI und alle anderen Saab-Modelle '84 bieten:

Einwöchiger Leasing mit 36.900,- DM. Der Restbetrag ist ausbezahlt. Unter den richtigen Einkennungen wird ein Saab 900 GLI verlost. Die Verlosung findet unter notarieller Aufsicht statt. Mitarbeiter von Saab sowie deren Angehörige dürfen leider nicht mitmachen.

Name:

Strasse:

PLZ/ort:

Kleben Sie diesen Coupon auf eine frankierte Postkarte und schicken Sie an: Saab Deutschland GmbH, Berner Straße 88, 6000 Frankfurt/Main 58.

HORNSCHUCH / Ertrag vor Menge

Suche nach Marktnischen

MARTIN FINK, Weissbach, Ertrag vor Menge" bleibt das Motto bei der Konrad Hornschuch AG, Weissbach, Hersteller von Folien (d-fix), Synthesematerialien (Skai, Lait) und Heimtextilien (Small). Vorstandsvorsitzender Reinhard Merkle, der als „Sanierer“ seit 1980 an der Spitze dieses in den siebziger Jahren schwer angeschlagenen Unternehmens steht, betreibt weiter den Rückzug aus ertragschwachen Produkten, forciert die Produktinnovation und sucht die Marktnischen, in denen man mit entsprechend besseren Erlösen möglichst konkurrenzfrei wirtschaften kann.

So rechnet Merkle für das Geschäftsjahr 1983 nur mit einem Umsatz in Vorjahreshöhe (200,2 nach 208,8 Mill. DM), aber mit einer weiteren Ertragssteigerung. Kommt man für 1981 nur ein „schwach schwarzes“ Betriebsergebnis vorweisen, so werden für das vergangene Jahr 1982 rund 3,6 Mill. DM genannt, obwohl der Umsatz um 4,1 Prozent schrumpfte. Die Exportumsatzzuweisung im Inland und durch gewachsene Exportumsätze auf 39 (37,9) Prozent.

Ausgewiesen wird in der Jahresrechnung 1982 ein Überschuss von 0,16 (0,3) Mill. DM, der zusammen mit weiteren Gewinnvorträgen einen auf neue Rechnung vorgetragenen Bilanzgewinn von rund 0,7 Mill. DM ausmacht. Die Thesaurierungspolitik will Merkle auch mit Blick auf das Ergebnis 1983 beibehalten. Andererseits weiß er, daß bald eine deutliche Ausschüttung folgen muß, um das Unternehmen für Kooperationspartner interessanter zu machen.

Merkle verweist mit einigem Stolz auf die vergleichsweise hohe Eigenkapitalquote von 39 (37) Prozent. Im wesentlichen dem Produktionsbereich Weissbach gelten 1982 die nahezu auf Vorjahreshöhe liegenden Investitionen von 5,1 Mill. DM, denen Abschreibungen von 4,9 Mill. DM gegenüberstehen. Die in der Holzverarbeitung tätige Kimpz-Gruppe, Geschwind, die Anfang 1983 eine Beteiligung von 80,6 Prozent am Hornschuch-Kapital von 30,8 Mill. DM übernahm, hat diese inzwischen auf 89,9 Prozent aufgestockt. Die restlichen Aktien liegen nach Angaben von Merkle im wesentlichen beim Unternehmen Hornschuch.

GRUNER + JAHR / Rundum freundliche Ausblicke nach der „Stern“-Affäre - Im Ausland nur schwarze Zahlen

„Wir sind wieder für größere Taten gerüstet“

J. BRECH, Hamburg

Nachdem die Negativberichterstattung im Zusammenhang mit der Tagbuch-Affäre des „Stern“ abgeklungen ist, kommen aus dem Hamburger Druck- und Verlagshaus Gruner + Jahr nun auch wieder positivere Dinge an die Öffentlichkeit. Bei einem ersten Überblick über das Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) zeichnet der Vorstand ein rundum freundliches Bild sowohl was das im Berichtsjahr Erreichte als auch was die künftige Entwicklung angeht. Nach der Konsolidierungsphase und der Bereinigung von Problemfeldern im In- und Ausland sei Gruner + Jahr „wieder zu größeren Taten gerüstet“, erklärt Vorstandsvorsitzender Gerd Schulte-Hillen.

Erhebliche Fortschritte hat das Verlagshaus vor allem auf den ausländischen Märkten erreicht. In Spanien, Frankreich und den USA sei der endgültige Durchbruch gelungen und das Auslandsgeschäft mache sich nun nach einigen teuren Lehrjahren bezahlt, betont Schulte-Hillen. Alle Auslandsgesellschaften schreiben schwarze Zahlen, nach dem Ver-

kauf von Geo auch der US-Verlag. Eine gute Umsatz- und Ertragsentwicklung nehme außerdem die 1979 erworbene Druckerei Brown Printing Comp., deren Offset- und Tiefdruckereien voll ausgelastet seien.

Nach vorläufigen Zahlen für das Geschäftsjahr 1982/83 entfallen von dem um 9,1 Prozent auf 1,9 Mrd. DM gestiegenen Weltumsatz mittlerweile 561 Mill. DM oder 29 Prozent auf das Auslandsgeschäft. Die Steigerungsbetrag betrug 15,3 Prozent. Die Druckerei allein steuerte mehr als 370 Mill. DM (plus 18 Prozent) bei.

Wesentlich differenzierter und nicht nur zur Zufriedenheit verlief dagegen die Entwicklung auf dem Inlandsmarkt. Das Wachstum von 5,2 Prozent auf 1,36 Mrd. DM Gesamtumsatz trugen fast ausschließlich die Bereiche Fremddruck und Fremdvertrieb, während im Anzeigen- und Vertriebsgeschäft nur geringe Zuwachsraten erreicht wurden. Im Anzeigenbereich, dessen Anteil am Gesamtumsatz von 37,3 auf 35,9 Prozent zurückging, ist nach Meinung des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Jan Hensmann zwar die Talsohle erreicht, ein wirklicher Wende-

punkt aber nicht in Sicht. Einbußen mußte Gruner + Jahr neben den Spezialzeitschriften vor allem bei den großen Publikumsobjekten „Stern“ und „Brigitte“ hinnehmen. Am besten hätten sich, so Hensmann, noch die Wirtschaftszeitschriften gehalten, von denen der Newcomer „Impulse“ bereits auf dem Weg zum zweitgrößten Magazin am Markt sei.

Im Vertriebsbereich blieb der Umsatzzuwachs mit 1,6 Prozent auf 364 Mill. DM ebenfalls unter den Erwartungen. Hier spielen unbestritten die Vorgänge um den „Stern“-Affäre eine Rolle, der nach der Tagbuch-Affäre rund 30 000 Exemplare an Absatz verlor.

Zufrieden zeigt sich Schulte-Hillen angesichts des schwierigen Umfeldes mit der Ertragsentwicklung. Mit Ausnahme des Kunstmagazins „Art“ seien alle Objekte in der Gewinnzone. Das stolze Ergebnis vor Steuern von 154 Mill. DM, das Gruner + Jahr für 1981/82 ausweist, sei im Berichtsjahr leicht verbessert worden und die stets angepeilte Bruttoertragsrate von 10 Prozent deutlich überschritten. Im Ergebnis bewältigt ist dabei der finanzielle Schaden, den die „Stern“-

Affäre angerichtet hat. Als Jahresüberschuss dürfte Gruner + Jahr sogar 195 bis 200 Mill. DM ausweisen. Hier wirken sich außerordentliche Erträge aus, die dem Unternehmen zufließen, nachdem das Auslandsgeschäft fest auf eigenen Füßen steht.

Gruner + Jahr habe nun wieder genügend Spielraum für neue Ideen und neue Titel, meint Schulte-Hillen. An einigen Projekten werde konkret gearbeitet. Auch bleibe der Markt für niedrigpreisige Frauenzeitschriften im Visier, man werde aber nicht, wie Hensmann formuliert, „neben dem zur Zeit wütenden Buschfeuer neue Pflanzen einsetzen“. Mit Interesse verfolge Gruner + Jahr schließlich die Entwicklung bei den neuen elektronischen Medien, wobei sich eine enge Zusammenarbeit mit der Muttergesellschaft Bertelsmann ergebe.

Eine auch in alle anderen verlegerischen Tätigkeiten hineinreichende engere Bindung an den Bertelsmann-Konzern gibt es nach Auskunft von Schulte-Hillen nicht. Nach den Vorgängen um den „Stern“ sei die Eigenständigkeit des Verlagshauses in keiner Weise eingegrenzt worden.

ASBACH

US-Markt im Visier

adh. Frankfurt
„Die in Jahrzehnten geschaffenen Fundamente unseres Unternehmens zeigen jetzt ihre stabile Tragfähigkeit“, betonte Reinhard Asbach, einer der persönlichsten Partner der Weinbrenner Asbach & Co., Rüdesheim, bei der Einweihung eines neuen Lager- und Versandgebäudes für knapp 13 Mill. DM. Zwar spürt auch Asbach die „Widrigkeiten“ auf dem Spirituosenmarkt, ist jedoch mit einem Umsatzrückgang um 1,9 Prozent auf 421 Mill. DM (inkl. Brantweinsteuer von 175 Mill. DM) im vergangenen Jahr noch besser davongekommen als der Durchschnitt der Branche.

Insgesamt setzte Asbach im vergangenen Jahr 26,9 (29,2) Mill. Flaschen ab, davon 20,9 Mill. „Asbach Uralt“, der damit 9 Prozent einbüßte. Dazu kommen neben Pralinen und den nach wie vor nach Angaben des Unternehmens erfolgreichen „Rüdesheimer Spezialitäten“, Doppelkorn, Obstschäume und Calvados aus Tochterunternehmen. Zufrieden zeigt sich das Unternehmen mit der Exportentwicklung (1982: 2,3 Mill. Flaschen); mit der neugegründeten Asbach International Wines & Spirits Corp., Morristown, New Jersey, soll der amerikanische Markt jetzt gezielt aufgebaut werden.

Auch in diesem Jahr zeigen die Asbach-Absatz-Zahlen analog zur Branchenentwicklung vorerst nach unten. Zum Gewinn wollte das Familienunternehmen, das in den letzten 5 Jahren 60 Mill. DM in Sachanlagen investierte und insgesamt 723 Mitarbeiter beschäftigt, sich nicht äußern. Mit einer Eigenkapitalquote von weit über 50 Prozent (inkl. Rücklagen) sehen die Gesellschafter es aber als wohlgepolstert an.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Josef Waldmann Weibspitz GmbH; Burgdorf: H. J. Wattenberg GmbH vorm. Baun- und Baueisen-Fabrik Scheller, Uetzi; Hannover: Gisela Liebig, Kautz; Herford: Oberdruckerei Dieter Klauzner GmbH; Königstein/Ts.: Blevag Finanzierungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft; Osnabrück: Herbert Menckhoff, Kaufmann; Hermann Niergen, Lindtort: Möbelwerkstätte, Bad Essen: 2. Oberholz-Schmiede; Herber: Hell, Schwaneviede; Ursula Hall geb. Wollin, Schwaneviede; Trautwein: F. u. V. Finanz- u. Versicherungsvermittlung GmbH, Friedberg; Wehlheim: Hans Fibbe, Inh. v. Schreiner, Aiding. Vergleiche beantragt: Kassel: Brill & Menke KG.

NAMEN

Dr. Kurt Kraft, Mitbegründer und langjähriger geschäftsführender Gesellschafter der Arde Chemie GmbH, Witten-Annen, wird am 3. September 80 Jahre.

Peter Baedorf wurde vom bisher stellvertretenden zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Vereinigten Haftpflicht Versicherung V.A.G., Hannover, bestellt.

Alfred Legner, Mitglied der Geschäftsführung der Norddeutschen Landesbank Luxembourg S.A., übernimmt die Leitung der neuen NordLB-Repräsentanz in London, die am 1. Oktober 1983 eröffnet wird.

Hanns Heinrich Weltmann, geschäftsführender Gesellschafter der BTP-Textilwerke GmbH & Co. KG, Bremen, vollendet am 4. September das 60. Lebensjahr.

Walter Bischkopf, Geschäftsführer der Papierfabrik Nettemühle GmbH, Mayen, der Spezialmaschinenfabrik Drehsen & Drehsch, Düsseldorf/Mayen, und der Spezialmaschinenfabrik Bikoma GmbH, Mayen, feiert am 5. September den 70. Geburtstag.

Finnen im Kabelgeschäft

adh. Frankfurt

Als Schritt in Richtung zukünftig interessanter Märkte wertet die Notka-Corporation, mit gut 3 Mrd. DM Weltumsatz größtes finnisches Privatunternehmen, den Erwerb der Marburger Monette Kabel- und Elektrowerk GmbH. Das auf Sonderleitungen spezialisierte Unternehmen habe sich nach zwei schwierigen Jahren, die eng mit den Problemen des Marktes für Haushaltsgeräte in Europa zusammenhängen, wieder gefangen, heißt es.

Zur Zeit beschäftigt Monette 380 Mitarbeiter und setzte damit im vergangenen Jahr 42 Mill. DM um. In diesem Jahr soll der Umsatz in gleicher Höhe gehalten werden. Mit Hilfestellung für notwendige Investitionen und ihre Finanzierung will der neue Gesellschafter nach eigenem Bekunden die positiven Ansätze für die wirtschaftliche Entwicklung bei dem Kabelhersteller stützen. Obwohl Zwang zur weiteren Rationalisierung gesehen wird, soll die Mitarbeiterzahl in diesem Jahr nicht weiter sinken, da die sich wandelnde Kabeltechnologie zusätzliche Impulse verspreche.

HANNOVER RÜCK / EISEN UND STAHL RÜCK

Hohe technische Verluste

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die beiden zum Haftpflichtverband der Deutschen Industrie gehörenden Rückversicherer, die Hannover Rückversicherungs-AG und die Eisen und Stahl Rückversicherungs-AG, haben im Geschäftsjahr 1982 zwar deutlich verschlechterte Ergebnisse im versicherungstechnischen Geschäft hinnehmen müssen. Bei beiden Gesellschaften führte aber die starke Erhöhung der Erträge aus Kapitalanlagen zu letztlich überaus günstigen Jahresabschlüssen.

Das Reibergebnis der Hannover Rück erreichte 1982 immerhin noch 11,8 (19,9) Mill. DM. Neben der Dotierung der Schwankungsrückstellung in Höhe von 4,5 (16,4) Mill. DM und der offenen Rücklage (6 nach 4,5 Mill. DM) hat die Gesellschaft nach vierjähriger Pause wieder eine Dividende von 8 Prozent ausgeschüttet. Nach Angaben des Vorstands stiegen die Beitragseinnahmen um 11,4 Prozent auf 683 (765) Mill. DM. Der Selbstbehalt betrug 71,2 Prozent der Bruttobeiträge. Die Hannover Rück verfügt nunmehr über 75 Mill. DM Eigenkapital; das entspricht 12,2 Prozent der Beiträge für eigene Rechnung. Die Garantiedarlehen erreichen 1,18 Mrd. DM (191,5 Prozent der eigenen Beiträge).

Spürbar verschlechtert hat sich das technische Ergebnis. Wie in der gesamten Branche stammen die Schäden vorwiegend aus der Sach- und Transportversicherung. Der technische Verlust wird mit 51,8 (15,8) Mill. DM angegeben; die Kapitalerträge wuchsen auf 110 (75) Mill. DM. Für 1983 rechnet der Vorstand insgesamt mit vergleichbaren Ergebnissen. Ein sehr gutes Ergebnis präsentiert die Eisen und Stahl Rück. Die Aktionäre erhalten eine Dividende von 15 Prozent und einen Bonus von 5 Prozent, nachdem 1981 zugunsten einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln um 1,8 Mill. DM auf 19,8 Mill. DM auf eine Ausschüttung verzichtet worden war. Dem versicherungstechnischen Verlust von 26,6 (13,9) Mill. DM stehen Kapitalerträge von 73 (60) Mill. DM gegenüber. Die Beitragseinnahmen der Gesellschaft stiegen 1982 nur um 3,5 Prozent auf 466,5 (450,7) Mill. DM.

NATTERMANN / Gutes Auslandsgeschäft

Neue Markt-Strategien

HARALD POSNY, Köln

Seit dem Ende letzten Jahres überraschend vollzogenen Austausch der gesamten Führungsspitze der A. Nattermann & Cie GmbH, Köln, weilt nach einem der schwersten Jahre des Pharma-Familienunternehmens ein neuer Wind. Der neue Vorsitzende der Zentralgeschäftsführung, Heinz Wernicke, hat zwar wie sein Vorgänger in einer „Blut-und-Tränen-Aktion“ noch einmal vor, die Personalstärke im Inland bis Ende 1983 von 1500 (weltweit 2000) auf 1400 zu senken, damit sollte jedoch eine untere Grenze erreicht sein.

Daneben sind jedoch auch Maßnahmen zur Anpassung der Vertriebspolitik an den veränderten Markt – Stichwort Kosteneinsparung im Gesundheitswesen und Herausnahme bestimmter Indikationsgebiete aus der Erhaltungspflicht der gesetzlichen Krankenversicherung – notwendig geworden. Ab Ende 1986 werden „echte Innovationen“ in neuen Indikationsgebieten auf den Markt kommen.

Zumindest durch die Entlastungen

auf der Kostenseite wird für 1983 bei Nattermann bei stagnierendem Umsatz ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet. In den folgenden Jahren rechnet Wernicke wieder mit zunehmenden Erträgen. Dieser Optimismus hat 1982 noch einen Dämpfer erhalten. Bei einem Weltumsatz von 442 Mill. DM (plus 4,1 Prozent), brachte nur das Ausland mit einem Plus von 22 Prozent auf 214 Mill. DM den Ausgleich für das um 7,1 Prozent auf 230 Mill. DM gesunkene Inlandsgeschäft. Der Verlust des deutschen Konzerns von 1,5 (3,5) Mill. DM ist wie im Vorjahr durch Rücklagenauflösung ausgeglichen worden.

Die Probleme mit der USA-Tochter (1981/82: 20 Mill. Dollar Verlust) sind auf besonders elegante Art gelöst worden. Einmal wurden für 13 Mill. DM verschiedene Produktlinien verkauft, für einen notwendigen Kapitaltransfer und für eine bessere Liquidität sind 40 Prozent des Kölner Immobilienbesitzes für 42 Mill. DM verkauft und geleast worden. Statt Expansion gilt für die USA jetzt Konsolidierung.

ANZEIGE

WIE GROSS IST NIEDERSACHSEN?

Wer sich in der Geographie ein bißchen auskennt, weiß vielleicht, daß Niedersachsen von Cuxhaven bis Göttingen respektive von Bad Bentheim bis Helmstedt reicht. Auf der Weltkarte ist es also ein kleiner Fleck. Nimmt man hingegen das Volumen und die Vielfältigkeit der Auslandsgeschäfte als Maßstab, dann ist Niedersachsen ziemlich groß.

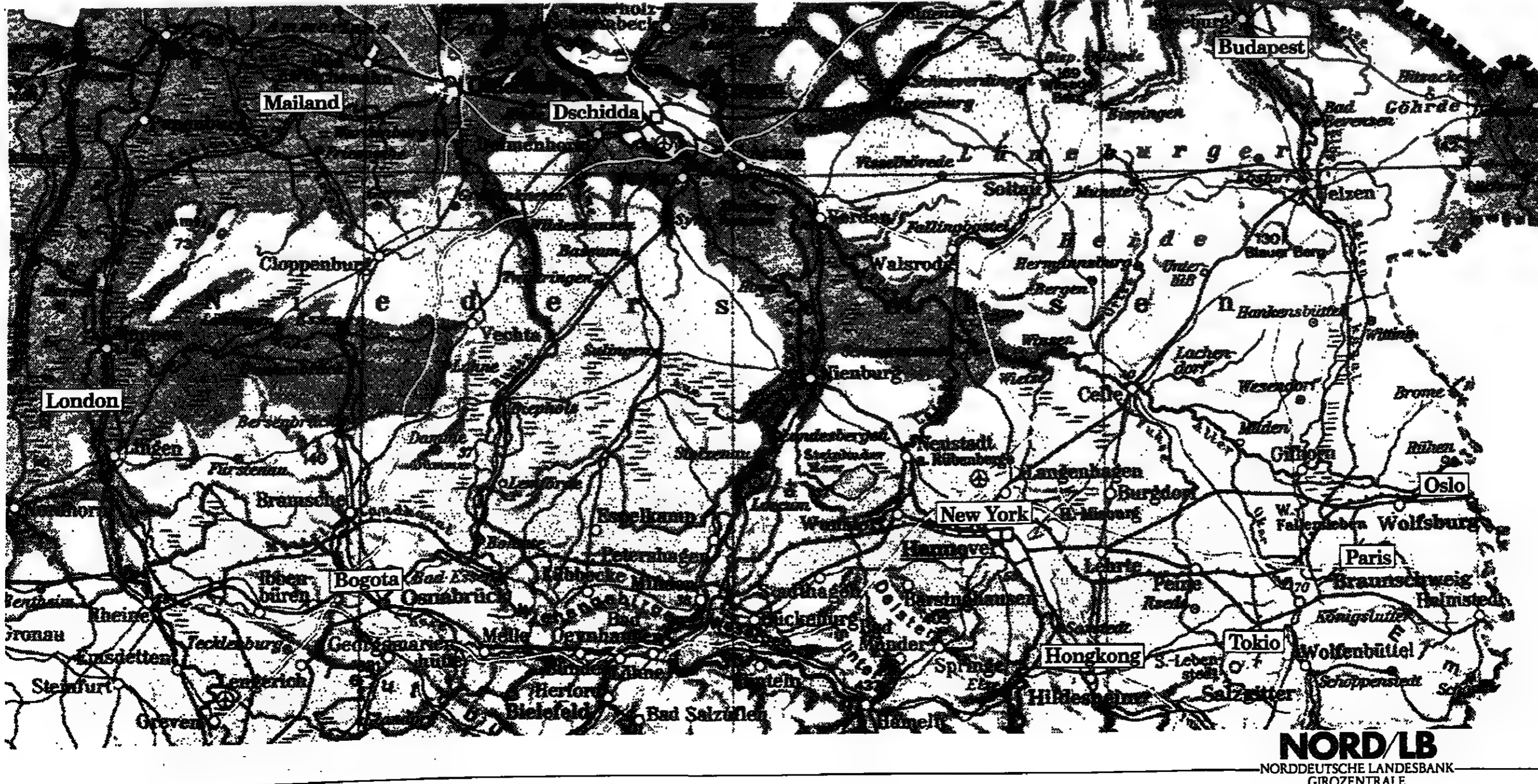
Über 30% der in Niedersachsen produzierten Waren sind für das Ausland bestimmt, und für über 32 Mrd. DM wurde im vergangenen Jahr importiert. Für Niedersachsens Wirtschaft ist es also keinesfalls ungewöhnlich, heute mit Dschidda und morgen mit New York Geschäfte zu machen. Da ist es für uns als Landesbank und Girozentrale der niedersächsischen Sparkassen nur normal,

in Sachen Ausland genauso geschäftig und aktiv zu sein wie unsere Kunden. Egal, ob es um die Abwicklung des gesamten Zahlungsverkehrs, um die Absicherung von Währungsrisiken, um Akkreditiv- und Bietungs- und Leistungsgarantien oder um staatliche Förderungsprogramme geht: Wir wissen, was auslandsorientierte Firmen im kleinen großen Niedersachsen von uns

erwarten. Vielleicht sprechen Sie mal mit uns.

NORD/LB Georgsplatz 1 3000 Hannover 1 Tel. 0511/105-0 Telex 9216-20	NORD/LB NORD/LB-Zentrum 3300 Braunschweig Tel. 0531/467-1 Telex 952540	NORD/LB Luxemburg 29, Avenue Monterey L-2165 Luxembourg Tel. 00352/2472011 Telex 00352/2265
---	--	--

Zentralbank der niedersächsischen Sparkassen.



Aktien deutlich fester

Nachfrage nach Warenhaus- und Bank-Papieren

Die Aktienmärkte haben die Monats- und Rückläufe zugezogen. Teilweise wird dies der Überwindung des Monatsrückgangs zugeschrieben, angelegt hat daneben aber auch die vorangehende feste Tendenz in New York, die nicht zuletzt mit Hoffnungen auf eine gewisse geldpolitische Erleichterung der Fed verbunden ist.

Wie eng der Markt auf Basis der ermittelten Kurse geworden ist, beweisen die in einigen Papieren eingetretenen zweistelligen Kurssteigerungen. So erholten sich Aktien des Münchener Beteiligung am 20 auf 280 DM. Degussa wurden unter 150 DM angehoben. Rüssel lagen um knapp 10 DM fester. Deutlich Gewinne erreichten auch die anderen Papiere des Einzelhandels, so Karstadt plus 4 DM, Kaufhof plus 6 DM und Hilti plus 7 DM. Öffent- lich haben die positiven Aktienführungen auf der Herten-Hauptversammlung die Nachfrage nach Standardwerke kleineren Kursniveaus ausgelöst.

Die Aktienführer erholten sich um 5 DM auf 60 DM. Karstadt plus 4 DM auf 165 DM, und Allianz vers. stiegen um 8 DM auf 637 DM. DAT gaben

US-Notenbank begründet werden. Damit wä- ren dann auch der Zinsanstieg in der Bundes- republik Grenzen gesetzt. Obwohl es im Börsenverlauf immer wieder zu Gewinnmitnahmen der sehr aktiv gewordenen Börsenkäufer kam, schlossen die meisten Marktkräfte deutlich über ihren Mittwoch-Notierungen.

Am 4. DM auf 326 DM nach, Gerren- heimer Glas sanken um 2 DM auf 117,50 DM, und Hochtief schlossen mit einem Minus von 10 DM auf 420 DM ab.

Frankfurt: Die Kurse an der heu- tigen Frankfurter Aktienbörse waren freundlich bis fest, Standard- werke konnten sich bis zu 8 DM befestigen. Nebenwerte waren ein- heitlich, so gaben Kr.-Maffei um 100 DM auf 2300 DM nach, Deut- sche Zentralbank um 8 DM auf 540 DM, im gegenseitigen Feindkampf. Die Aktienführer lagen um 30 DM auf 270 DM. In der zweiten Börsen- stunde mußten Standardwerke kleinere Kursniveaus hinneh- men.

Hamburg: Hapag waren mit 44 DM plus 2 DM fester. Hamburger Hochbahn wurden mit 95 DM plus 1,50 DM gehandelt. Conti Gummi

legten 1,50 DM an, während Phoe- nix Gummi mit 138,50 DM unver- ändert notiert wurden.

München: Agrob St. schlossen mit einem Minus von 12 DM auf 352 DM ab. Flachglas verminderten sich um 5 DM auf 270 DM und NAK Stoffe gaben um 2,50 DM auf 50 DM nach. Audi NSU erhöhten sich um 5 DM auf 280 DM. Dyrwidg stiegen um 0,50 DM auf 285 DM und Zahn- räder Bank konnten sich um 1 DM auf 253,50 DM verbessern.

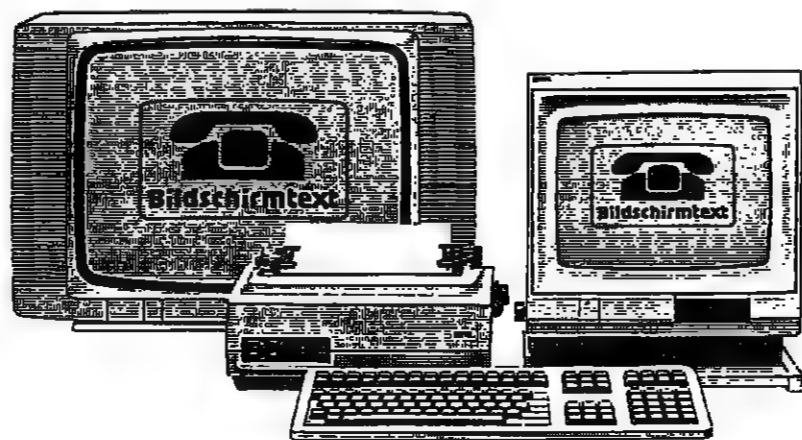
Berlin: DUB-Schultheiss lagen um 2 DM freundlicher. Kempf und Wundt um 2 DM höher. Taser und Bertold verbesserten sich um 2,00 DM. DeTeWe zogen um 9 DM an. Orenstein mußten um 2,50 DM und Berliner Kindl um 4 DM zu- rückweichen.

Nachbörse: zersplittert. Konti Gummi

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf			Frankfurt			Hamburg			München			Akten-Umsätze																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																		
1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	1.9.	31.8.	

Die wichtigste Neuheit für die deutsche Wirtschaft von der Funkausstellung in Berlin:



Viele Unternehmen können sich jetzt einen bedeutenden Wettbewerbsvorsprung verschaffen: Loewe bietet als erster und einziger die Startausrüstung für das Kommunikations-System der Zukunft – den neuen Bildschirmtext.

Jeder Fachmann weiß: die Unternehmen, die mehr über Bildschirmtext wissen als andere und früher damit arbeiten,

haben bessere Startbedingungen für die Zukunft. Profitieren Sie von der Führungsposition, die Loewe auch bei Bildschirmtext hat: Wir bieten Ihnen das einzige komplette Programm für den neuen Bildschirmtext. Mit professionellen Editier-Arbeitsplätzen, Dialog-Monitoren, Btx-Druckern. Und selbstverständlich auch dialogfähige Konsumenten-Fernseher. So verhilft Ihnen die Innovations-Kraft von Loewe dazu, das revolutionierende Btx-System direkt

vom Start an zu nutzen, um die Effektivität in Ihrem Unternehmen in vielen Bereichen zu steigern. Zögern Sie nicht – der Startschuß für die bundesweite Verfügbarkeit ist gefallen: denn ab 12.9.83 ist Btx schon in 6 Großstädten zum Ortsarif nutzbar – bis Ende '84 werden schon 70% aller Ortsnetze versorgt sein.

Es war noch nie so wichtig, bei den ersten zu sein: Loewe hilft Ihnen dabei.

LOEWE.

Loewe Opta GmbH, Industriest. 11, 8640 Kronach,
Btx.-Nr. * 705 #.

Ausländische Aktien

Ausländische Aktien

	1 9	31 8		1 9	31 8
L'Air Liquide	1470	67	F. Mandato Group	6,257	50
Alcan	105,5	103	D. International B.	17,50	17
Alcoa	127	122	M. McDonald's	163	1590
Anglo Am. Ind.	3900	377	M. Merrell Lynch	119,7	136
Anglo Am. Ind.	3,77	3,77	M. M. M. M.	1,36	1,31
Anglo Am. Ind.	71,2	72,5	D. Mining Group	2078	206
Anglo Am. Ind.	160,5	167	D. Mining Group	6,46	6,46
Anglo Am. Ind.	110,5	110,5	D. Mining Group	2,46	2,46
Anglo Am. Ind.	2208	21,2	D. Mining Group	1,70	1,70
Anglo Am. Ind.	177	177	D. Mining Group	3,77	3,77
Anglo Am. Ind.	53,5	53,5	D. Mining Group	1,77	1,77
Anglo Am. Ind.	340	340	D. Mining Group	9,7	9,7
Anglo Am. Ind.	55,5	55,5	D. Mining Group	66	66,5
Anglo Am. Ind.	45	45	D. Mining Group	0,38	0,38
Anglo Am. Ind.	133	133,8	D. Mining Group	0,3	0,3
Anglo Am. Ind.	38,5	38,5	D. Mining Group	1,45	1,45
Anglo Am. Ind.	29,5	29,5	D. Mining Group	240	240
Anglo Am. Ind.	29,5	29,5	D. Mining Group	49,00	49,00
Anglo Am. Ind.	10,5	10,5	D. Mining Group	15,4	15,4
Anglo Am. Ind.	16,5	16,5	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	28	28	D. Mining Group	2,56	2,56
Anglo Am. Ind.	74,5	74,5	D. Mining Group	2,56	2,56
Anglo Am. Ind.	84,5	84,5	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	51,5	51,5	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	100,5	100,5	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	17,5	17,5	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	26,7	26,7	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	12,20	12,20	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	96	96	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	10,5	10,5	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	177	17,50	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	1058	107	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	74,4	74,4	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	80,5	80,5	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	126,5	126,5	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	126,5	126,5	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	24,5	24,5	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	18,5	18,5	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	19,75	19,75	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	100,5	100,5	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	17,5	17,5	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	26,7	26,7	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	12,20	12,20	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	96	96	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	10,5	10,5	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	177	17,50	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	1058	107	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	74,4	74,4	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	80,5	80,5	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	126,5	126,5	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	126,5	126,5	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	24,5	24,5	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	18,5	18,5	D. Mining Group	1,75	1,75
Anglo Am. Ind.	19				

Der Gründer unserer Praxis, unser Seniorgesellschafter, der Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

Dr. Thomas Jebens

Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse

ist am 28. August 1983 im 88. Lebensjahr verstorben.

Es waren sein reiches Wissen, seine große Erfahrung und die Passion für seine unserer Praxis geführt haben. Wir verlieren in ihm eine große Persönlichkeit.

Die Transferfeier findet am 2. September 1983 um 12.00 Uhr in der Friedhofskapelle zu Elmshorn, Friedensallee, statt.

Die Transferfeier findet am 2. September 1983 um 12.00 Uhr in der Friedhofskapelle zu Elmshorn, Friedensallee, statt.

Dr. phil. Max Schellmann

im Alter von 81 Jahren.

Der Verstorbene gehörte nach langjähriger Tätigkeit als Chemiker für die frühere IG Farbenindustrie über 21 Jahre, bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1967, unserem Unternehmen an.

In den Jahren des Wiederaufbaus hat er maßgebend an der Entwicklung unseres Werkes, insbesondere durch Förderung der zwischenmenschlichen Beziehungen und Gewinnung qualifizierter Mitarbeiter, mitgewirkt.

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied

Marl, den 30. August 1983

Chemische Werke Hüls Aktiengesellschaft

DIRK SLOMAN

100-443887-100

können auch telefonisch oder
fernschriftlich durchgegeben werden.

Telefon:
Hamburg (0 40) 3 47 - 43 80,
- 39 42 oder - 42 30

Telex:
Hamburg 2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611

Dia.	1219.00	1238.00
Dia.	1239.00	1248.00
Jan	1262.00	1260.00
März	1279.00	1280.00
April	1297.00	1304.70
Juli	1330.00	1257.46
Umsatz:	18.00	27.80

New Yorker Metallbörsen

Kupfer (60)	31.8	30.8
Sept.	72.60	72.80
Oktober	75.00	75.00
Jan.	76.20	76.00
März	76.00	75.00
April	75.75	74.25
Juli	75.00	75.00
Umsatz:	9.000	16.000

Londoner Metallbörsen

Aluminium (£1)	31.1	31.8
Sept.	1089.1-1102.0	1103.0-1109.0
Oktober	1107.5-1120.0	1119.0-1125.0
Nov. (£1)	262.50-262.75	270.00-264.50
3 Monate:	273.00-273.25	273.75-274.00

Kupfer

Heutegekauft (£1)		
Sept.	1057.5-1058.0	1059.0-1060.0
3 Monate:	1064.5-1065.0	1065.0-1067.0
Aluminium		
3 Monate:	1083.0-1085.0	1088.0-1089.0

Kupfer (Standard)

Sept.	1057.0-1057.5	1057.0-1058.0
3 Monate:	1063.0-1063.5	1064.0-1065.0

Zink (£1)

3 Monate:	571.50-572.50	570.00-580.00
3 Monate:	583.00-586.50	585.50-586.50

3 Monate (£1) (New)

3 Monate:	875.75-876.00	875.75-876.00
3 Monate:	870.00-871.0	870.00-871.0

Quecksilber

S.F. 1000	285.00	285.00
S.F. 1000	73.76	73.76

**Deutscher Evangelischer Verband für Altenhilfe
im Diakonischen Werk der EKD,
Postfach 476, 7000 Stuttgart 1.**

Festwochen beim Teufel

gtl. - Was helfen alle klugen, beschwörenden Worte des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, wenn man im Anschluß an seine Festwochen-Eröffnungssprache alle Kultur gleich zum Teufel jagt. Den Abendstempel-Kameras gelang es tatsächlich, das Konzert, an dem sie filmend herumdoktierten, zur Schnecke zu machen.

Es versteht sich seit langem von selbst, daß man, während ein Pianist konzertiert, nicht in den Stühlen herumläuft. Man rennt nun einmal nicht zu Fuß durch Bach, selbst nicht einmal durch Rachmaninow. Michail Pletnjow, der junge sowjetische Pianist, muß einen schönen Eindruck von dieser auf Zehenspitzen dahintrampelnden Betriebsamkeit erhalten haben, die sich (auf anderthalb Stunden weise verteilt, damit möglichst auch jedes Stück gestört werde) um ihn entfaltet.

Erfahrenere Pianisten hätten ohne Zweifel den Klavierdeckel zugeklappt und das Konzertpodium protestierend verlassen. Pletnjow, zu jung noch, glaubte wohl, die Fernsehbelästigung dulden zu müssen. Er muß nicht. Und sofort hat die Festwochenleitung dem Fernsehen ein für allemal klarmachen lassen, daß sich ein Vorfall wie dieser nicht wiederholen darf. Sonst sind die Festwochen wirklich nicht hingehören: beim Teufel.

Bei dieser leidigen Gelegenheit sei aber auch angemerkt, daß sich weltweit inzwischen Kameraleute nicht im Häubchen um die Frackträger scharen, sondern in einem dem Anlaß angemessenen Aufzug. Bis zum Sender Freies Berlin hat sich das allerdings noch nicht herumgesprochen. Sie berufen sich dabei offenbar auf einen Sonderstatus der Läßlichkeit beim Auftreten in der Öffentlichkeit, als gäbe es den Begriff der Arbeitskleidung für sie nicht, den vom Arzt bis zum Kellner mit Selbstverständlichkeit jedem Respekt erwartet. Einen solchen Respekt erwartet das Fernsehen natürlich von jedermann, der in ihm auftritt. Nur die Fernsehmenschen zwingen sich offenbar nur ungern in die Sachen, die man auf gut deutsch einen angemessenen Aufzug nennt.

In Rußland sehnte er sich nach Europa und in Europa nach Rußland - Zum hundertsten Todestag von Iwan Turgenjew

Ein skeptischer Hamlet aus dem grünen Adelsnest

Am 3. September 1883 verstarb in dem französischen Städtchen Bougival an einem schweren Krebsleiden der russische Schriftsteller Iwan Sergejewitsch Turgenjew, einer der besten Dichter Rußlands, ein unbestechlich realistischer Schilder der russischen Zustände - und ein großer Freund des Westens, speziell Deutschlands und der deutschen Kultur.

Bougival liegt gute 2000 km von Rußland entfernt. Turgenjew, Gutschikow-Enkel, hat von den 65 Jahren seines Lebens mehr als 35 im Westen verbracht - in Deutschland, in Frankreich und Italien. In Berlin studierte er bei Professor Zumpt klassische Philologie; als Zwanzigjähriger lernte er Alexander von Humboldt und Varnhagen von Ense kennen, und Bettina von Arnim war es, die in ihm die Liebe zu Goethe weckte.

Am Westen schätzte Turgenjew am meisten die Demokratie. „Für einen Menschen mit Herz gibt es nur eine Heimat: die Demokratie, und wenn die Russen siegen, wird ihr ein Todesstoß versetzt“, schrieb er heftig während der russischen Intervention in Ungarn 1849. In Berlin und Paris quälte ihn die Sehnsucht nach Rußland, wollte er aber in Moskau oder auf seinem Gut Spaskoje-Lutowo bei Orjol, so zog es ihn fort nach Europa. Seine Seele war gespalten wie die eines russischen Liberalen. Er wurde zu einem „Helmutsen“ gleich dem Helden seines ersten großen Romans „Rudin“.

In Rußland war ihm die Leibesgenossenschaft unerträglich, nach Rußland kam auch nur selten die Sängerin Pauline Viardot, die Frau, die Turgenjew sein Leben lang ausschließlich geliebt hat. In Europa aber fehlte ihm die russische Sprache, die russischen „Adelsmänner“, die Gräber der Ahnen. Turgenjew liebte den Westen mit dem Verstand eines Liberalen, Rußland hingegen mit dem Herzen eines echten Russen. Er konnte Rußland in Grund und Boden verdammen, schilderte jedoch mit zärtlicher Liebe die russischen Wälder und Steppen.

Turgenjew befürchtete, Rußland könnte scheitern an bürokratischer Stumpfheit und herzloser Willkür, wenn er es nicht vom Westen gründ-



Auf der Suche nach dem harmonischen Sein: Iwan Turgenjew (1818-1883), nach einem Gemälde von Schtscherbakow

lich lernte. In Baden-Baden zerstritt er sich mit Dostojewski, für den Rußland eine geradezu mystische Einheit darstellte, ohne Aufspaltung in staatliche Institutionen und eine nationale Seele. Die typische Hingabe des russischen Menschen an das religiöse Gefühl war dem westlichen Verstand Turgenjews fremd.

Turgenjew neigte nicht zu Moralpredigten, wie so mancher russische Schriftsteller. Vielleicht hatte er gerade deswegen nicht nur mit Dostojewski Streit. Lediglich günstige Umstände haben ein Duell zwischen ihm und dem zuweilen rigorosen Tolstoj verhindert.

Philosophie, Poesie und Musik „ersetzten“ Turgenjew Gott, und deswegen ist es wohl kein Zufall, daß ihm von allen europäischen Völkern die Deutschen am nächsten standen. In seinem Roman „Das Adelsnest“ ist eine der sympathischsten Gestalten Gottlieb Lemm, Musiklehrer in einer lebenswerten russischen Familie, die irgendwo nicht weit von Orjol auf

ihrem Gut lebte. Deutsche Städtchen mit ihren Burgen und ziegelgedeckten Häusern sind Ort der Handlung in zahlreichen seiner Erzählungen.

Rudin ist völlig eingenommen von der deutschen Philosophie, und der alte Basarow spricht mit größter Hochachtung von den deutschen Naturwissenschaftlern. Mit Goethes „Faust“ setzt sich Turgenjew in seinem Roman in Briefen auseinander, der den Titel „Faust“ trägt. Aber nicht nur die Großen, wie Beethoven, Gluck und Mozart, auch z. B. der wenig bekannte Lanner bewegten Turgenjews Helden und ebenso ihn selbst. Bereits totkrank und aus Bett gefesselt schrieb der Dichter sein elegisches Gedicht in Prosa „Wie schön, wie frisch die Rosen“, in dem zu den Klängen eines Lannerschen Walzers die Sehnsucht nach Rußland erwacht. Die offensichtlichsten Fehler der Deutschen akzeptierte Turgenjew mit reißender Ironie. Schwer zu verstehen war für ihn die Leichtigkeit, mit der sie vom Hohen zum

Prosaischen übergehen konnten. Hier nannte er „ein unwürdiges, abscheuliches Getränk“.

Das Denken in Extremen, das oft als hervorstechende Eigenschaft der russischen Mentalität deklariert wird, war Turgenjew völlig fremd. Jede Übertreibung war ihm zuwider. Daraus läßt sich auch die episch ausweichende Erzählweise in seinen Werken erklären, die ausführliche Beschreibung der Natur und der handelnden Personen. Damit wird veranschaulicht, inwieweit die ewige Kraft der Natur und die fortwährende Entwicklung des menschlichen Geschlechts und der Familie Garant sind für das harmonische Sein des Individuums. Deswegen wirkt auch der Nihilist Basarow, ein Held des Romans „Väter und Söhne“, wie ein Raubtier; „Über ihn“, so schreibt Turgenjew, „hatte die Erinnerung an die Vergangenheit keine Macht“; er war bereit, alles zu zerstören, was die lange Entwicklung der menschlichen Zivilisation geheiligt hatte.

HERMANN FEIN

JOURNAL

Mitterrand rügt den Geschichtsunterricht

AFF, Paris
Der französische Staatspräsident François Mitterrand ist „schockiert über die Dürftigkeit des Geschichtsunterrichts“ in seinem Land. Die herrschenden Zustände könnten sich zu einer „nationalen Gefahr“ ausweiten, wie Regierungssprecher Max Gallo die Stellungnahme Mitterrands auf der jüngsten Kabinettsitzung der Regierung wiedergab, die der Vorbereitung des neuen Schuljahres in Frankreich gewidmet war. Der „Verlust des kollektiven Gedächtnisses“ der neuen Generationen beängstige ihn, da er einem „Verlust der Identität“ gleichkomme. Erziehungsminister Alain Savary wurde aufgefordert, konkrete Maßnahmen für eine Verbesserung des Geschichtsunterrichts auszuarbeiten.

BDA für Eignungsprüfung beim Architekturstudium

DW, Bonn
Der Bund Deutscher Architekten (BDA) ist im Gegensatz zu anderen Architekturverbänden der Meinung, daß der Numerus clausus ein für das Architekturstudium völlig ungeeignetes Ausleseverfahren ist. Dagegen tritt der BDA für Eignungstests ein, weil sich nach übereinstimmender Erfahrung aller Architektur-Fachbereiche fast die Hälfte der Studenten über die Erfordernisse der studienbezogenen Eignung nicht im klaren sind. Deshalb sei es richtig und auch gesetzeskonform, die gestalterische Eignung, die für das Architekturstudium genauso wichtig sei wie Musikalität für ein Musikstudium, zu prüfen. Solche Aufnahmeprüfungen waren früher beim Architekturstudium (nicht anders als bei den Kunsthochschulen noch heute) allgemein üblich. Sie sollten nach Meinung des BDA wieder eingeführt werden.

Ergebnisse des Jugend-Fotopreises

DW, Remscheid
Der Hang zur Bilderserie, der in der „Kunstfotografie“ gedeiht, weil viele Künstler der Aussagekraft des Einzelbildes nicht trauen, hat nun auch die Amateure erfaßt. Das zeigt das Ergebnis des „Deutschen Jugend-Fotopreises 1983“, das jetzt in einer Broschüre des Kinder- und Jugendfilmzentrums (Küppelstein 34, 5630 Remscheid) vorgelegt wird. Es enthält die ausgezeichneten Bilder des allgemeinen Wettbewerbs sowie Beispiele der Einsendungen zum Sonderthema „Ich will ja nur dein Bestes - Eltern, Lehrer, Vorgesetzte“. In beiden Kategorien wurden inszenierte und arrangierte Fotos als Einzelbild und besonders in der Serie bevorzugt.

Neue ukrainische Bibelausgabe

kin, Königstein
Die ukrainische katholische Papp-Klemens-Universität in Rom hat mit Unterstützung des internationalen Hilfswerkes Kirche in Not/Ökumenische Hilfe (kin/oph) in Königstein eine überarbeitete neue Übersetzung des Neuen Testaments herausgebracht. Für kin/oph ist dieses Projekt Teil der umfassenden Hilfe für die ukrainisch-katholische Kirche, die in der Ukraine offiziell verboten ist.

Winterliche Konzerte auf Schloß Ahaus

DW, Borken
Das Collegium Vocale Köln eröffnet am 2. Oktober den Reigen der Schloßkonzerte in Schloß Ahaus (Kreis Borken). Die weiteren Termine: Am 6. November gastiert das Tschechische Kammerorchester, am 4. Dezember gibt Mariaca Trifan einen Klavierabend, am 22. Januar 1984 kommt das Wilanow-Quartett, am 12. Februar der junge Geiger Raphael Oleg, am 18. März das Pro-Nova-Bläserquintett.

Ausstellung in Bremen

Darf eine Plastik bunt sein?

Die durch Marcel Duchamp und in seiner Nachfolge durch die Fluxusbewegung (Beuys u. a.) in Gang gesetzte Zerschlagung der Grenzen zwischen Malerei und Plastik, zwischen Plastik und Objekt, haben eine neue Qualität der Beziehung von Farbe und Plastik bewirkt, die auch die bisherigen Urteilskriterien in Mitteldeutschland vor. Seitdem herrscht weitgehend Ratlosigkeit.

In dieser Situation versucht eine Ausstellung der „Gesellschaft für aktuelle Kunst“ in Bremen durch breite Vergleichsmöglichkeiten an vier verschiedenen Orten - in der Weserburg, in der Galerie in der Böttcherstraße, in den Wallanlagen vor der Kunsthalde Bremen und im Bürgerpark Bremerhaven - wirkungsvolle Orientierungshilfe zu leisten. Das Ausstellungsthema wird jedoch nur in den Innenräumen behandelt, während das in den Freiräumen gezeigte Material im wesentlichen eine Fortsetzung der vorangegangenen Skulpturausstellungen bringt.

Wie steht es nun mit der farbigen Skulptur (wobei hier von der Naturfärbung der Materialien abgesehen werden soll)? Es sei grundsätzlich nur vorausgeschickt, daß das Verhältnis von Farbschauung und plastischer Anschauung in der Malerei eine ganz andere Dimension hat, als sie sich in der Frage des Verhältnisses von realer Skulptur zur Farbe exponiert. Schon die Griechen behandelten ihre plastischen Figuren und auch Architekturteile farbig, obwohl der europäische Klassizismus das dann später ablehnte. Vielleicht aus guten Gründen: Die Differenziertheit des Formenspiels im Licht wird durch eine opake Farbgebung mit Sicherheit unmöglich gemacht.

Es zeigt sich auch in der Ausstellung, daß da, wo das stark emotionale wirkende Mittel der Farbe eingesetzt wird, der klassische Aspekt des „Plastischen“ verschwindet. Die semantisch-konstruktive Tendenz in den Stahlobjekten von David Annesby („Swing low“, 1964), Michael Bolus („Blue and White“, 1968) und Anthony Caro („Table Piece LXI“, 1968) hat ohne dieses klassische Konzept hinter sich gelassen: Der farbige Anstrich des Metalls fügt der Kühle des Konstruktus eine emotionale Komponente hinzu. Ähnliches gilt für die sympathischen kleinen Wandobjekte des Hamburgers Bodo Baumgarten. Überzeugend auch das Hyperbolo „Jülich“ und das Ellipsoid „Joma“ (1981) von Isa Genzken.

Auf ganz anderen Wegen der Farbkomposition begegnen wir Clemens Kaletsch, vor allem mit seinem be-



Ans Muschelkalk und Marmor, Senckenberg und Stahl: „Hockender auf dem Thron“ von Jon Irs (1977/83)

malen Holzobjekt „Armehaltung“ (1982). Hierbei handelt es sich im genauesten Sinne um eine Farbkomposition, die in den Raum vorgetragen wird. Man muß das durchaus überzeugende Stück eher als Farbobjekt bezeichnen, denn als Skulptur. In diese Rubrik gehören teilweise auch die Arbeiten von Antonius Höckelmann, vor allem sein Kopf „Judith“ (1983), expressiv ausgehöhlt, die dunkle bis schwarze Färbung nur durch einzelne Blaus, Gelbs und Rots emotional aufgeheizt. Farbe ist hier weitgehend getrübt - also in ganz anderem Sinne verstanden als bei den Konstruktivistin. Der Maler Markus Lüpertz zeigt mit seinem bemalten Gipsobjekt „Hand“, wie es gemacht werden muß: Die vielfach gebrochenen Flächen der Hand werden zurückhaltend in den einzelnen Facetten bemalt. Eine gelungene Lösung, wie sie so oft von Malern vorbereitet wurde. Das vielleicht schönste Beispiel solcher frühen Skulptomalei ist das Flachrelief von Alexander Archipenko, eine Bronze von 1918, die lediglich Trübungen von Braun und Grün aufweist.

Sieht man von den problematischen Arbeiten von Peter Bömmels - in dessen Beiträgen ich nicht mehr als eine Art säkularisierten Devotionalienkitschs zu sehen vermag - einmal ab, so können die Auswahl und das in ihr zur Diskussion gestellte Problemfeld als eine wohlgeleitete Veranstaltung bezeichnet werden, die die bisher überzeugendsten der „Gesellschaft für Aktuelle Kunst“ ist (Weserburg und Böttcherstr.: bis 26. Sept., Wallanlagen und Bürgerpark: bis 18. Okt.; Katalog 28 Mark)

HERBERT ALBRECHT

Kongreß in Frankfurt: Was wird im Jahr 2000?

Übersetzer sind Luxus

Das Waldsterben in der Bundesrepublik darf nicht den Blick dafür trüben, daß in anderen Teilen der Welt ein rasanter Vernichtungsprozeß der Wälder im Gange ist, dessen Auswirkungen auf Klima, Vegetation, menschliches und tierisches Leben heute kaum abzuschätzen sind. Umfaßt das natürliche Verbreitungsgebiet des feucht-tropischen Waldes 1800 Millionen Hektar, so waren davon im Jahre 1976 noch 935 Hektar vorhanden. In den zwei Jahrzehnten bis zum Jahr 2000 wird sich diese Fläche um ein weiteres Drittel verringern.

Das dokumentiert eine Ausstellung im Senckenberg-Museum Frankfurt. Sie begleitet einen internationalen Kongreß, der vom kommenden Montag bis zum 10. September 300 Fachwissenschaftler der verschiedensten Disziplinen sowie Verwaltungsbeamte, Schüler und Studenten aus 40 Ländern in der Mainmetropole zusammenführt. Sein Thema: „Higher education by the year 2000“.

In seiner heterogenen Zusammensetzung wird der Kongreß selbst zum Modell für jene Formen einer Zukunftsentwicklung der Hochschulen, die nach Meinung der Veranstalter der European Association for Research and Development in Higher Education (earde), allein ein Überleben der Menschheit gewährleisten können: einer „transdisziplinären“, Ländergrenzen übergreifenden Teamarbeit von Wissenschaftlern und Experten. Gleichzeitig zeigt er die

Gefahren einer solchen Perspektive. In Frankfurt bleibt das „tümbe Volk“ von der Teilhabe an dem Kongreß ausgeschlossen, weil alle Vorträge englisch gehalten und nicht übersetzt werden. Die Rückkehr zum mittelalterlichen Kastengeist der einst lateinsprachigen Universitäten vermittelt eine ible Vorahnung von elitären, unverbundenen Internationalismus, in dem derartige Gremien bekanntlich prächtig gedeihen, ohne auch nur das mindeste zu bewirken.

Worum geht es? Die Bedrohung des Lebens auf der Erde durch den Menschen, seine Handlungen und seine bloße Vermehrung, hat ein solches Tempo erreicht, daß die Menschheit selbst in ihrem Bestand gefährdet ist.

Anhand von Beispielen und Projekten analysiert die Ausstellung, die im Rahmen des Unesco-Programms „Der Mensch und die Biosphäre“ erarbeitet worden ist, auf 36 Postern die Überlebensstrategien, die sie zeigt, betreffen die großen, weltübergreifenden ökologischen Probleme - neben den Regenwäldern die Raumpaltung und Landnutzung, die Trockenzone und Berggebiete, Verstädterung und Naturschutz. Aber diese Strategien reichen nach Meinung der „earde“ nicht aus. Sie verlangen „völlig neue Denkweisen und Forschungsansätze“. Der Frankfurter Kongreß soll ein Schritt dazu sein. (Bis Ende Dez.)

DANKWART GURATZSCH

Wie ein Werbespot: Lynes Film „Flashdance“

Beim Tanzen gedoubelt

Der gültige Beichtvater muß doch ein wenig schmunkeln, wenn die 18jährige Alex ihm alle zwei Wochen ihre Sünden bekennt. Eine Notlüge hat sie auf dem Gewissen und zwei, drei Gedanken an Sex. Da fällt die Absolution nicht schwer. Alex ist schön. Sie ist fröhlich. Sie ist ein tapferes Weisenmädchen. Sie hat verträumte Augen und eine sanfte Stimme. Alex ist die Unschuld von Pittsburghs Lower East Side.

Jeden Morgen schwingt sie sich auf ihr Sportrad und flitzt ins Industrieviertel. Da kleidet sie sich in Asbest, stülpt einen Schutzhelm über und beginnt zu schweißen und zu schweißen. Die männliche Belegschaft zollt ihr Respekt. Des Abends jedoch schwingt sie sich auf die Bühne eines Nachtclubs und wirbelt in ausgetretter Choreographie durch Strobo-skop-Blitze und Lichtkaskaden.

Alex hat einen großen Traum. Sie will Balletttänzerin werden. Als sie sich zum erstenmal ins Konservatorium wagt, erschrecken langhalsige Schauspieler vor und hinterher. Beim zweitenmal fliegt sie über alle Hindernisse hinweg und besteht mit Bravour die Aufnahmeprüfung. Dazwischen liegen Aufstieg und Fall einer gleichfalls ambitionierten Freundin, weise Worte und Tod einer großmütterlichen Beraterin und einstigen Primaballerina - und die Begegnung mit dem einen Mann.

Es gibt hier und da kleine Hindernisse, doch der Traum wird Leben, und

das Leben wird Tanz. „Flashdance“ ist alles, was Alex wahrnimmt. Überall blitzt Bewegung, Rhythmus, Ausdruckskraft auf. Alles ist Teil einer großen Choreographie, die das Stakato der Momentaufnahmen mit hartem Schnitt zum Rhythmus der Musik arrangiert. Regisseur Adrian Lyne bietet rucklosen Aethetismus.

Zweimal schon hat er aus Cannes goldene Palmen nach Hause getragen - für Beiträge zum Commercial Film Festival. Was er an optischem Aufwand inszeniert, ist allenfalls in Werbespots oder Disco-Videos erlaubt. „Flashdance“ ist beides. „Flashdance“ sind 95 Minuten Promotion und Visualisierung der gleichnamigen Langspielplatte. Mit „Saturday Night Fever“, „Grease“ und „Fame“ soll mindestens gleichgezogen werden.

Nach zehntägiger Laufzeit waren in den USA die 8,5 Millionen Dollar Produktionskosten eingespielt. Die LP ist in Platin gegossen. Nun sollen deutsche Teenies Schlange stehen. Eine Identifikationsfigur wird ihnen nicht geboten. Jennifer Beals ist schön und ungekünstelt charmant. Über das Märchen-Aschenputtel hinaus aber gewinnt sie kaum Kontur. Vielleicht ist sie so sympathisch naiv wie ihre Alex vor dem Beichtvater. Auf einer Pressekonferenz zum Filmstart plauderte sie frohmütig aus, was die Produzenten gern verschwiegen hätten: In allen wichtigen Tanzszenen wird sie gedoubelt.

DIETMAR BITTRICH

MUSIKKALENDER

- Wiesbaden, Staatstheater; Thomas: Hamlet (ML: Köhler, R: Groszer)
- Braunschweig, Staatstheater; Verdi: Ernani (Konzertant, ML: Fagen)
- Hamburg, Musikhalle; Bruckner: 5. Sinfonie (NDR-Orchester, ML: Wand)
- Zürich, Aula Rämibühl; Schiller: Antoine und die Trompete (U)
- Bonn, Konzertzeit; XXXI. Beethovenfest (bis 25. 9.)
- Darmstadt, Staatstheater; Mozart: Idomeneo (ML: Drewenz, R: Harlebo)
- Bonn, Stadttheater; Beethoven: Fidelio (ML: Schneider, R: Lehnhoff, B: Wonder, S: Behrens, Kollo u. a.)
- Wiesbaden, Kurhaus; Kirchner: Bildnisse (U, ML: Köhler)
- Köln, Opernhaus; Strauss: Elektra (ML: Albrecht, R: Everding, A: Pagano, S: Jones, Balslev, Deresch u. a.)
- Stuttgart, Staatstheater; Britten: Albert Herring
- Kiel, Opernhaus; Wagner: Der

- Fliegende Holländer (ML: Weise, R: Bauernfeind, A: Rupperecht)
- Bremen, Concordia; Hoffmann: Callas (U), (Ch: Hoffmann, R: Schütz)
- Zürich, Kongreßhaus; Bernstein: West Side Story (ML: Miner, R: Baumann)
- Bremen, Unserer Lieben Frauen; Davies: Das Martyrium des St. Magnus (ML: Bauer-Schenk, R: Brenner)
- Frankfurt, Alte Oper; Julliard Symphony Orchestra/Ivo Pogorelich
- Hagen, Stadttheater; Gluck: Die Pilger von Mekka
- Duisburg, Deutsche Oper am Rhein; Wagner: Die Meistersinger von Nürnberg (ML: Wakasugi, R: Lukas-Kindermann, B: Schneider-Siemssen)
- Hannover, Staatstheater; Marschner: Hans Heiling (ML: G. A. Albrecht, R: Lehmann)
- Stuttgart, Kammertheater; Stravinsky: Renard
- Frankfurt, Opernhaus; Weber: Der Freischütz (ML: Luig, R: Nel, A: Manthey)



Dem Theater auf preussische Art gedient: Hans Lietzau

Regisseur schwerer Brocken: Hans Lietzau 70

Wagnisse nie gescheut

Mit 23 Jahren war er schon Schauspieler am Preussischen Staatstheater Berlin. Seine darstellerischen Lehrkräfte waren Gustaf Gründgens und Lotar Mithel, Hermine Körner und Luthar Höflich.

Er stammt aus bestem Stall und wurde über Kiel und Leipzig schon bald ans Wiener Burgtheater engagiert.

Mit 30 Jahren stieg er auf den Regiestuhl um, war in Bern, Darmstadt und am Thalia-Theater in Hamburg Oberspielleiter. Barlog holte ihn prompt nach Berlin, wo er, der geborene Berliner, in den fünfziger und sechziger Jahren seine eindrucksvollsten Inszenierungen zeigte. Er bewies die große Hand. Er war einer der wenigen, der vor den sogenannten „schweren Brocken“ nicht zurückzuckte. Er hat Barlachs große Stücke alle erst wieder gewagt. Er hat Shakespeare, hat Schiller, hat Tschechow auf die Bühnen gestellt.

Zeitweise ging er nach München, hat drei Jahre dann das Hamburger

Schauspielhaus geleitet, ehe er nach Berlin für fast zehn Jahre als Nachfolger Barlogs an die Schillertheater zurückkehrte.

Er hat die junge Garde der englischen Dramatiker auf deutsch eingemündet wie keiner. Das bleibt sein Verdienst. Er hat Wagnisse nie gescheut und dem Berliner Publikum manche wohlthätige Provokation zugemutet. Er war als Inszenator oft so viel erfolgreicher, als daß er ein großer Intendant gewesen wäre.

Hans Lietzau ist zu allen seinen Vorfahren einer unserer vorzüglichsten Sprecher. Wenn er Fontane liest oder Kafka oder Kleist, ist er unschlagbar. Das Buch in der Hand, kann er den Geist der Dichtung anrühren wie sonst keiner. Er hat dem deutschen Theater auf seine, fast möchte man sagen, preussische Art so treffend und ernsthaft gedient, daß man ihm heute zu seinem 70. Geburtstag herzlich gratulieren und danken muß.

F. L.

Oberbayern

FRANKREICH

Kulturelle Rundreise – Küchenkünste inbegriffen

Sens. Am Schnittpunkt dreier großer französischer Landschaften – Ile-de-France, Champagne und Burgund – beginnt eine gastronomisch und kulturell gleichermaßen erquickende Reise. Nur etwa 100 Kilometer von Paris entfernt, eingebettet in das hübsche Tal der Flüsse Yonne und Vanne, liegt die Stadt Sens mit ihren verwinkelten Gassen und kunstvoll geschnitzten Häuserfassaden. Brennus, Senones und 386 v. Chr. siegreicher Gallier im Kampf um Rom, empfängt uns überlebensgroß in Stein gehauen auf der Treppe des galloromanischen Museums und lädt zu einem Rundgang durch die mit Grabsteinen, Marmorbüsten und Mosaiken vollgestopften Säle ein. Eine gesungene Messe in St. Etienne, der herrlichen gotischen Kathedrale aus dem 12. Jahrhundert, wird ebenso zum Erlebnis wie der Konzert-Besuch im kleinen, aber feinen Stadttheater mit seinen roten Samtpolstern und Stuckdecken. Das Hôtel de Paris et Poste sorgt gut für das leibliche Wohl seiner Gäste.

Die Herzöge von Burgund haben der Nachwelt eine Reihe prächtiger Schlösser hinterlassen. Ancy-le-Franc, ein Palais im florentinischen Stil, Tanlay, einst Sitz derer von Coligny, sowie das zur Zeit der Religionskriege erbaute Nuits-sur-Armançon sind bequem mit dem Auto zu erreichen und können unter kundiger Führung besichtigt werden.

Hungerkünstlern sei geraten, Joligny in großem Bogen zu umfahren. Hier betreibt Michel Lormain, seines Zeichens „Grand Maître Cuisinier de France“, das Restaurant „La Côte St. Jacques“. Hausgemachte Gänseleberpastete auf gartenfrischem Porree, eine klare, mit Kaviar abgeschmeckte Suppe und Rotbarbe in Ingwer sind von unbeschreiblichem Raffinement. Rund 100 Mark pro Person kostet das aus fünf Gängen bestehende Feinschmeckermenü. Im Guide Michelin prangen bereits zwei Sterne. „Wir arbeiten gerade am dritten“, schmunzelt der Meister, „Kochkurse erteile ich übrigens auch. Wollen Sie nicht gleich heute Abend mitmachen?“

Lust hätten wir schon, doch die Altstadt lockt mit ihrer hoch über der Yonne thronenden St. Johannes-Kirche und dem berühmten, von Alter und Ruß geschwärzten „Maison de

Bois“. Unter ausladenden Kastanien vor dem Justizpalast vernügt sich alt und jung bei einer Partie Boule. Chablis, magischer Name für Weinreben und goldenes Tor von Burgund, ist ein malerisches Dorf, umgeben von sanft ansteigenden Weinbergen. Hier kauft man den begehrten Grand cru direkt beim Hersteller und wirft einen Blick auf die mittelalterliche Weinpresse, die noch bis zum Jahre 1914 in Betrieb war.

Durch den Urturm, der auf einem galloromanischen Fundament ruht, betreten wir die von alten Fachwerkbauten gesäumte Fußgängerzone von Auxerre. Im Bischofspalast residiert der Präfekt wie ein Kirchenfürst aus feudaler Zeit im ehemaligen Wandelgang, dessen romanische Arkaden die Aussicht auf eine fruchtbare Flusniederung freigeben.

Stolz erhebt sich das auf einem Granitfelsen errichtete Avallon. Eingeschlossen von trutzigen Wällen und Laufgräben, war es einst eine wehrhafte Festung. Ein reich gedeckter Tisch mit knusprigem Landbrot, Schafkäse und schwerem Burgunder erwartet uns, als wir nach einem anstrengenden Spaziergang über holperiges Pflaster und verschlungene Prade in einem kühlen Gewölbe Platz nehmen.

Als eines der Glanzlichter abendländischer Kultur gilt Vézelay. Unaufhörlich klicken Kameras, hört man verzückte Ausrufe beim Anblick der romanischen Basilika Sainte-Madeleine. Die einmalige Sicht vom Turm will erst verdient sein. Über schneckenartig gewundene Steintreppen und schwindelerregend steile Holzleitern erreichen wir endlich die Plattform. Unter uns dehnt sich eine Stadt wie aus dem Bilderbuch mit Zinnen, Türmen, Rosengärten und wuchtigen Torbögen.

Am Fuße des Hügels liegt St.-Pereus-Vézelay, bekannt nicht nur durch eine Kirche aus dem 13. Jahrhundert, seine Salzquellen, römischen Thermen und ein bemerkenswertes archäologisches Museum. Besonderer Ruhm erlangte dieser kleine Ort in jüngerer Zeit durch einen Tempel französischer Kochkunst, das „Espérance“. In diesem Hause werden nicht nur Erwartungen geweckt, sondern auch erfüllt.

UTA BUHR

Ankunft: Französisches Verkehrsministerium, Kaiserstraße 12, 6000 Frankfurt.



Der alte Urturm in Auxerre

FOTO: UTA BUHR

Burgenfahrt durchs Elsaß

Wer das Elsaß mit dem Auto, per Rad oder auf Schusters Rappen durchstreift, wird die vielen Burgen und Ruinen entdecken, die heute nur noch stumm und verlassen daliegen. Längst verkungen ist das Lied der Minnesänger, das Getöse der Schlachten, das Lärm der Jagdgesellschaften, das Getöse der Schichten. Ihre Geschichte wieder lebendig werden zu lassen, von den Menschen zu erzählen, deren Schicksal mit den Burgen, auf denen sie residierten, untrennbar verbunden war, hat Ernst Wurch mit seinem Buch „Burgenfahrt Elsaß, Wasgau und Queichgau“ versucht (Morschedel Verlag Straßburg 1983; Preis 19,80 Mark).

versucht. Dabei notiert der Autor jeweils nur die bestimmenden Daten und Ereignisse, so daß der Leser nicht von zu vielen Details ermüdet wird. Fotos und Wiedergaben von Stichen illustrieren die Geschichte. Wer Lust bekommt, sich die Burgen im Elsaß, die in diesem Büchlein im alphabetischen, sondern jeweils als Burgenkreis in einer bestimmten sie prägenden Landschaft zusammengefaßt sind, genauer anzusehen, findet im Anhang touristische Hinweise. Das Büchlein in seiner etwas altmodischen Art ist durchaus anregend, im Leser die Distanz zu den alten Gemäuern zu verringern. RW.

Rendezvous im alten Schloß

Chartres. „My home ist my castle“ – damit müssen sich die meisten Menschen begnügen. Aber wer träumt nicht manchmal davon, wenigstens im Urlaub stolzer Schlossherr auf Zeit zu sein? Wer für den Herbst eine Reise zu den schönsten Schlössern und Burgen Frankreichs plant, der sollte auch den Wohnkomfort der Adelsstiege testen. Adressen sind dem Prospekt der „Relais et Châteaux“ zu entnehmen, einer Kette privater Hotels, die auf diese Weise versuchen, ihre kostspieligen Anwesen rentabel zu machen.

Unser Ausflug ins Schloßleben beginnt in der Champagne, 70 Kilometer südöstlich von Paris, eine bequeme Tagesreise von Hamburg entfernt. Die „Hostellerie du Château“ bei Soissons, ehemals Lustschloß König François I., wurde 1956 von Gérard Blot zu einem Hotel mit 13 Zimmern und sieben feinen Suiten umfunktioniert.

In der „Hostellerie du Château“ meldet man mindestens einen Tag vorher seinen Besuch an. Zimmer sind eigentlich immer zu haben (zwischen 110 und 140 Mark). Am besten sagt man auch gleich, ob man am Abend zu dinnieren gedenkt. Zwei Sterne hat Gérard Blot in diesem Jahr vom Michelin für seine Kochkünste zugeteilt bekommen. Das „Menu Degustation“ ist mehr als nur den Umweg wert!

Liebenswürdig wird der Gast vor der Freitreppe der leicht bröckelnden Schloßfassade empfangen. Das Mobiliar ist nicht nur „aus der Zeit“, doch vieles ist alt, auf Antiquitätenmessen zusammengekauft. Der ehemalige Festsaal ist zu einer Suite mit kombi-

niertem Wohn-Schlaf-Zimmer und Ankleidezimmer umgebaut (Preis rund 170 Mark für zwei Personen). Der Blick aus den riesigen Fensterfronten geht in den gepflegten Schloßpark.

An den mehr als 4000 Schlössern, für die der französische Staat keinerlei Hilfen leistet, bröckelt die Schönheit von gestern zunehmend ab. Château d'Escimont bei Chartres beispielsweise, ehemals Wasserburg aus dem 16. Jahrhundert mit 60 Hektar Land, Jagdhaus und Pferdestallungen, wurde vor drei Jahren für zehn Millionen Francs von einer französischen Hotelkette gekauft. Es mußte jedoch das Vierfache der Kaufsumme hineingesteckt werden, um es für Gäste bewohnbar zu machen. Jetzt allerdings ist die 45 Autominuten von Paris im 19. Jahrhundert im Renaissance-Stil umgebaute Burg mit 40 Zimmern (100 bis 350 Mark pro Doppelzimmer) und sechs Apartments nobel hergerichtet. Gespeist wird in Escimont zu dezenter Tafelmusik, die aus dem Lautsprecher stammt. Aber wen stört das schon angesichts eines fürstlichen Fünf-Gang-Menüs für nur 45 Mark?

Wer den Schloßtraum dauerhaft träumen will, auch dem kann geholfen werden. Eine Hamburger Immobilienfirma vermittelt Adelsitze in Südfrankreich. Nur zögernd gibt der Besitzer eines 15-Zimmer-Herrensitzes aus dem 18. Jahrhundert in der Nähe von Biarritz mit einem zwölf Hektar großen Park, Kapelle und Stallungen den Grundpreis, den man ohnehin schon bei der Besichtigung an: Unterhaltung, Heizung und Renovierungsarbeiten sind zu kostspielig geworden, den Hausputz der un-

zeitgemäßen Weitläufigkeit schafft nicht nur eine tüchtige Hilfe.

Bei einer weiteren Schloßbesichtigung in der Nähe von Mont-de-Marsan (Landes) hören wir nach dem 10. Zimmer auf zu zählen. Der adeliche Schloßherr bewohnt mit seiner Gattin seit 45 Jahren nur ein Drittel des im 17. Jahrhundert erbauten Jagdschlösses. Küche und Bäder sind aufs feinste renoviert, in den Stallungen ist sogar eine Sauna eingebaut. Doch in die unbewohnten Räume daneben und darüber müßte wohl noch ein mutiger Hotelier viel Geld hineinstecken.

Je kleiner das Schloß, desto besser läßt es sich verkaufen. Das bestätigt eine Familie aus dem Périgord, die die ganze Zimmerzahl ihres Anwesens aus dem 18. Jahrhundert noch nicht einmal selbst benennen konnte. Als der einzige Sproß gerade mal nicht hinhörte, flüsterte die betagte Schloßherrin: „Ich habe mich in ganz Frankreich nach einer passenden Partie umgesehen. Aber kein junges Mädchen aus gutem Hause will heute noch in einem alten Schloß leben.“ Wir können es den Schönen Frankreichs nicht verdenken. Leichter hat es da, wer zu Gast in einem Schloß weilte, ein paar kurze, sorgenlose Urlaubstage.

MARITA WEBER

Auskunft: Relais et Châteaux, Hotel de Crillon, 10, Place de la Concorde, 75008 Paris, informiert über Übernachtungsmöglichkeiten in Schloßhotels. – In dem Fachblatt „Demeures & Châteaux“, 75006 Paris, 21 Rue Cassette werden Schlösser zum Verkauf angeboten. – Auskunft erteilt auch die Firma Haweg, Vermögensverwaltungs GmbH, Borsfelder Chaussee 17-31, 2000 Hamburg 61.



Château d'Escimont – eine ehemalige Wasserburg aus dem 16. Jahrhundert

FOTO: MARITA WEBER

AKTUELL

»Odessa«
ein schneeweißes Traumschiff

**WEIHNACHTEN
UND SILVESTER '83/'84
WILLKOMMEN AN BORD!**
23. 12. 83 – 05. 01. 84

Entziehen Sie mit uns der Heiße der Feiertage und lassen Sie sich an Bord verwöhnen. Die Schiffsreise beginnt in Genoa und führt über Syrakus/Ägypten, Alexandria/Ägypten, Umassou/Ägypten, Anapa/Türkei, Pirus und Duronik zurück nach Venedig. Für Art- und Ruderreise wird gesorgt.

Die Reise kostet ab DM 2190,- p.P. Alle Kabinen liegen außen, haben Seeblick und Dusche und WC. Der Reisepreis beinhaltet die volle Verpflegung an Bord.

Transocean-Tours

2800 Bremen 1, Bradenstraße 11 Telefon 0421/32 80 01

Die SeeReisen-Spezialisten aus Bremen

**JETZT
BUCHEN!**

**zum
Carneval
nach
RIO**

**mit Rundreise
durch
Brasilien**

11 Tage ab DM 2285,-
11 Tage ab DM 2795,-
Außerdem bieten wir an:
Ägypten + Malta
Malta Badeurlaub und
Rundreise
Sinai Badeurlaub und
Billigflüge

**HEILBRONNER
REISEBÜRO**

Heilbronn, Markt 1
Telefon (0714) 33 81 10

Für alle
die sich auf ihre Urlaubsreise freuen oder
Ferienunterkünfte auffrischen wollen,
sind die „Reise-Welt“ in der WELT und
„Modernes Reisen“ in der WELT
am SONNTAG jede Woche willkommen
Lesestoffe.

TOURISTIK

**Preiswerte Flüge
weltweit ab Bielefeld
und Frankfurt**
0611/49 32 34
Reisebüro Zenobia
Sandweg 40-42,
3000 Hannover 1
Telefon 5 89-26 31 20/26 31 31,
Telefax 5213311

Wandererleben exklusiv!
durch die Gänge/Drawen, in Klein-
kreise, Oktober und November,
Organisation und Ausk. 05207/463

Fernflüge ab Bielefeld
1.3. z. B. Bangkok 1160,- Los Angeles
1945,- Rio 2165,- Boston's Fernreisen,
Therapies und Ausk. 06174-3606 06 2238

Israel ab DM 550,- Pros. auf FTV,
Flug/Touristik, Corneliusstr. 12, 8
München 5, 89-26 31 20/26 31 31,
Telefax 5213311

**Teneriffa, Playa Paraiso: Flug +
Apartment zum 2-Wo. Aufenthalt**
Tel. 0611/631 24 16

**Für Kurzentschlossene nach Grün-
schwand: 14 Tg. im Strandhotel
Stella Maria, inkl. Flug nur DM
1380,-** Tel. 0611/631 24 16

**ÄGYPTEN
SPEZIALIST**
Klasse, Rundreise
15 Tage ab DM 2285,-
Nil-Kreuzfahrt (MS Sheraton)
11 Tage ab DM 2795,-
Außerdem bieten wir an:
Ägypten + Malta
Malta Badeurlaub und
Rundreise
Sinai Badeurlaub und
Billigflüge

NIJREISEN SANGAK KG
Steinstr. 19 a, 2000 Hamburg 1
Telefon (040) 33 81 10

SÜDAMERIKA-FLÜGE
HIN und ZURÜCK AB BRU/AMS
Aconcagua 2220,- Montevideo 2220,-
Bogotá 1820,- Quito 1960,-
Buenos Aires 2350,- Recife 1960,-
Caracas 1960,- Rio de Jan. 2150,-
La Paz 2670,- São Paulo 4550,-
Lima 1960,- Santiago 2370,-
Mexico 1700,- São Paulo 2280,-

L.A.F. e.V., 28 Bremen 1
Schwachhauser Heerstr. 222
Telefon 0421 23 92 45

KARIBIK und KANAREN
Franz. Antillen für Individualisten, 2
Wo. ÜP u. Flug ab DM 1990,- Unbe-
kannte u. romantische Kanaren-Per-
len 2 Wo. ÜP/Flug ab DM 880,-
PRIVATTOURIS, Hauptstraße 13 a
6939 Wehrheim, Tel. 06081/5 90 62

**Noch
Plätze
frei...**

New York/Washington
15. 10. – 23. 10. 1983
Sudatrika Optimal
6. 10. – 23. 10. 1983
**Große Südamerika
Rundreise**
29. 10. – 23. 11. 1983
**Trans-Kanada-
Bahnreise**
5. 5. – 19. 5. 1984
Japan-Rundreise
29. 10. – 4. 11. 1984

BERATUNG UND INFORMATIONEN

**KARIN
TOURS**

Sternweg 40, 3300 Braunschweig
Telefon (0531) 47 95 10

KARIBIK TOTAL.

Ein großes Seegebiet mit vielen zauberhaften
Eilanden und pittoresken Häfen – auf einer
Reise erleben!

Auf einer Kreuzfahrt...
... können Sie die Karibik und damit zahlreiche
Inseln und Länder kennenlernen, z. B. die
Bahamas, Haiti, Barbados, Mexiko, Venezuela,
Curaçao (so viele Ziele – und doch die Koffer
nur einmal aus- und einpacken).

Mit Royal Caribbean Cruise Line...
... der Reederei, die in diesem Fahrtgebiet zu-
hause ist. Mit einer großen Auswahl an Kreuz-
fahrten zwischen 7 und 14
Tagen zu einer Vielzahl
von interessanten
Anlaufhäfen.

Mit den Schiffen „Nordic Prince“, „Sun Viking“,
„Song of America“ und „Song of Norway“, die
speziell für die Karibik konzipiert wurden.
Mit weltren Sonnendecks, großen Swimming-
Pools, klimatisierten Kabinen und exzellenter
Küche.

Aus dem ganzjährigen Angebot:
„Sun Viking“ – 16 Tage Fly & Cruise-Reise mit
Seetours-Bordbegleitung ab/bis Frankfurt
Abfahrten 1983 ab DM 6.660,-
Abfahrten 1984 ab DM 6.990,-

**seetours
international**

Royal Caribbean Cruise Line

Bitte einschicken an den Generalagenten: Seetours International
Weißfrauenstraße 3, 6000 Frankfurt/Main 1, Telefon (069) 11 33 32-282

AKTUELL

»Odessa«
ein schneeweißes Traumschiff

**KREUZFAHRT
INDISCHER OZEAN**

Ostafrika, Ägypten, Rotes Meer, Indien, Ceylon, Seychellen
Unsere schmucke, schneeweiße „Odessa“ geht Anfang 1984 auf
eine Kreuzfahrt mit selten besuchten Häfen und einzigartigen
Sehenswürdigkeiten rund um den Indischen Ozean.

Die komplette Reise beginnt am 05. 01. 84 in Venedig und endet
am 05. 02. 84 in Genoa. Sie sehen und erleben: Port Said, Suez,
Hodeidah, Aden, Bombay, Mormugao, Cochín, Colombo, Male,
Seychellen, Mauritius, Réunion, Madagaskar, Komoren, Sansibar,
Morocco, der-es-Salam, Aldabra, Praslin, Djibouti, Port Sudan,
Ostafrika, Aden und den Suez-Kanal.

Der Preis: ab DM 7980,- p.P. in einer Außenkabine/Seeblick/
Dusche/WC.

Freiheitsbuchungen sind möglich, z. B. 05. 01. – 23. 01. 84 ab
DM 3980,-, 22. 01. – 11. 02. 84 ab DM 4280,-, 03. 02. – 02. 03. 84 ab
DM 5990,-.

Die volle Verpflegung ist in den Reisepreisen eingeschlossen. Alles
andere erfahren Sie aus unserem ausführlichen Prospekt.

Transocean-Tours

2800 Bremen 1, Bradenstraße 11, Telefon 0421/32 80 01
Die SeeReisen-Spezialisten aus Bremen

Buchung auch in jedem guten Reisebüro

**Grünes Licht
für
schnelle
JAHN-Sager!**

Insel Gran Canaria
App. Fayna, Playa d. Ingles
3 Wo. Übern. zum 2-Wo.-Preis
Abfl. 14. u. 16. 9. 83
ab DM 1216,-

Insel Skartheim
Hotel Skartheim
2 Wochen HP Sonderpreis
Abfl. 20. 9. 83 ab DM 1689,-

Insel Djerba
Hotel Zita in Zarzis
2 Wochen Vollpension
Abfl. 6. 9. 83 ab DM 1388,-

Tunesien
Hotel Alyssa, Sousse
3 Wo. VP zum 2-Wo.-Preis
Abfl. 7. 9. 83 ab DM 1148,-

Insel Sizilien
Villa Esperia, Taormina
Mare
2 Wochen Übern./Frühstück
Abfl. 10. 9. 83 ab DM 1199,-

Alle Preise pro Person ab/bis
preisgünstigsten Flughafen,
Übernachtung im 02 (falls nicht
anders angegeben). Wir fliegen
ab Hamburg, Düsseldorf, Frank-
furt und München.
Sicherung und Buchung in Ihrem
Reisebüro

JAHN REISEN

Antarktis-Reise
von Rio de Janeiro
über Montevideo zur Antarktis
nach Punta Arenas
(Südpazifik Südamerika)
vom 25. 11. – 16. 12. 1983

Entdecker-Reisen: Abenteuer
+ Komfort. Ihr 5-Sterne-Hotel
reist mit!

**WORLD
DISCOVERER**

Von Rio de Janeiro über Montevideo, Falkland-Inseln, Drake
Passage, Antarktische Halb-
insel mit Anlaufen verschiede-
nar Forschungsstationen, Kap
Horn, Beagle Kanal, Feuerland
nach Punta Arenas

Weitere Antarktis-Feuerland mit
anderem Kurs:

***** 16. 12. 83 – 5. 1. 84
***** 5. 1. 84 – 18. 1. 84
***** 18. 1. 84 – 11. 2. 84
(13-24 Tage ab DM 6.410,- + Flug)

Fordern Sie Prospekt an:
Discoverer Reisen GmbH
Amgarstraße 2, 2000 Hamburg 76.
Tel. 040/229 20 54

Amazonas-Reise
4.000 km auf dem Amazonas
von Iquitos
bis Belem und weiter
nach Rio de Janeiro
vom 3. 11. 1983 – 25. 11. 1983
(22 Tage ab DM 10.270,- + Flug)

Entdecken Sie verborgene
Schönheiten des Amazonas
und Südamerikas.

**WORLD
DISCOVERER**

Von Iquitos (Peru) über Leticia,
Amatara, Praia de Botafogo,
Manaus, Belem, Fernando de
Noronha, Recife, Salvador nach
Rio de Janeiro (viele Exkur-
sionen).

Nur noch wenige Kabinen frei!
Fordern Sie den ausführlichen
Prospekt an:
Discoverer Reisen GmbH
Amgarstraße 2, 2000 Hamburg 76.
Tel. 040/229 20 54

Ein!

Das große Kreuzworträtsel

ausgegeben von H. Bär, Verlag Carl v. Söndern 77 000 000 000 000 000

Riviera

Intern. **** Hotel zwischen San Remo und Monte Carlo gelegen.
GRAND HOTEL DEL MARE - Bordighera - Ital. Riviera
Direkt am Privatstrand in ruhiger Gartenslage - geh. Meer- u. SCHNITZIMMBAU-
Barbecue - Tennis - Minigolf - Kiosksalons - Piano-Bar - Orchester-
Konzerthalle (180-200 Personen) - Alle Z. m. Bad/PS/Kühlschrank. Bar.
Tel. u. Meeresblick.

Tel. (0039/184) 28 02 02 - Telex 570 535 GHMARE

Zeitung von Weltrang

Zeitung für Deutschland

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

W 3415

